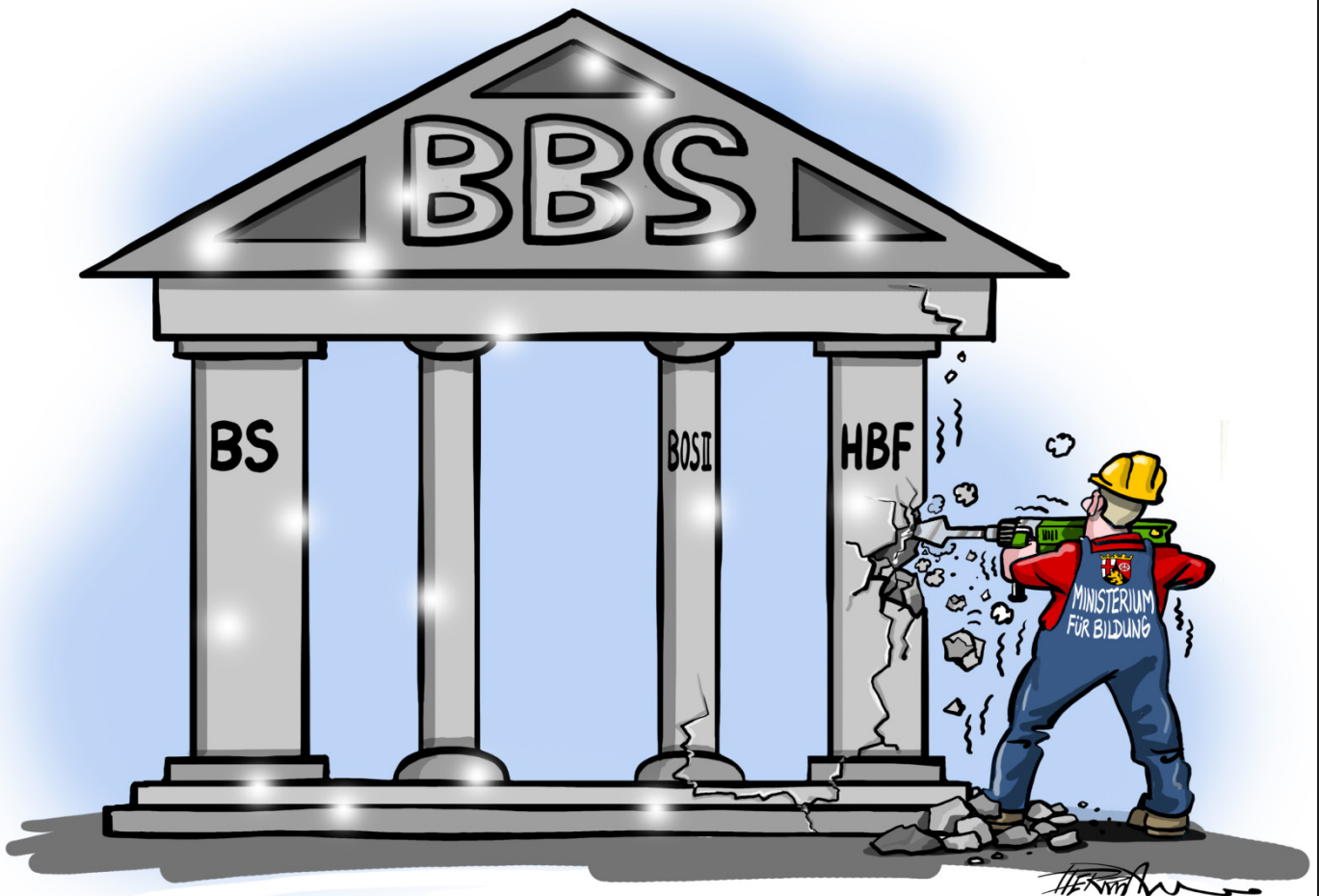


# VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verband der Lehrerinnen und Lehrer  
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz e. V.

Ausgabe 3/2017

November 2017



Baustelle HBF: Der VLW bezieht Stellung

Alter Wein in neuen Schläuchen? - Ergebnisse des Schulversuchs BS<sup>20</sup> vorgestellt

Aus dem Bundesverband: Gemeinsame Erklärung von VLW, BLBS und DIHK zur Digitalisierung

Aus dem Landesverband: Personalrätefortbildungen

Nachrufe Günter Neumann und Georg Jooß

Aus den Bezirken: Fortbildung zur Wettbewerbspolitik

## INHALTSVERZEICHNIS

### Bildungspolitik

Positionspapier des VLW zur Weiterentwicklung der HBF 3

Alter Wein in neuen Schläuchen? - Ergebnisse des Schulversuchs BS<sup>20</sup> vorgestellt 4

### Aus dem Bundesverband

Gemeinsames Positionspapier von VLW, BLBS und DIHK 5

### Aus dem Landesverband

VLW-Personalrätefortbildungen 2017 in Welling und Weisenheim am Berg 6

Nachruf Günter Neumann 7

Nachruf Georg Jooß 7

### Aus den Bezirksverbänden

Fortbildung des VLW-Bezirksverbandes Koblenz 8

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb.

Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

**Geschäftsstelle:** Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden

**Redaktion und Layout:** Dirk Mettler, Hildchen 7, 56077 Koblenz, Tel.: 02 61 - 20 06 90 16 dirk.mettler@vlw-rlp.de

**Druck:** wir-machen-druck.de

**Cover:** Uwe Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Alles neu macht der Mai“, heißt ein populäres Volkslied von Hermann Adam von Kamp aus dem 19. Jahrhundert. Bezogen auf unseren Verband stimmt das nur zum Teil. So haben die Personalratswahlen im Mai dieses Jahres keine Veränderung bei der Sitzverteilung in den beiden Stufenvertretungen BPR und HPR gebracht, lediglich eine personelle Veränderung gibt es: Da Michael Lutz mit Beginn des laufenden Schuljahres



seinen wohlverdienten Ruhestand angetreten hat, bin ich jetzt an seiner Stelle Mitglied des Hauptpersonalrates. Für seine Arbeit im HPR und besonders für sein Wirken als Öffentlichkeitsreferent im VLW sei ihm an dieser Stelle noch einmal ganz offiziell herzlich gedankt. Meinen persönlichen Dank schließe ich an für seine großartige Unterstützung in der Phase des Übergangs, insbesondere für das halbe Jahr zwischen unserer Landesdelegiertenversammlung vor nunmehr einem Jahr und den PR-Wahlen, in dem er so getan hat, als hätte es gar keine Neubesetzung auf dieser Position gegeben. Lieber Michael, vielen Dank!

Heute halten Sie also die erste Ausgabe des „VLW kompakt“ unter neuer Regie in Ihren Händen. Die Ideen, die ich für dieses Medium habe, möchte ich Schritt für Schritt umsetzen – wobei diese Schritte zumindest teilweise auch von meinen Fortschritten im Umgang mit der Layout-Software abhängen – und für Ihre Kritik und für Ihre Anregungen bin ich dankbar.

In dieser Ausgabe haben wir die wichtigsten Ereignisse des vergangenen halben Jahres zusammengefasst, wobei leider auch zwei Sterbefälle verdienter VLW-Mitglieder zu beklagen sind. Die größte Baustelle für unsere Verbandsarbeit stellt momentan – wie aus dem Titelbild ersichtlich wird – die Höhere Berufsfachschule dar. Unsere größte Sorge ist, dass die an sich begrüßenswerte Reform als Deckmantel für ein Sparpaket herhalten muss. Der Druck, der durch den Entschluss der Landesregierung, im Bildungssektor 310 Stellen durch strukturelle Reformen einzusparen, auf dem Bildungsministerium lastet, ist deutlich spürbar. Auch der Abschlussbericht aus dem Schulversuch BS<sup>20</sup> enthält Vorschläge, die die Alarmglocken zumindest leise erklingen lassen.

Wie Sie sehen, gibt es weiterhin viel zu tun für den VLW als Interessensvertreter aller Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen und damit auch gute Gründe für Ihre Mitgliedschaft im VLW. Und nun wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Lektüre des neuen „VLW kompakt“.

**Dirk Mettler**  
Referent für Öffentlichkeitsarbeit



**D**er VLW begrüßt das Vorhaben, die HBF an veränderte gesellschaftliche und bildungspolitische Rahmenbedingungen anzupassen. Sparbemühungen unter dem Deckmantel der Reform lehnt der VLW hingegen vehement ab.

**D**ie Reformpläne des Bildungsministeriums sehen vor, die Höhere Berufsfachschule als vollschulische Erstausbildung zu profilieren. Deshalb orientiert sich die neue Stundentafel an den Vorgaben der KMK-Rahmenvereinbarung zur Ausbildung und Prüfung zum staatlich geprüften Assistenten an Berufsfachschulen. Des Weiteren wird das Pflichtpraktikum deutlich ausgeweitet (im Regelfall verdoppelt) und mit 640 Unterrichtsstunden in der Stundentafel verankert. Der Erwerb der Fachhochschulreife soll weiterhin möglich sein, der entsprechende Unterricht soll allerdings nicht mehr zum Pflichtkanon gehören, sondern muss gegebenenfalls zusätzlich absolviert werden.

Dies führt zu einer massiven Reduktion des Unterrichts - vor allem in den allgemeinbildenden Fächern - für jene Schüler, die nicht am FHR-Unterricht teilnehmen, welche in der Regel die schwächeren Schüler sind. Damit werden diese HBF-Schüler gerade in den Fächern benachteiligt, die für den Erwerb der von den Ausbildungsbetrieben geforderten Kernkompetenzen „Lesen, Schreiben, Rechnen“ von Bedeutung sind. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass eine wesentliche Aufgabe der HBF darin besteht, gerade in diesen Kul-

turtechniken Defizite auszugleichen, die die Schüler von ihren bisherigen Bildungsgängen der Sekundarstufe I mitbringen.

**D**ie Zahl der Fachrichtungen soll von derzeit 23 auf 9 plus x reduziert werden. Für den Bereich der Wirtschaft ist nur noch eine einzige Fachrichtung vorgesehen. Dies dient offensichtlich dem Ziel, in den Oberstufen Klassen zusammenlegen zu können und somit Lehrerstunden einzusparen. Für die Schüler entfällt damit die Möglichkeit, differenzierte Qualifikationen zu erwerben, und die hohe Unterrichtsqualität in tendenziell kleineren Oberstufenklassen wird dem Spardiktat geopfert. Der VLW lehnt dies ab und fordert, im Bereich der Wirtschaft mindestens zwei Fachrichtungen (z. B. Handel und Industrie) beizubehalten.

**D**er Sparcharakter der Reform zeigt sich auch darin, dass für das jetzt deutlich ausge dehnte Praktikum kein Lehrkräfteeinsatz vorgesehen ist. Und das, obwohl die Praktikumserfahrungen in die Berichtsarbeit einfließen sollen, die wiederum prüfungsrelevant sein soll. Die Schülerinnen und Schüler in der Praktikumsphase unbe treut zu lassen, wäre aus Sicht des Verbandes unverantwortlich. Der VLW fordert hier eine Gleichbehandlung der HBF mit der Fachoberschule, die im organisatorischen Verbund mit der Realschule plus geführt wird. Dort wird das Praktikum von Lehrkräften qualifiziert betreut, die dafür bis zu vier Anrechnungsstunden je Klasse erhalten.

**M**it Beginn des laufenden Schuljahres hat an sechs rheinland-pfälzischen BBSn die Pilotierung der Reform begonnen. Die von uns geforderte Verschiebung dieser Pilotierung hat das Bildungsministerium ohne Begründung abgelehnt, unserer Forderung nach Verlängerung der Pilotphase auf zwei volle Schuljahre hat es hingegen entsprochen. Die dadurch gewonnene Zeit gilt es jetzt zu nutzen, um die Erfahrungen der Pilotschulen in die Reform der HBF mit einfließen zu lassen. Hier muss ehrlich reflektiert werden und Realitätssinn vor Wunschdenken stehen. Es darf nicht sein, dass Elemente, die sich in der Pilotphase nicht bewähren, am Schluss doch in der Verordnung auftauchen.

**D**ie Höhere Berufsfachschule ist ein bewährter Bildungsgang unter dem Dach der BBS. Sie hat in der Vergangenheit Tausenden von Schülern, die bei Verlassen der Sekundarstufe I zwar einen Schulabschluss besaßen, aber noch keinen passenden Ausbildungsplatz finden konnten, den Bildungsaufstieg ermöglicht und den Einstieg in die Berufswelt erleichtert. Diese gesellschaftlich unschätzbar wertvolle Funktion macht die HBF in unserer Bildungslandschaft unverzichtbar. Deshalb fordert der VLW, dass die Reform nicht zu Sparzwecken missbraucht, sondern tatsächlich dazu genutzt wird, die HBF zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler zukunftsfähig aufzustellen.

*Emmelshausen, 25.08.2017*

## Alter Wein in neuen Schläuchen? Ergebnisse des Schulversuchs BS<sup>20</sup> vorgestellt

**15 000 Auszubildende weniger - mit innovativen Modellen die duale Ausbildung in der Fläche sichern**

Im Rahmen einer Transfertaugung wurden die Ergebnisse des zweijährigen Schulversuchs Berufsschule 2020 (BS<sup>20</sup>)<sup>1)</sup> vorgestellt und diskutiert.

Der aus vier Handlungsfeldern bestehende Schulversuch hatte - neben dem Ziel, die derzeitigen Berufsschulstandorte transparent zu machen – die Aufgabe, pädagogische, organisatorische und technische Möglichkeiten zu erproben, mit denen die duale Ausbildung in der Fläche erhalten werden kann. Die Ergebnisse sollen schließlich auch als Basis für künftige Standortentscheidungen dienen.

Hintergrund ist die stetig rückläufige Zahl der dualen Auszubildenden im Land Rheinland-Pfalz. Wurden im Jahr 2009 noch knapp 80 000 Auszubildende geschult, sind es im laufenden Jahr nur noch ca. 65 000. Unsere berufsbildenden Schulen bekommen dies deutlich zu spüren. Immer kleiner werdende Klassen sind zwar eine pädagogische Chance, erregen aber unser Besorgnis bezüglich deren Zukunftsfähigkeit. Das Schließen der Klassen kann jedoch nicht die Lösung sein, denn dann ist die Chance auf Ausbildung insbesondere in den ländlichen Räumen womöglich für immer veran.

**Der VLW begrüßt deshalb ausdrücklich die strategische Zielsetzung des Landes, die berufsbildenden Schulen zu stärken und die Ausbildung in der Fläche zu erhalten.**

### Die vier Handlungsfelder

Die im **Handlungsfeld 1 (Standorttransparenz)** des Schulversuchs beschriebene systematische Erfassung der Berufsschulangebote des Landes und deren Darstellung im Schulatlas ist ein wichtiger Schritt hin zu Übersichtlichkeit und als Planungsgrundlage für künftige Standortentscheidungen.

Im **Handlungsfeld 2 (Curriculare Möglichkeiten)** ging es darum, die gemeinsame Beschulung unterschiedlicher Berufe zu erproben. Hier zeigte sich, dass dies, wegen der regionalen Besonderheiten und der unterschiedlich verfügbaren Kompetenzen vor Ort, am besten schulindividuell gelingt.

Das **Handlungsfeld 3 (Schulversuch)** beschreibt die Durchführung von BS<sup>20</sup>. Hierfür wurden neun über das Land verteilten Modellschulen bewusst ein großer Gestaltungsfreiraum zur Entwicklung innovativer Lösungen zugestanden. Neben der Auflösung der bisherigen Klassen wurde die Einführung von „Globalklassen“ erprobt, in denen ein Lehrerteam eigenverantwortlich die Aufteilung in Lerngruppen vornimmt, den Unterricht organisiert und erteilt. Somit kann Unterrichtsausfall vermieden werden und gleichzeitig die Heterogenität von Berufsschülern durch differenzierte Angebote Berücksichtigung finden. Als weiteres bedeutendes Feld, auch in Verbindung zum selbstgesteuerten bzw. selbstorganisierten Lernen und zur individuellen Förderung, ist die Implementierung webbasierter Lernformen zu sehen, die ebenfalls von vie-



len Teilnehmerschulen erprobt wurde.

Beim **Handlungsfeld 4 (Standortgespräche)** wird die Notwendigkeit thematisiert, gegebenenfalls Verlagerungen von Ausbildungsangeboten an Nachbarschulen in regionaler Nähe vorzunehmen. Dies soll jeweils im Diskurs von Kammern, Schulaufsicht und Bildungsministerium entschieden werden.

### Der VLW fordert angemessene Rahmenbedingungen

Der VLW sieht in dem Schulversuch durchaus einen Schritt in Richtung Zukunft. Die Ergebnisse zeigen jedoch deutlich, dass durch die neuen Organisationsformen die Komplexität der Aufgaben für die Schulleitungen und die Kolleginnen und Kollegen an unseren BBSn deutlich zunehmen wird. So wird sich die Präsenzzeit der in Teams organisierten Lehrkräfte zwangsläufig erhöhen. Die im Abschlussbericht beschriebene Erarbeitung von Lernangeboten für die Lernplattform Moodle liest sich, als ob die Lehrkräfte künftig ihre Schulbücher selbst schreiben müssten. Es gleicht einer Utopie zu glauben, dass sich dies mit den derzeitigen Rahmenbedingungen und noch dazu kostenneutral umsetzen

ließe. Allein die Bereitstellung der erforderlichen Hardware einschließlich eines funktionierenden Internetzugangs erfordert die Bereitschaft von Land und Schulträgern, deutlich mehr Geld für Bildung bereitzustellen.

Der VLW begrüßt es deshalb, dass für den kommenden Schulversuch das Thema „BBS 4.0“ angekündigt wurde. Die Notwendigkeit, im Bereich Digitalisierung und Industrie 4.0

den Anschluss zu halten, hat der VLW bereits an seinem Tag der kaufmännischen Schule am 20. März im Schloss Waldthausen betont (siehe dazu auch den Bericht in der SWR-Landesschau am 20. März).

Wir, die Kolleginnen und Kollegen an den berufsbildenden Schulen, sind bereit, die Veränderungen mit zu gestalten und fordern, dazu möglichst bald die entsprechenden Mittel zur Ver-

fügung zu stellen. Es ist jedoch eine Illusion zu glauben, dass wir zusätzlich zu den ohnehin schon starken Belastungen, einen solchen Veränderungsprozess ohne entsprechende Kompensation bewältigen können.

1) Ausführliche Hintergrundinformationen finden Sie im Abschlussbericht zum Schulversuch BS20, der auf dem Bildungsserver Rheinland-Pfalz als PDF-Datei heruntergeladen werden kann.

*Karl-Heinz Fuß*

## Aus dem Bundesverband Gemeinsames Positionspapier von VLW, BLBS und DIHK zur Digitalisierung



### **Berufsschulen von morgen benötigen 500 Millionen jährlich für Digitalisierung – Digital-Pakt#D reicht nicht aus**

Der Deutsche Industrie und Handelskammertag e.V. (DIHK) hat heute gemeinsam mit dem Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e.V. (VLW) und dem Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) ein Papier zur Stärkung der beruflichen Bildung und der Berufsschulen in Deutschland veröffentlicht. Es enthält Handlungsempfehlungen für die Politik in Bund und Ländern für die Ausbildung im ländlichen Raum, die Nachwuchskräfte-sicherung von Berufsschullehrern und die Modernisierung und Digitalisierung von Berufsschulen sowie die Stärkung der Dualen Ausbildung.

Der Investitionsbedarf für die Digitalisierung von Berufsschulen ist eine der zentralen Herausforderungen.

Durch den so genannten Digital-VLW kompakt 3/2017

Pakt#D soll die digitale Ausstattung aller Schulen finanziert werden. Bisher haben Bund und Länder 5 Milliarden Euro für die nächsten fünf Jahre geplant. Mit schätzungsweise 2,5 Milliarden Euro benötigen allein die Berufsschulen rund die Hälfte der Gelder, um sich für die Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft in unserem digitalen Zeitalter zu rüsten.

Um eine zukunftsfähige Ausbildung zu ermöglichen, ist eine Modernisierung der Ausstattung der Schulen mit zeitgemäßen Arbeitsmitteln auf technisch aktuellem Stand erforderlich. Dazu zählt neben der Bereitstellung mobiler Endgeräte und internetgestützten Lernplattformen auch der Ausbau des glasfaser-basierten Breitband-Internetzugangs. Berufsschulen müssen daher bei den Planungen von Bund und Ländern für den DigitalPakt#D einen besonderen Stellenwert erhalten.

Darüber hinaus müssen Bund, Länder und Kommunen ländliche Räume durch gute Infra-

struktur und Ausbildung in der Region stärken. Um Fachkräfte in der Region zu halten, müssen Berufsschulstandorte und Berufsschulangebote vor Ort aufrechterhalten werden. Berufsbildende Schulen sollen in die Lage versetzt werden, über regionale Grenzen hinweg Kooperationen einzugehen, um in seltenen Berufen einen wohnort- und betriebsnahen Unterricht zu ermöglichen.

Eine wichtige Voraussetzung zur Sicherstellung der Ausbildung von ausreichend und gut qualifizierten Berufsschullehrern sind zukunftssichere Konzepte für leistungsfähige Berufsschulen in den Regionen. Das gilt vor allem für berufsqualifizierende Fächer und den gewerblich-technischen Bereich (Metall-, Elektro-, Fahrzeugtechnik, Informatik). Die Ausbildung durch ausgebildete Fachlehrer ist ein wichtiger Gradmesser für die Qualität des Unterrichts. Es gilt daher die Attraktivität des Berufsbildes zu erhöhen und Anreize für den Beruf des Berufsschullehrers zu



schaffen. Das gelingt zum Beispiel, in dem das Berufsbild des Berufsschullehrers Teil der Berufs- und Studienorientierung wird, finanzielle Anreize und ein attraktives Arbeitsumfeld mit einer modernen Ausstattung geschaffen werden und der Quereinstieg erleichtert wird.

Insgesamt gilt es, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die die duale Ausbildung stärken und die Attraktivität der beruflichen Bildung erhöhen. Wir brauchen Investitionen in eine attraktive Berufsschullandschaft, die sowohl für Berufsschüler als auch für Berufsschullehrer interessant ist und sich am Bedarf der Wirtschaft orientiert.

**Stefan Werth (Fachlehrer für Wirtschaft, Wirtschaftsinformatik und Informationstechnische**

**Systeme, Ludwig-Erhard-Berufskolleg des Kreises Paderborn und stellv. Bundesvorsitzender des VLW):**

„Viele Schulen der beruflichen Bildung müssen modernisiert werden, da reicht es nicht, ein paar Leuchttürme mit überdurchschnittlich viel Geld aufzustellen, sondern alle Schulen sind flächendeckend nach ihrem Bedarf auszustatten. Bei allen technischen Debatten gibt das pädagogische Konzept die Richtung vor. In diesem Punkt scheint momentan noch der größte Bedarf zu liegen.“

**Eugen Straubinger (BLBS Bundesvorsitzender und Schulleiter der Philipp-Matthäus-Hahn Schule in Balingen):**

„Das deutsche Berufsbildungssystem schafft individuelle

Chancen und Lebensperspektiven. Daher freue ich mich, dass die Bundesregierung und die Kultusministerkonferenz die Attraktivität der beruflichen Bildung weiter stärken will und hoffe, dass zusammen mit den Bundesländern mehr in die sächliche und personelle Ausstattung der beruflichen Schulen investiert wird.“

**Dr. Achim Dercks (Stellv. Hauptgeschäftsführer DIHK):** „Die duale Ausbildung kann nur stark sein, wenn die beiden Partner Unternehmen und Berufsschule stark sind. Wir brauchen darum eine gemeinsame Berufsschuloffensive von Bund und Ländern. Diese muss für eine moderne digitale Ausstattung, betriebsnahe Berufsschulstandorte und einen ausreichenden Nachwuchs an qualifizierten Berufsschullehrern [...]“

## Aus dem Landesverband

### VLW-Personalrätefortbildungen in Welling und Weisenheim am Berg

Welche Aufgaben und Pflichten habe ich als gewähltes Personalratsmitglied? Wie kommuniziere ich am erfolgreichsten mit der Schulleitung und wie gehe ich mit den vielfältigen Erwartungen aus dem Kollegium um? Dies sind nur einige Beispiele für die Fragestellungen, mit denen sich neu- und wiedergewählte Personalräte am 11. bzw. 12. September auf Einladung des VLW befasst haben.

Die Grundlagen des Personalvertretungsrechts in Rheinland-Pfalz waren jeweils das Tagesthema, das in den ansprechenden Tagungsräumen des Hotels Post in Welling und des Hotels Speeter in Weisenheim am Berg im Fokus stand. Unter der Leitung von Kurt Flöck und Andreas Seehaus



(beide langjährige Mitglieder im BPR) wurden am Vormittag die gesetzlichen Regelungen zur Geschäftsführung ebenso beleuchtet wie die verschiedenen Formen der Beteiligungsrechte. Am Nachmittag referierte Karl-Heinz Fuß (seit 2001 im HPR) zu den Aufgaben der Stufenvertretung und den Regelungen zur Personalversammlung. Abgerundet wurde das Programm durch einen Vortrag von Dirk Mettler (neu gewähltes HPR-Mitglied) zum Entwurf der Neufassung der VV Mehrarbeit im Schuldienst.

Zwischendurch und im Anschluss gab es Gelegenheit, besondere aktuell anstehende Fragen zu diskutieren und zu klären. Am Ende des Tages bedankte sich das VLW-Team bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die aktive und diskussionsfreudige Beteiligung. Der VLW wünscht allen Personalrätinnen und -räten viel Freude und Erfolg in ihrem verantwortungsvollen Amt und steht als Ansprechpartner für Fragen gerne und jederzeit zur Verfügung.

*Andreas Seehaus*



### **Nachruf Günter Neumann († 30.05.2017)**

Unser Ehrenmitglied und ehemaliger Kollege Günter Neumann ist am 30. Mai im Alter von 78 Jahren nach langer schwerer Krankheit gestorben. Wir verlieren mit ihm einen geschätzten Kollegen, der sich mit Engagement für das berufliche Schulwesen eingesetzt hat. Günter Neumann engagierte sich schon als junger Kollege für unseren Verband, zunächst viele Jahre als Ortsvorsitzender und ab 1983 als Mitglied im Beirat des Landesvorstands. Durch seine Erfahrung als Schulleiter der BBS II in Kaiserslautern aber

auch in der Seminararbeit sowie durch seine vielfältigen Beziehungen zu Vertretern der Politik und der Wirtschaft war er dem Landesvorstand eine unschätzbare Hilfe. Nicht zuletzt leitete er fast ein Jahrzehnt die VLW-Landesdelegiertenversammlungen in souveräner Art und Weise.

Aufgrund seiner Verdienste wurde Günter Neumann im Jahr 2008 im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen zum VLW-Ehrenmitglied ernannt.

Am 8. Juni 2017 wurde Günter Neumann in seinem Heimatort Mehlingen, bei Kaiserslautern, würdevoll bestattet. Wir trauern



mit seiner lieben Frau und seiner Familie und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

### **Nachruf Georg Jooß († 27.10.2017)**



Der VLW Rheinland-Pfalz trauert um seinen ehemaligen Landesvorsitzenden Georg Jooß, der am 27. Oktober, kurz nach seinem 71. Geburtstag nach schwerer Krankheit von uns gegangen ist.

Während seines gesamten Berufslebens war Georg Jooß eng mit dem VLW verbunden. Bereits im Alter von 33 Jahren wurde er Mitglied im Landesvorstand, zunächst als Vorsitzender des Bezirksverbandes Pfalz. Doch das war nur der Anfang. 5 Jahre später wurde Georg zum stellv. Landesvorsitzenden gewählt und hat die damaligen Landesvorsitzenden

Helga Giebson und Klaus Flörchinger(†) tatkräftig unterstützt. Dabei machte er auch vor der Landesgrenze nicht Halt, sondern engagierte sich in den 90er Jahren sehr aktiv im geschäftsführenden Vorstand des VLW-Bundesverbandes, wo er von 1992 bis 1998 den Vorsitz des Ausschusses für Lehrerbildung innehatte. Mit Leidenschaft, fachlicher Kompetenz und einer tiefen Überzeugungskraft half er in dieser Zeit, die Verbandsstrukturen in den Neuen Bundesländern aufzubauen. Zeitgleich vertrat er den VLW im Hauptpersonalrat der berufsbildenden Schulen im Bildungsministerium in Mainz. Mit Blick auf dieses umfangreiche Engagement und die erlangte Sachkenntnis verwundert es wenig, dass Georg Jooß im Jahr 1997 von den Delegierten zum Landesvorsitzenden in Rheinland-Pfalz gewählt wurde. Es waren vor allem seine persönlichen Stärken, die ihn für das Amt auszeichneten. Es fiel ihm nicht schwer vor einem großen Publikum ad hoc eine Rede zu halten. In Verhandlungen mit Politikern und Referenten von Ministerium und ADD gelang es ihm immer wieder, Lösungen

und Kompromisslinien aufzuzeigen. Wenn Entscheidungen von strategischer Bedeutung getroffen werden mussten, hatte er die Auswirkungen im Blick und konnte von seinem erheblichen Erfahrungsschatz schöpfen. Er machte deshalb nicht nur im Verband, sondern auch an der Schule Karriere. So gab er im Jahr 2003 das Amt des VLW-Landesvorsitzenden an Karl-Heinz Fuß weiter, nachdem er zum Leiter der Berufsbildenden Schule Wirtschaft I in Ludwigshafen ernannt wurde. Dennoch stand er dem VLW-Landesvorstand weiterhin als kooptiertes beratendes Mitglied zur Seite. Erst nach seiner Pensionierung im Jahr 2012 wurde Georg Jooß, nach sage und schreibe 33 Jahren, feierlich aus dem Landesvorstand verabschiedet. Gleichzeitig wurde er zum Ehrenmitglied des VLW ernannt.

Am 3. November 2017 wurde Georg Jooß in seinem Heimatort Limburgerhof, bei Ludwigshafen, würdevoll bestattet. Wir trauern mit seiner lieben Frau und seinen Kindern und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## Aus den Bezirksverbänden Fortbildung des VLW-Bezirksverbandes Koblenz

### Wettbewerbspolitik in der sozialen Marktwirtschaft

Wie funktioniert Wettbewerb in der sozialen Marktwirtschaft? Zu dieser Fragestellung lud der VLW-Bezirksverband Koblenz interessierte Kolleginnen und Kollegen zu einer Fortbildungsveranstaltung am 27. April 2017 ins Food-Hotel in Neuwied ein.

Wettbewerbsrechtliche Fragestellungen sind fester Bestandteil der Lernfelder bzw. Lernbereiche in kaufmännischen Bildungsgängen. Vor diesem Hintergrund setzten sich 21 Kolleginnen und Kollegen von verschiedenen Berufsbildenden Schulen im Rahmen der Veranstaltung mit klassischen Themen wie Kartellrecht, Fusionen-Fusionskontrolle-Missbrauchsaufsicht, Grundzügen des europäischen Wettbewerbsrechts sowie der Struktur und den Aufgabengebieten des Bundeskartellamts auseinander.

Hierbei vermittelte Referent Michael Detering den aktuellen fachlichen Sachstand, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf praktischen Fällen aus dem Aufgabenbereich des Bundeskartellamts lag. Herr Detering



ist derzeit als stellvertretender Pressespecher des Bundeskartellamts tätig. Zuvor arbeitete er als Ökonom in einer der Beschlussabteilungen des Amtes.

Anhand vielfältiger Beispiele wurden Einschränkungen des Wettbewerbs durch Kartelle sowie Maßnahmen des Bundeskartellamts zur Sicherung des Wettbewerbs als Säule der sozialen Marktwirtschaft aufgezeigt. In einem weiteren zentralen Thema veranschaulichte Herr Detering Fragen zur Fusionskontrolle und Missbrauchsaufsicht anhand konkreter Fälle. Unter anderem wurden der

Ablauf eines Fusionskontrollverfahrens, die Abgrenzung des relevanten Marktes, die wirtschaftlichen Auswirkungen einer möglichen Fusion, die Formen des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung sowie die Ministererlaubnis an praktischen Beispielen erläutert. Hieraus ergaben sich viele interessante Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die im Dialog mit dem Referenten eine Klärung fanden.

Abschließend stellte Herr Detering beispielhaft einige Unterrichtsmaterialien vor, die auf der Homepage des Bundeskartellamts zum Download zur Verfügung stehen.

Die Fortbildungsveranstaltung fand bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine sehr positive Resonanz. Insbesondere die fachliche Leistung des Referenten und der Praxisbezug wurden lobend erwähnt. Auch verstand es Herr Detering, die Themen in einer interessanten Art und Weise zu präsentieren. Anklang fanden auch die angenehmen Rahmenbedingungen der Tagungsstätte.

*Kurt Flöck*







## INHALTSVERZEICHNIS

### Dienstrecht

Neue Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit“ 3

### Bildungspolitik

Der VLW im Gespräch mit  
Bildungspolitikern 3

### Aus dem Bundesverband

Verschmelzung der bundesweiten  
Dachverbände steht unmittelbar bevor 6

### Aus dem Landesverband

Der VLW informierte zur Altersteilzeit  
für Lehrkräfte 7

### Aus den Bezirksverbänden

Neue Vorsitzende in Rheinhessen 7

### Aus den Ortsverbänden

Staffelholz-Übergabe an der  
BBS Wirtschaft Worms 8

Neuer Ortsvorsitzender in Boppard 8

## IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und  
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband  
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb  
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,  
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler,  
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16  
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir geben es zu: Die Karikatur auf der Titelseite ist in der Fastnachtszeit entstanden, und da ist es sicher erlaubt, die Ministerin als Piratin darzustellen, mit allem was dazugehört. Leider ist der Hintergrund dieser Karikatur alles andere als spaßig, bringt die neue Verwaltungsvorschrift (VV) „Mehrarbeit“ doch einige Verschlechterungen für uns Lehrkräfte mit sich, weshalb der VLW diese neue VV auch ablehnt. Dieses Votum haben Karl-Heinz Fuß und ich auch in den Hauptpersonalrat getragen, wo die Mitbestimmungsvorlage ebenfalls keinen Stich machen konnte. Da die HPRe der anderen Schularten dies genauso sahen, gab es zu Beginn des Jahres gleich mehrere so genannte Einigungsstellen, bei denen die HPRe leider unterlagen, da sich die Vorsitzende Richterin (aus dem Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit) bei der entscheidenden Abstimmung auf die Seite des Ministeriums schlug. Deshalb gehen wir davon aus, dass die neue VV mit Beginn des neuen Schuljahres in Kraft treten wird.



Bei unserer letztjährigen „Parteienrunde“ stießen wir mit unseren Anliegen weitgehend auf offene Ohren, was uns gelegentlich überrascht und deshalb umso mehr erfreut hat. Allerdings stimmt es auch traurig, wenn eine langjährige Regierungspartei auf die Forderung nach Anpassung der Anwendungsbetreuung an die Realität nur auf Finanzmittel vom Bund und die Aufhebung des so genannten Kooperationsverbots hofft. Es wäre schön, wenn sich die der Bildung in Sonntagsreden immer wieder zugesprochene Bedeutung endlich auch mal im Haushaltsplan wiederfände. Es ist schließlich alles eine Frage der Prioritäten!

In Berlin wächst wieder einmal zusammen, was zusammen gehört. Unser Dachverband, der VLW-Bundesverband schließt sich mit dem BLBS zu einem neuen Verband, dem Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) zusammen. Bei der Verschmelzungsversammlung im April wird der VLW Rheinland-Pfalz mit vier Delegierten vertreten sein, ebenso der vlbs.

Es ist erfreulich zu sehen, dass sich immer wieder junge Kolleginnen und Kollegen finden, die bereit sind, sich für unseren Verband zu engagieren. Im Bezirksverband Rheinhessen schwingt jetzt eine Frau das Zepter: Birgit Winkelhaus tritt die Nachfolge von Bertie Thalacker an und nimmt damit auch seinen Platz im Landesvorstand ein. Wir heißen sie herzlich willkommen! Bei Bertie Thalacker bedanken wir uns für sein engagiertes Mitwirken, seine konstruktiv-kritischen Einwände und seine humorvollen Beiträge im Landesvorstand. Eben solcher Dank gilt den bisherigen Ortsvorsitzenden von Worms und Boppard, Jürgen Hatzfeld und Robert Kirch. Ihren Nachfolgern, Thorsten Weber und Daniel Göbel, wünschen wir viel Freude und Erfolg in ihren neuen Ämtern!

**Dirk Mettler**  
Referent für Öffentlichkeitsarbeit



## Treffer versenkt - Neue Verwaltungsvorschrift Mehrarbeit torpediert Unterrichtsversorgung

**Wahrscheinlich zum Beginn des nächsten Schuljahres wird die neue Verwaltungsvorschrift (VV) Mehrarbeit in Kraft treten, die mit einigen Verschlechterungen gegenüber der bisherigen Situation einhergeht.**

So wird geleistete Mehrarbeit erst dann vergütet, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres durch Dienstbefreiung ausgeglichen werden kann. Wer also Mehrarbeit über den so genannten „Schwellenwert“ (Näheres dazu siehe unten!) leistet, muss zukünftig ein ganzes Jahr auf die Vergütung warten - wenn er sie denn überhaupt bekommt. In den weitaus meisten Fällen dürfte es wohl so sein, dass der Ausgleich durch ausfallende Stunden am Schuljahresende kompensiert wird. Bislang war es vielerorts üblich, die aufgrund des kurz- bis mittelfristigen Ausfalls einer Lehrkraft geleisteten Vertretungsstunden aus Mitteln des PES-Budgets zu entlohnen. Wenn man aber zukünftig ein Jahr lang darauf warten muss und überdies Gefahr läuft, dass die geleistete Mehrarbeit durch sowieso anfallende Ausfallstunden ausgeglichen wird, verliert diese unbürokratische Praxis jeden Anreiz. Das bleibt sicher nicht ohne Auswirkung auf die Bereitschaft, solche Vertretungen zu übernehmen. Im Ergebnis steht zu erwarten, dass mehr Unterricht ausfallen wird.

Der neu eingeführte Begriff „Schwellenwert“ nimmt Bezug auf eine Vorschrift im Landesbeamtengesetz. § 73 Abs. 2 LBG sieht vor, dass Beamtinnen und Beamte beim Vorliegen zwingender dienstlicher Erfordernisse innerhalb eines Monats bis zu einem Achtel ihrer wöchentlichen Arbeitszeit als unentgeltliche Mehrarbeit leisten müssen. Wird dieses Maß überschritten, so ist die gesamte geleistete Mehrarbeit dieses Monats nach Möglichkeit durch Dienstbefreiung auszugleichen und andernfalls zu vergüten.

Wichtig zu wissen ist, dass Ausfallstunden VLW kompakt 1/2018

den nur solche Freistunden sind, auf die kein Rechtsanspruch besteht. Wer also beispielsweise wegen Niederkunft der Ehefrau (§ 31 Abs. 3 Nr. 1 UrIVVO) oder zu gewerkschaftlichen Zwecken (§ 25 UrIVVO) beurlaubt ist, muss sich diese Zeiten nicht auf seine Mehrarbeit anrechnen lassen. Ebenfalls nicht als Ausgleich zählen Freistunden, während derer nach Anordnung durch die Schulleitung dienstliche Aufgaben wahrgenommen werden. Dazu zählt ausdrücklich auch die Mitwirkung in einem Prüfungsausschuss der Kammern!

Sauer aufstoßen wird vielen verdienten Kolleginnen und Kollegen die Anhebung der Altersgrenze, ab der Mehrarbeit nur mit dem Einverständnis des Betroffenen angeordnet werden darf. Darauf muss man künftig bis zum Beginn des Schuljahres warten, in welchem man sein 56. Lebensjahr vollendet.

Nach wie vor gilt, dass Mehrarbeit nur in Ausnahmefällen angeordnet werden darf. An vielen Schulen und für viele betroffene Kolleginnen und Kollegen ist diese Ausnahme aber immer mehr zur Regel geworden. Der VLW kritisiert, dass auf diese Weise die Unterrichtsversorgung schöngerechnet wird. Dies geschieht faktisch auf dem Rücken der Lehrkräfte und trägt sicher nicht zur Qualitätssteigerung des Unterrichts bei.

Nicht verschwiegen werden sollen natürlich auch die Verbesserungen: Die neue VV stellt klar, dass der Schwellenwert, bis zu dem Mehrarbeit zum Nulltarif geleistet werden muss (3 Unterrichtsstunden je Kalendermonat) für teilzeitbeschäftigte Beamte nur anteilig gilt. Wer zum Beispiel mit halber Stelle unterwegs ist, für den beträgt der Schwellenwert 1,5 Unterrichtsstunden, der bereits durch die zweite Mehrarbeitsstunde im Kalendermonat überschritten wird. Das ist zwar nicht neu, wurde aber häufig übersehen, da entsprechende Regelungen bislang nur im Landesbeamtengesetz zu finden waren.

Ebenso gilt weiterhin die VV „Unterrichtsorganisation in der Berufsschule für die Zeit der Ausbildungsabschlußprüfungen“ vom 11.12.1992. Aus ihr geht klar hervor, dass Ausfallstunden, die durch die vorzeitige Entlassung der Abschlussklassen (sechs Wochen vor Beginn der Sommerferien bzw. am 1. Dezember) entstehen, für die Lehrkräfte, die an den Abschlussprüfungen mitwirken (Korrektur der schriftlichen Arbeiten, Teilnahme an den mündlichen und praktischen Prüfungen), als Ausgleich für eben diese Tätigkeiten anzusehen ist. Deshalb können auch diese Ausfallstunden nicht als Ausgleich für geleistete Mehrarbeit herangezogen werden.

## Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern

**In Gesprächen mit Bildungspolitikern des Landtags betonten die Vertreter des VLW die Bedeutung der berufsbildenden Schulen im Land.**

Eine nachhaltige Fachkräftesicherung lässt sich nur mit früh ansetzender beruflicher Bildung realisieren. Dazu sind die berufsbildenden Schulen in unserem Land die kompetenten Partner. Neben der Berufsschule, die in dualer Partnerschaft mit den Ausbildungsbetrieben die international anerkannte Berufsausbildung möglich macht, ist es die Vielzahl von schulischen Vollzeitbildungsgängen, die unsere

berufsbildenden Schulen zu dem machen, was sie sind. Nämlich zu einer Bildungsinstitution, welche auf allen Ebenen die Durchlässigkeit des schulischen Bildungssystems zur Realität werden lässt. Beginnend beim Berufsvorbereitungsjahr, über die Berufsfachschulen, die höheren Berufsfachschulen, die Berufsoberschulen, das berufliche Gymnasium und die vielen Fachschulen wird an berufsbildenden

Schulen eine große Vielfalt an berufsqualifizierenden Bildungsgängen angeboten. Diese bieten für jeden Abschluss einen Anschluss und stellen einen erheblichen Wert für unsere Volkswirtschaft dar. Die zentrale und über die meisten Bundesländer hinweg angewandte Prüfung zum Abschluss der Berufsschule sichert die Einhaltung des hohen Qualitätsstandards. Dieser Anspruch findet selbstverständlich auch in den Wahlschulbildungsgängen Anwendung und wird durch die überwiegend berufsbezogen qualifizierten Kolleginnen und Kollegen gewährleistet.

Der VLW warnt davor, dieses erfolgreiche System durch Sparmaßnahmen zu gefährden, deren Folgen nicht absehbar sind. Aktuell ist dies insbesondere bei der Reform der höheren Berufsfachschule zu befürchten, deren Ausgestaltung durch die Sparvorgaben die eigentliche notwendige Förderung der Schülerinnen und Schüler in Frage stellt. Die Reform der Höheren Berufsfachschule muss nach Auffassung des VLW dringend dazu genutzt werden, diesen Bildungsgang zukunftsfähig zu gestalten. Ein wesentlicher Baustein dazu wäre die Anerkennung des Assistentenabschlusses als Teil der dualen Ausbildung in affinen Berufen. Im Hinblick auf die Fachkräftesicherung könnte dies dazu beitragen, wieder mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung zu gewinnen.



Mitglieder des Landesvorstands (v. l. n. r.) Dirk Mettler, Jürgen Hatzfeld und Karl-Heinz Fuß im Gespräch mit den CDU-Bildungspolitikern Anke Beilstein MdL und Guido Ernst MdL

Mit Blick auf die beruflichen Gymnasien kritisiert der VLW die Vielzahl an aufwachsenden IGS-Oberstufen. Hier werden unnötig viele Sek-II-Schulplätze geschaffen, die zueinander in Konkurrenz stehen. Dabei haben die beruflichen Gymnasien den Nachteil, dass sie ihre Schülerinnen und Schüler von den abgehenden Schulen abholen müssen, während diese an den IGSn einfach in ihrem vertrauten System bleiben. Der VLW fordert, allen Schülerinnen und Schülern der Mittelstufe und deren Eltern eine objektive und faire Schullaufbahnberatung zukommen zu lassen. Denn schließlich bieten die beruflichen Gymnasien eine ideale Vorbereitung auf eine anschließende duale Berufsausbildung oder ein Studium.

Mit Blick auf die Zukunft der beruflichen Bildung wies der VLW in den Gesprächen darauf hin, dass künftig auch im kaufmännischen Bereich Nachwuchsprobleme bei den Lehrkräften zu befürchten sind. Die Zahl der Studierenden im Fachbereich Wirtschaftspädagogik und die Zahl der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter mit dem Fach Wirtschaft ist gegenüber früheren Jahren deutlich gesunken. Gleichzeitig gehen in den nächsten 10 Jahren viele Kolleginnen und Kollegen aus diesem Fachbereich in den Ruhestand. Hier ist es dringend geboten Anreize zu schaffen und das Lehramt an berufsbildenden Schulen attraktiver zu gestalten. Dazu gehören die zeitgemäße Ausstattung unserer Schulen und die Stärkung der pädagogischen Unterstützungssysteme (z.B. Schulsozialarbeit und fachliche Fortbildungen).

Um der zunehmenden Bedeutung der digitalen Medien im Unterricht gerecht zu werden, müssen verstärkt Ressourcen in die System- und Anwendungsbetreuung fließen. Der dafür zur Verfügung stehende Satz des Landes bezieht sich auf die Zahl der Schülerinnen und Schüler und ist bei weitem nicht mehr hinreichend. Kein Wunder, denn er stammt aus einer Zeit, als unsere Schulen lediglich über einen Bruchteil an digitalen Geräten verfügten.



Diskussion in gemütlicher Runde: Helga Lerch MdL (FDP, 2. v. l.) hatte die Vertreter des VLW (v. l. n. r.) Karl-Heinz Fuß, Andreas Seehaus, Jürgen Hatzfeld und Dirk Mettler in ihr Wahlkreisbüro in Ingelheim eingeladen.



Inzwischen ist die Zahl der PCs und der elektronischen Tafeln deutlich gestiegen und weitere werden benötigt. Daran müssen dringend auch die Mittel für die technische Betreuung angepasst werden.

### Breite Zustimmung bei der CDU

Bei den Vertretern der CDU-Landtagsfraktion, der bildungspolitischen Sprecherin Anke Beilstein und dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses Guido Ernst, rannten die VLW-Vertreter mit ihren Forderungen offene Türen ein. Die CDU-Politiker sagten in allen Punkten ihre Unterstützung zu.

Der VLW nutzte das Gespräch auch, um auf die Bedeutung der Personalratsarbeit an unseren Schulen aufmerksam zu machen. In Folge des Rechnungshofberichtes hatte die CDU-Fraktion eine kleine Anfrage zu den gewährten Freistellungsstunden für Personalräte gestellt. Eine Beschränkung der Anrechnungsstunden würde aus Sicht des VLW jedoch zu massiven Einschränkungen bei der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben aus dem Landespersonalvertretungsgesetz führen. Davor warnt der VLW ausdrücklich und stieß auch damit auf Verständnis bei den Bildungspolitikern der CDU. Beide Gesprächsparteien sind sich einig, den konstruktiven Dialog weiterhin zu pflegen.



Das Gespräch mit Bettina Brück MdL (SPD, m.) führten (v. l. n. r.): Dirk Mettler, Karl-Heinz Fuß, Kurt Flöck und Jürgen Hatzfeld.

### Verständnis bei der FDP

Auch bei der bildungspolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion, Helga Lerch, stießen die VLW-Vertreter auf großes Verständnis für ihre vorgebrachten Anliegen. Insbesondere teilte Frau Lerch die Meinung des VLW, dass die zunehmende Akademisierung mit Sorge zu betrachten sei. Schon jetzt ist die Zahl der Studienabbrecher erschreckend hoch, was belegt, dass junge Menschen mit der Aufnahme eines Studiums nicht immer gut beraten sind. Frau Lerch bedauerte ebenfalls, dass viele Eltern ihre Kinder möglichst lange im allgemeinbildenden System beschulen lassen wollen, was häufig dazu führt, dass die jungen Menschen erst spät im aktiven Berufsleben Fuß fassen.

### SPD sieht den Bund in der Pflicht

Die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Bettina Brück betrachtet die Situation der Schulen des Landes, was die Voraussetzungen für die Teilhabe am Lernen mit modernen Medien betrifft, als virulent. So brauche jede Schule dringend einen Breitbandanschluss, damit der Zugang zum Internet und den Lernplattformen gewährleistet sei. Auf die mangelnde Finanzierung der System- und Anwendungsbetreuung angesprochen, betonte Frau Brück, dass ihre Partei die Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern fordere, um zusätzliche finanzielle Mittel zu erhalten. Zudem sei abzuwarten, was aus den versprochenen Mitteln des Bundesbildungsministeriums werde.

Frau Brück versicherte, dass bei der Genehmigung von Fachoberschulen und IGS-Oberstufen auch jeweils die Konkurrenzsituation in den Blick genommen werde. Allerdings konnten die VLW-Vertreter belegen, dass die Anmeldezahlen an benachbarten beruflichen Gymnasien nach Start einer IGS-Oberstufe rückläufig waren. Ein Zustand, der sich zwischenzeitlich wieder nivelliert hat, jedoch besonderer Aufmerksamkeit bedarf.

Auf die Umstellung auf die generalisierte Pflegeausbildung angesprochen, sicherte



Die Grünen-Politiker Daniel Köbler MdL (l.) und Jutta Blatzheim-Roegler MdL (2. v. r.) standen den VLW-Vertretern Kurt Flöck (2. v. l.) und Karl-Heinz Fuß (r.) Rede und Antwort.

## Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern (Forts.)

Frau Brück zu, darauf zu achten, dass die Pflegeausbildung in staatlicher Hand bleibe.

### Grüne erkennen die Bedeutung der Berufsbildenden Schulen

Auch im Gespräch mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von Bündnis90/Die Grünen, Jutta Blatzheim-Rogler, und deren Sprecher für Bildung, Daniel Köbler, diskutierten die Vertreter des VLW die Bedeutung und die aktuellen Belange der berufsbildenden Schulen.

Auf die Konkurrenzsituation angesprochen, die durch die Vielzahl an neu genehmigten IGS-Oberstufen für die beruflichen Gymnasien entstanden ist, erläuterten die Vertreter von Bündnis90/Die Grünen ihre Sicht der Bedeutung einer Gemeinschaftsschule für alle und erkannten dabei an, dass die Berufsschule die Gemeinschaftsschule schlechthin darstellt, in der Studienabbrecher gemeinsam mit Realschul- und Gymnasialabgängern unterrichtet werden.

Die VLW-Vertreter machten deutlich, dass das erfolgreiche und internationale System der dualen Berufsausbildung von schulischer Seite nur in Verbindung mit den beruflichen Vollzeitbildungsgängen aufrechterhalten werden kann. Lehrkräfte mit Berufserfahrung und deren Nähe zu den ausbildenden Betrieben stellen sicher, dass die berufsbildenden Schulen den Erfordernissen der ausbildenden Wirtschaft gerecht werden können. Vor diesem Hintergrund warb der VLW um Unterstützung beim Verbleib der Pflege-Ausbildung an den staatlichen Schulen. Die Umstellung zur generalisierten Pflege-Ausbildung sollte nicht dazu führen, dass diese in private Trägerschaften übergehen.

Die Vertreter von Bündnis90/Die Grünen und die des VLW vereinbarten, im konstruktiven Kontakt zu bleiben.

## Aus dem Bundesverband: Verschmelzung der bundesweiten Dachverbände VLW und BLBS steht unmittelbar bevor

Es tut sich was im Bereich der großen Lehrerverbände, wenn auch – zunächst – nur auf Bundesebene. Die gewerkschaftliche Interessensvertretung der Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen sowie die fachverbandliche Lobbyarbeit für die berufliche Bildung werden auf Bundesebene zukünftig von einem gemeinsamen Verband, dem „Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)“ wahrgenommen.

Zur Erklärung: In Rheinland-Pfalz existieren zwei Verbände für Berufsschullehrkräfte, unser VLW mit seinem Schwerpunkt im kaufmännischen Bereich und der uns freundschaftlich verbundene vlbs mit seinem gewerblich-technischen Schwerpunkt. Genauso verhält es sich auch in anderen Bundesländern, wie z. B. in unseren beiden Nachbarländern Nordrhein-Westfalen und Saarland. In den meisten Bundesländern, so z. B. in Baden-Württemberg, gibt es seit der erfolgreichen Verschmelzung der verschiedenen Verbände nur noch jeweils einen gemeinsamen Verband.

Auf Bundesebene bestehen bislang auch noch zwei Dachverbände, die sich über Jahre hinweg angenähert haben. Die beiden gemeinsam ausgerichteten Führungskräftekongresse in den Jahren 2015 und 2016 haben deutlich gemacht, dass die Zeit reif ist für den nun bevorstehenden Schritt des Zusammengehens. Am 11. April soll es soweit sein. Dann treffen sich 131 Delegierte der bisherigen Bundesverbände, um den neuen Verband aus der Taufe zu heben.

Den meisten Mitgliedern dürfte der – noch existente – VLW-Bundesverband nur durch die Zeitschrift „Wirtschaft und

Erziehung“, vertraut sein, die mit der im April erscheinenden Ausgabe 2/2018 eingestellt wird. An ihre Stelle wird eine neue Zeitschrift (Bildung und Beruf) treten, die – wie gewohnt – nicht nur aus dem Verbandsleben und über alles, was sich im Bereich der beruflichen Bildung tut, berichten wird, sondern darüber hinaus auch wissenschaftliche Beiträge aus dem Bereich der Berufs- und Wirtschaftspädagogik enthalten wird. Es ändert sich also nicht viel, außer dass das Spektrum – entsprechend der Breite des neuen Verbandes – etwas weiter gestreut sein wird.

Der VLW Rheinland-Pfalz begrüßt die Verschmelzung der beiden Dachverbände zum neuen BvLB ausdrücklich. Die berufliche Bildung, die meistens wie das Stiefkind der Bildungspolitik behandelt wird, braucht eine starke Lobby. Es wird höchste Zeit, dass die berufliche Bildung stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gerückt wird. Die Aufmerksamkeit, die uns Medien und Politik derzeit zukommen lassen, entspricht nicht in Ansätzen der Bedeutung, die die berufliche Bildung für unsere Gesellschaft hat. Dass Dr. Susanne Eisenmann (KMK-Präsidentin in 2017) die berufliche Bildung in den Mittelpunkt ihrer Präsidentschaft gestellt hat, ist natürlich ausgesprochen lobenswert. Es kann aber nur der Anfang sein! Kein Bildungspolitiker und auch kein selbst ernannter Bildungsexperte darf es sich mehr leisten können, über die berufliche Bildung einfach so hinwegzusehen. Dafür braucht es eine starke Interessensvertretung, dafür braucht es den BvLB, dem wir einen guten Start und viel Erfolg in seinem Wirken für die berufliche Bildung wünschen!



## Aus dem Landesverband: Informationsveranstaltung zur Altersteilzeit

### Der VLW informierte zur Altersteilzeit für Lehrkräfte

Welche verschiedenen Modelle gibt es? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein? Und vor allem: Wie wirkt sich die Altersteilzeit auf die Besoldung und die Pension aus? Dies sind nur einige Beispiele für Fragen, die sich unsere Kolleginnen und Kollegen stellen, wenn es um die Altersteilzeit geht.

Nach wie vor ist die Altersteilzeit eine beliebte Möglichkeit, vorzeitig aus dem aktiven Dienst zu scheiden bzw. eine deutliche Entlastung während der letzten Dienstjahre zu erhalten. Durch den Altersteilzeitzuschlag wird diese Möglichkeit finanziell abgedeckt. Letztendlich liegt es allerdings an der jeweiligen Lebenssituati-



on, ob die Altersteilzeit eine interessante Option darstellt.

Ziel der VLW-Informationsveranstaltung an der BBS Alzey im Januar 2018 war es, Informationen für diese individuelle Entscheidung zu bieten. Die hohe Zahl der

Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestätigt die Bedeutung und das Interesse an diesem Thema. **Eine weitere Informationsveranstaltung, voraussichtlich in Trier, soll deshalb noch in diesem Jahr folgen.**

## Aus den Bezirksverbänden: Neue Vorsitzende in Rheinhessen

Am 19. Februar 2018 trafen sich in den Räumen der Gustav-Stresemann-Wirtschaftsschule in Mainz Kolleginnen und Kollegen des Bezirks Rheinhessen zu ihrer Bezirksversammlung.

Im Mittelpunkt stand die Verabschiedung des langjährigen Bezirksvorsitzenden Bertie Thalacker. Er hat den Bezirksverband in bewegten und manchmal schwierigen Zeiten geführt und im Landesvorstand des VLW vertreten. Ganz besonders

werden die von ihm hervorragend organisierten Fachtagungen und Landesversammlungen im Schloß Waldthausen in Erinnerung bleiben. Der Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß bedankte sich bei Bertie Thalacker für seine neunjährige Arbeit als Bezirksvorsitzender mit einem Präsent und gab der Hoffnung Ausdruck, dass Bezirk und Landesverband auch weiterhin von seiner Arbeit und seiner Erfahrung profitieren werden. Wir danken

Bertie Thalacker und wünschen ihm für seinen weiteren Lebensweg alles Gute!

In der Folge wurde Birgit Winkelhaus (Gustav-Stresemann-Wirtschaftsschule in Mainz) einstimmig zur neuen Bezirksvorsitzenden gewählt, ebenso Jürgen Hatzfeld zu ihrem Stellvertreter. Bestätigt wurden als Kassierer Joachim Veigel (Steinhöfelschule in Mainz) und Jutta Macher (BBS Mainz III) als Schriftführerin.

In der Aussprache über den Rechenschaftsbericht des ausscheidenden Bezirksvorsitzenden wurde insbesondere der Bedarf nach vermehrten Fortbildungsangeboten für unsere Mitglieder angesprochen. Erfreulich war die Teilnahme von jungen Kolleginnen und Kollegen an der Versammlung sowie auch ihre Bereitschaft, sich für den Verband und damit auch für die Belange der Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen des Landes zu engagieren. Für diese Arbeit wünschen wir Birgit Winkelhaus und ihrem Team alles Gute!



Der neue Bezirksvorstand mit seinem ehemaligen Vorsitzenden (v.l.n.r.): Joachim Veigel, Emöke Anderlik, Michael Lutz, Bertie Thalacker, Volker Wolff, Thorsten Weber, Birgit Winkelhaus, Jürgen Hatzfeld, Jutta Macher, Christoph Waßmer, Peter Kempf.

### Staffelholz-Übergabe an der BBS Wirtschaft Worms

In einer Ortsversammlung des Ortsverbands Worms wurde Jürgen Hatzfeld am 6. November 2017, nach 21 Jahren als Ortsvorsitzender, mit Dank und Anerkennung für sein nachhaltiges und erfolgreiches Wirken im Ortsverband verabschiedet. Hatzfeld ließ die Aktivitäten des Ortsverbands der letzten beiden Jahrzehnte noch einmal Revue passieren und verwies u. a. auf die in dieser Zeit zahlreich eingereichten bedeutsamen Anträge zu den Landesdelegiertenversammlungen. So sei beispielsweise die Umbenennung unseres Verbands in Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen auf eine Initiative des OV Worms zurückzuführen. Auch die inzwischen erfolgreich angelaufenen Austauschtreffen der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger im



Der neue Vorsitzende Thorsten Weber (l.) bedankt sich bei seinem Vorgänger Jürgen Hatzfeld.

VLW seien einem Wormser Antrag entsprungen.

Der Ortsverband dankte Jürgen Hatzfeld im Anschluss auch dafür, dass er den Ortsverband nach innen zusammengehalten habe und die BBS Wirtschafts Worms

unverändert zu den VLW-Hochburgen im Land zähle. In den anschließenden Neuwahlen des Ortsvorstands wurde Thorsten Weber einstimmig zum neuen Ortsvorsitzenden gewählt. Ihm wird Emöke Anderlik als stellvertretende Ortsvorsitzende zur Seite stehen.

Nach den Neuwahlen berichtete der Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß über den aktuellen Diskussionsstand der HBF-Reform sowie über die kommende Mehrarbeitsverordnung. Fuß stand den interessierten Kolleginnen und Kollegen auch während einer anschließenden Diskussionsrunde zur Verfügung und sicherte ihnen zu, dass der Landesvorstand ihre Anliegen - im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler sowie aller Kolleginnen und Kollegen an den BBSn - bei den politischen Entscheidungsträgern mit Nachdruck zu Gehör bringen werde.

### Neuer Vorsitzender im Ortsverband Boppard

Die Ortsverbände des VLW an den berufsbildenden Schulen des Landes bilden die entscheidende Verbindung zwischen unseren Mitgliedern und dem jeweiligen Bezirksvorstand sowie dem Landesvorstand. Deshalb ist die Person des oder der Ortsvorsitzenden für eine funktionierende Verbandsarbeit so wichtig.

Am 22. Februar 2018 ging der Vorsitz im VLW-Ortsverband Boppard von Robert Kirch auf Daniel Göbel über. Als Vorsitzender des Bezirksverbands Koblenz dankte Kurt Flöck Daniel Göbel für die Bereitschaft, die Nachfolge von Robert Kirch anzutreten und gratulierte ihm zum neuen Amt. Aus Sicht des Bezirksvorstandes wird es als besonders erfreulich angesehen, dass Daniel Göbel als einer der jüngeren Kollegen bereit ist, Verantwortung im VLW zu übernehmen. Für die weitere Führung der Amtsgeschäfte im Ortsverband Boppard wünscht Kurt Flöck viel Freude und einen guten Erfolg.

Robert Kirch, der dem Ortsverband Boppard neun Jahre mit Erfolg vorgestanden hat, war für seine Kolleginnen und Kollegen und den Bezirksvorstand stets ein verlässlicher, kompetenter und engagierter Ansprechpartner. Für das langjährige Engagement im VLW und die gute Zusammenarbeit dankte Kurt Flöck im Namen des Vorstands des Bezirksverbands Koblenz und des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß.



Daniel Göbel ist neuer Vorsitzender des Ortsverbands Boppard

## Zu guter Letzt



**Der VLW wünscht allen seinen Mitgliedern schöne und erholsame Osterferien!**

Foto: designerzone.de



# VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verband der Lehrerinnen und Lehrer  
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz e. V.

Ausgabe 2/2018

Dezember 2018



**Landesdelegiertenversammlung 2018 in Trier**

**Reform der Höheren Berufsfachschule**

**Aus dem Bundesverband:**

**Gelungener Start für den neuen Bundesverband BvLB**

**Aus dem Landesverband:**

**Gespräche mit Bildungspolitikern von CDU und SPD**

**BBS Idar-Oberstein feiert 175-jähriges Jubiläum**

## INHALTSVERZEICHNIS

### Bildungspolitik

Reform der Höheren Berufsfachschule 3

Der VLW im Gespräch mit  
Bildungspolitikern von SPD und CDU 4

### Aus dem Bundesverband

Gemeinsamer Verband will starke Lobby  
für die Berufsbildung sein 5

### Aus dem Landesverband

Landesdelegiertenversammlung 2018 7

Resolutionen der LDV 8

Harald-Fissler-Schule Idar-Oberstein  
feiert 175-jähriges Jubiläum 9

Erfolgreiche Personalratsschulungen 10

Bertelsmann-Studie bestätigt  
langjährige VLW-Forderungen 10

### Aus den Bezirksverbänden

Fortbildung zum Arbeitsrecht 11

### Aus den Ortsverbänden

StD Hans-Joachim Bethge in Ruhestand  
verabschiedet 11

Ortsversammlung in Kirn 12

## IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und  
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband  
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb  
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,  
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler,  
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16  
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Foto auf dem Cover: Michael Lutz

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im gerade zu Ende gehenden Jahr ist einiges in Bewegung geraten: Die neuerliche Reform der HBF beschäftigte uns das ganze Jahr und biegt so langsam aber sicher auf die Zielgerade ein. Im Bildungsministerium hält man - noch - am geplanten Einführungstermin 1. August 2019 fest. Wir würden es ja lieber sehen, wenn die Erfahrungen der kompletten Pilotphase in die neue Verordnung mit einfließen. Aber egal, wie es kommt, wir bleiben auf jeden Fall am Ball und werden den Reformprozess weiterhin kritisch und konstruktiv begleiten.



Auf Bundesebene ist ein lange gehegter Traum Wirklichkeit geworden: ein gemeinsamer Dachverband für alle Lehrkräfte des beruflichen Schulwesens. Aus der Verschmelzung der bisherigen Bundesverbände VLW und BLBS ist der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) hervorgegangen. Damit wurde auf Bundesebene nachvollzogen, was in vielen Bundesländern - teils schon recht lange - Realität ist. Die Erfahrungen der fusionierten Landesverbände (z. B. Baden-Württemberg, Bayern, Hessen) zeigen, dass dies der richtige Weg ist. In Rheinland-Pfalz ist es allerdings noch nicht so weit, hier existieren nach wie vor zwei Verbände. Es bleibt also dabei, dass Sie, liebe Mitglieder, dem VLW Rheinland-Pfalz e. V. angehören. Dieser wiederum ist Mitglied im neuen BvLB.

Die neue Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit im Schuldienst“ ist zum 1. August 2018 in Kraft getreten. Die unzähligen Fragen, denen wir in den vielen Gesprächen mit Ihnen immer wieder begegnen, machen deutlich, dass diese VV uns auch im neuen Jahr noch beschäftigen wird. Dazu kommen noch die neue Dienstordnung, die Überarbeitung der Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung u. s. w. Die Arbeit geht uns also nicht aus.

Diese Fülle der Aufgaben macht auch deutlich, wie wichtig eine starke Interessenvertretung ist. Für Ihre Interessen, liebe Kolleginnen und Kollegen, setzt der VLW sich ein - und das im nächsten Jahr schon seit 70 Jahren. Dieses Jubiläum feiern wir im Rahmen unseres „Tages der kaufmännischen Schule“ im März 2019 im Schloss Waldthausen. Derzeit arbeitet der Landesvorstand mit Hochdruck an den Planungen. Lassen Sie sich überraschen und feiern Sie mit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie dieses Heft in Ihren Händen halten, ist Weihnachten nicht mehr weit und damit stehen auch die wohlverdienten Ferien vor der Tür. Der Landesvorstand wünscht Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und erholsame Ferien. Kommen Sie gut ins neue Jahr!

**Dirk Mettler**  
Referent für Öffentlichkeitsarbeit



## Reform der Höheren Berufsfachschule

**Es ist ein Thema, das derzeit viele Kollegen umhertreibt, das Sorgen und Befürchtungen auslöst. Die Reform der HBF nimmt immer konkretere Gestalt an und wird wohl zum 01.08.2019 umgesetzt. Dennoch bleiben offene Fragen**

Im Bildungsministerium wird derzeit mit Hochdruck an der Reform der HBF gearbeitet. Unterstützt wird es dabei von den sechs Pilotschulen, die schon einmal ausprobieren, was man sich im Ministerium ausgedacht hat, und ihre dabei gewonnenen Erfahrungen in den Reformprozess mit einbringen.

Auch der VLW begleitet die Reform kritisch und konstruktiv. Außerdem hält er seine Mitglieder auf dem Laufenden. Im August konnten sich die Schulischen Funktionsträger im VLW an einer der Pilotschulen, der Ludwig-Erhard-Schule in Neuwied, Informationen aus erster Hand holen. Alfons Plag, derzeit kommissarischer Schulleiter der LES, informierte umfassend und fundiert über den aktuellen Stand der Planungen, die in regelmäßigen Treffen der Pilotschulen mit der zuständigen Referentin aus dem Bildungsministerium fortlaufend präzisiert werden.

Eben jene Referentin, Ulrike Neumüller, konnte für eine Vorstellung der HBF-Reform auf der Landesdelegiertenversammlung am 29. Oktober in Trier gewonnen werden. Dort hat sie den Delegierten unseres Verbandes das der Reform zugrunde liegende Konzept präsentiert.

Für alle, die an keiner der beiden Veranstaltungen teilnehmen konnten - was für die meisten unserer Mitglieder gilt - stellen wir das Konzept im Folgenden dar.

### **Profilierung als vollschulische berufliche Erstausbildung**

Ein Hauptanliegen der Reform ist die Profilierung der HBF als vollschulische

VLW kompakt 2/2018

Erstausbildung. Die Anpassung des berufsbezogenen Unterrichts (BBU) an KMK-Rahmenvorgaben (2.240 Unterrichtsstunden) bei gleichzeitiger Reduzierung des berufsübergreifenden Unterrichts auf 320 US im Rahmen der Assistentenausbildung und die deutliche Ausweitung der Praktikumsanteile sollen dieses Anliegen unterstreichen. Um dies auch nach außen hin zu dokumentieren, gibt es zukünftig keine Lernbereiche mehr, sondern - wie in der Berufsschule - Lernfelder.

Neu in der Stundentafel steht das Fach „Selbstgesteuertes Lernen“ mit 80 US (Stand 11/2018). Immerhin wurde hier dem intensiven Drängen unserer Vertreter im HPR Rechnung getragen, dieses Fach auch mit Lehrerstunden zu hinterlegen, sodass die Schüler nicht sich selbst überlassen werden.

Das Praktikum wird von derzeit acht auf zwölf bis 16 Wochen ausgedehnt und kann entweder in Blöcken von bis zu vier (in Ausnahmefällen sechs) Wochen, in dualisierter Form mit einem oder mehreren Praktikumsstagen je Woche oder in einer Mischung aus beiden Modellen organisiert werden. Die Schulen haben hier also eine große Wahlfreiheit, die wir grundsätzlich begrüßen. Zu beachten ist jedoch, dass bei Entscheidung für das

Blockpraktikum die Lehrerwochenstunden faktorisiert werden sollen. Dies würde dazu führen, dass die Unterrichtsstunden, die in die Praktikumsphasen fielen, in den Unterrichtsphasen vor- bzw. nachgearbeitet werden müssen. Der VLW wird darauf achten, dass ein Hinweis auf den § 7 der Lehrkräftearbeitszeitverordnung Eingang in die Verordnung finden wird. Dieser deckelt die planmäßige Erhöhung des Unterrichtsdeputats bei zwei Stunden je Woche.

### **Fachhochschulreife als Wahlangebot**

Anders als bisher soll der FHR-Unterricht nicht mehr verpflichtend für alle Schüler der HBF sein. Vielmehr sollen diese bei Eintritt in die HBF zwischen dem reinen Assistentenabschluss und der Fachhochschulreife wählen können. Für jene Schüler, die den FHR-Abschluss anstreben, kommen dann zusätzliche Lernbausteine in den berufsübergreifenden Fächern im Umfang von 600 US hinzu. Auf Antrag können sie sich von einigen Lernbausteinen des Assistentenunterrichts befreien lassen.

Eine merkwürdige Regelung ist für den Fall angedacht, dass jemand vom FHR-Unterricht zum Assistentenabschluss wechselt - was zu jedem Halbjahr möglich ist - und bisher nicht am Assistentenunter-



Der informative und fundierte Vortrag von Herrn StD Alfons Plag von der Ludwig-Erhard-Schule Neuwied stieß bei den schulischen Funktionsträgern im VLW auf großes Interesse.

## Reform der Höheren Berufsfachschule (Forts.)

richt teilgenommen hat. In diesem Fall wird die im FHR-Unterricht erworbene Zeugnisnote um eine Notenstufe angehoben. Der VLW sieht hier ein Problem im Zusammenhang mit der Versetzungsregelung, das noch gelöst werden muss.

### Zusammenführung von Fachrichtungen

Aus derzeit sieben möglichen Fachrichtungen der Berufsgruppe Wirtschaft und Verwaltung wird eine einzige. Lediglich die Fachrichtung „Polizeidienst und Verwaltung“ bleibt eigenständig bestehen. Damit wird in den Bereich Wirtschaft am stärksten eingegriffen.

Der Verdacht liegt nahe, dass hier Einsparpotenziale gesehen werden, da es nun erheblich leichter sein wird, in der HBF-Oberstufe geschrumpfte Klassen

zusammenzulegen. Andererseits zeigt die Pilotphase, dass die gelockerten Versetzungsregelungen zu zahlenmäßig stärkeren Oberstufen führen.

### Berücksichtigung regionaler Besonderheiten

Die durch die Zusammenführung von Fachrichtungen eingeschränkten fachlichen Differenzierungsmöglichkeiten können über den so genannten „Standortspezifischen Unterricht“ trotzdem realisiert werden. Hier haben die Schulen die Möglichkeit, im Rahmen ihrer personellen Potenziale individuelle Lernfelder zu entwickeln und anzubieten. Wichtig ist festzuhalten, dass in Parallelklassen verschiedene Schwerpunkte realisiert werden können. Damit bleibt die Möglichkeit eines differenzierten Angebots an ein und demselben Schulstandort erhalten.



Ulrike Neumüller, Referentin im Bildungsministerium, erläuterte im Rahmen der LDV die Eckpunkte der geplanten HBF-Reform

## Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern von SPD und CDU

Im Rahmen der regelmäßigen Gespräche des Landesvorstands mit den Bildungspolitikern von CDU und SPD ging es erneut um die Fragen, die die Kolleginnen und Kollegen an den BBSn in ihrer täglichen Arbeit berühren.

Neben der Unterrichtsversorgung gehören dazu der Erhalt und die Stärkung der BBS-Standorte, eine deutliche Ausweitung der Fortbildungsangebote,

eine zeitgemäße Ausstattung der Schulen und die Folgen der Digitalisierung für das berufsbildende Schulwesen.

Die Mitglieder des Landesvorstandes forderten mit Blick auf die wachsende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler kleinere Klassen bzw. Lerngruppen und den Ganztagschulstatus auch für die BBSn. Es grenzt an einen Skandal, wenn gerade unseren Schü-

lern mit ihrem zum Teil schwierigen sozialen Hintergrund der Zugang zu vorhandenen Mensen verwehrt wird.

Beim Thema Unterrichtsversorgung verwiesen die Vertreter des VLW darauf, dass ihre vor Jahren bereits geäußerten Befürchtungen eines Lehrkräftemangels auch in den kaufmännischen Fächern inzwischen Realität geworden sind. Gerade in der Konkurrenzsituation mit der Wirtschaft und den angrenzenden Bundesländern ist eine Steigerung der Attraktivität des Lehramtes an BBSn dringend geboten; dazu gehört auch die Wiedereinführung von A 14 als Regelbeförderung. Die beabsichtigte Regelung, dass Lehrkräfte an den drei letzten Tagen der Sommerferien für schulische Aufgaben zu Verfügung stehen müssen, ist in diesem Zusammenhang wenig hilfreich.

Die Vertreter des VLW machten erneut deutlich, dass die VV Mehrarbeit den temporären Unterrichtsausfall ansteigen lassen wird, da durch die Neuregelung PES an



Vertreter des VLW (v. l. n. r.) Jürgen Hatzfeld, Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler und Kurt Flöck mit den SPD-Bildungspolitikern Bettina Brück (3. v. l.) und Astrid Schmitt (2. v. r.)



## Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern von SPD und CDU (Forts.)

vielen Schulen faktisch abgeschafft wird.

Im Zusammenhang mit der Digitalisierungs-offensive der Landesregierung wiesen die Vertreter des VLW auf das unzureichende Fortbildungsangebot hin und bezweifelten, dass mit den geplanten Mitteln eine Qualifizierung aller Lehrkräfte erreicht werden kann. Obwohl SAP-Software in weiten Bereichen der Wirtschaft eingeführt ist, fehlt diese Software an den BBSn in Rheinland-Pfalz. Ebenso sind die Anrechnungsstunden für die EDV-Betreuung auf dem Stand vor der Jahrtausendwende stehen geblieben.

Mit Blick auf die pädagogischen Fragestellungen rund um die Digitalisierung erwartet der Verband die Vorlage entsprechender pädagogischer Konzepte.

*Jürgen Hatzfeld*



Das Gespräch mit Anke Beilstein MdL und Thomas Barth MdL (CDU, m. und 2. v. r.) führten (v. l. n. r.): Jürgen Hatzfeld, Karl-Heinz Fuß und Dirk Mettler.

## Aus dem Bundesverband: Gemeinsamer Verband will starke Lobby für die Berufsbildung sein

**„Gemeinsam stärker – Berufsbildung gestalten“ Unter diesem Motto sind die bisherigen Bundesverbände VLW und BLBS zum neuen BvLB verschmolzen.**

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e. V. (BvLB) ist die neue Vertretung der Lehrkräfte an Beruflichen Schulen auf Bundesebene. Unser neuer, gemeinsamer Verband wird sich nun wirksamer und zielgerichteter mit Fragen der beruflichen Schul- und Bildungspolitik sowie mit der zukünftigen Gestaltung der Lehrkräfteaus- und Fortbildung beschäftigen. Der BvLB bündelt die beruflichen Interessen von ca. 39 000 Kolleginnen und Kollegen und wird damit einen deutlich wahrnehmbaren politischen Einfluss für die berufliche Bildung erreichen.

Dem Verschmelzungskongress vorangegangen war ein jahrelanger Prozess des einander Annäherns der beiden bisherigen Verbände. „Der Teufel steckt im Detail“, sagt ein bekanntes Sprichwort. So gab es auch im Verschmelzungsprozess

von VLW und BLBS unzählige Detailfragen zu klären. Jahrelang haben Vertreter der beiden Verbände gemeinsam an den Details gefeilt, in unzähligen Arbeitssitzungen wurde in diversen Arbeitsgruppen der gemeinsame Nenner gesucht – und in aller Regel auch gefunden. Meilensteine auf dem Weg zur Verschmelzung waren sicherlich die beiden äußerst erfolgreichen Führungskräftekongresse, die VLW und BLBS in den Jahren 2015 und 2016 gemeinsam ausgerichtet haben.

**Bundeshauptvorstand des VLW sagt „JA“ zur Verschmelzung mit dem BLBS.**

Die endgültige Zustimmung zur Verschmelzung bedurfte satzungsgemäß eines Beschlusses des Bundeshauptvorstandes, weshalb sich die Vertreter der Landesverbände zur letzten Sitzung dieses Gremiums trafen, um den von langer Hand vorbereiteten letzten Schritt zur Verschmelzung gemeinsam zu vollziehen.

Am Morgen des 11. April 2018 fand die historische Sitzung in den Räumen des

dbb-forums Berlin statt. Die Delegierten der BHV – für den VLW Rheinland-Pfalz nahm unser Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß an der Sitzung teil – erteilten einstimmig die Zustimmung zum Verschmelzungsvertrag und gaben damit grünes Licht für die Verschmelzung des VLW mit dem BLBS.

Da auch die Delegierten des BLBS auf ihrer letzten und damit genauso historischen Delegiertenversammlung ohne Gegenstimmen und Enthaltungen der Verschmelzung des BLBS mit dem VLW zur Gründung des neuen Verbandes zustimmten, stand der Gründung des neuen Bundesverbandes nichts mehr im Wege.

**Gelungener Start für den BvLB**

Am Nachmittag des 11. April trafen sich die 125 Delegierten der beiden Verbände zur Verschmelzungs-Delegiertenversammlung, um den ersten Bundesvorstand des neuen, des gemeinsamen Bundesverbandes aller Berufsbildner in Deutschland zu wählen.



## Aus dem Bundesverband (Forts.)

Im Vorfeld der Verschmelzung hatte man sich darauf geeinigt und in der Satzung festgeschrieben, dass der Bundesvorstand zumindest in seiner ersten Legislaturperiode paritätisch mit Bewerbern aus den beiden bisherigen Verbänden besetzt werden soll.

Als Bundesvorsitzende wurden Joachim Maiß und Eugen Straubinger vorgeschlagen. Joachim Maiß ist Landesvorsitzender des VLWN (Niedersachsen). Als Schulleiter der MultiMedia-BBS in Hannover ist ihm das Thema Digitalisierung ein Herzensanliegen. Fast einstimmig wurde er zum Bundesvorsitzenden des BvLB gewählt. Eugen Straubinger war in den vergangenen fünf Jahren Bundesvorsitzender des BLBS und möchte vor allem die Wahrnehmung der beruflichen Bildung in der Öffentlichkeit steigern. Die Delegierten sprachen auch ihm mit überzeugender Mehrheit ihr Vertrauen aus.

Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden sechs Bewerber vorgeschlagen und gewählt: Wolfgang Lambl zeichnet für den Bereich Dienst- und Tarifrecht verantwortlich. Sven Mohr übernimmt den Bereich Schul- und Bildungspolitik. Stefan Nowatschin kümmert sich um die Kontakte zu internationalen Partnerverbänden. Pankraz Männlein ist federführend im Bereich Lehrerbildung. Detlef Sandmann ist mit dem Bereich Öffentlichkeits- und Pressearbeit betraut. Stefan Werth zeichnet für den Bereich Marketing, Kommunikation und Neue Medien verantwortlich.

Zum Bundesschatzmeister wurde Dominik Berdin gewählt, der dieses Amt bereits seit Jahren im Deutschen Lehrerverband ausübt. Schriftführerin ist Thea Kuhs. Die beiden vorgeschlagenen Rechnungsprüfer Manuela Soethe und Walter Schmich wurden in offener Abstimmung einstimmig gewählt.

## Aus dem Landesverband: Landesdelegiertenversammlung 2018 in Trier

Zufriedene Gesichter haben die LDV 2018 geprägt, und das aus gutem Grund. Allein die Delegation des Bildungsministeriums machte deutlich, dass der VLW ein ernst zu nehmender Partner in der Beruflichen Bildung ist. Mit Staatssekretär Hans Beckmann, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung 4A, Stefan Röth, sowie den beiden Referentinnen Kerstin Belyea und Ulrike Neumüller waren gleich vier Vertreter der Exekutive zugegen, die aufmerksam zuhörten, was der VLW zur aktuellen Lage der Beruflichen Bildung zu sagen hat.

Diese Gelegenheit hat unser Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß sich nicht entgehen lassen, hat in seiner Begrüßungsrede das gesamte Spektrum der aktuellen Themen ausgeleuchtet und pointiert deutlich gemacht, wo der Schuh drückt. Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Vertreter des Ministeriums auch das ein oder andere Lob mit nach Hause nehmen durften. So z. B. für die Zusage der Landesregierung, die Bezüge - zusätzlich zur Übernahme des Tarifergebnisses aus den Verhandlungen Anfang 2019 - in den nächsten Jahren um 2 x 2 % zu erhöhen, wofür der VLW sich zusammen mit seinen Partnern seit Jahren vehement eingesetzt hat.



Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß bei seiner Begrüßungsrede

Staatssekretär Hans Beckmann ist in seiner Ansprache auf viele Aspekte, die Karl-Heinz Fuß angesprochen hatte, eingegangen. Seiner Rolle entsprechend hat er die meisten Punkte anders beurteilt als der VLW. Trotzdem wurde deutlich, dass es auf Seiten des Ministeriums Gesprächsbereitschaft gibt und dass der Einsatz unseres Verbandes für die



Volles Haus in Trier: Die Landesdelegiertenversammlung im Robert-Schuman-Haus war wie immer gut besucht.



Berufliche Bildung und für akzeptable Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen nicht vergebens ist.

Ulrike Neumüller, die als Referentin im Bildungsministerium für die Weiterentwicklung der HBF zuständig ist, erläuterte umfassend und anschaulich die geplante Reform und konnte alle Fragen der Delegierten beantworten, auch wenn sich mancher Delegierter auf die eine oder andere Frage sicher eine andere Antwort gewünscht hatte.



Kerstin Belyea, Stefan Röth und Ulrike Neumüller (v. l. n. r.) aus dem Bildungsministerium standen den Delegierten Rede und Antwort.



Staatssekretär Hans Beckmann ging in seiner Ansprache auf viele Punkte aus der Begrüßungsrede unseres Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß ein.

Nach vielen Jahren im Landesvorstand des VLW wurde Karin Kunert aus dem Vorstand verabschiedet. Aus familiären Gründen kann sie die übernommenen Aufgaben leider nicht mehr wahrnehmen. An dieser Stelle sei ihr für ihren langjährigen Einsatz für unseren Verband, insbesondere für die kompetente Beratung der Mitglieder in Fragen rund um Recht & Besoldung, herzlich gedankt. Als Nachfolger wurde Kurt

Flöck, Vorsitzender des Bezirksverbands Koblenz, mit überwältigender Mehrheit sowohl als stellvertretender Landesvorsitzender als auch als Referent für den Geschäftsbereich „Recht & Besoldung“ gewählt. Wir wünschen ihm bei seinen neuen Aufgaben viel Freude und Erfolg!

Zwei verdiente und langjährige Aktive wurden zu Ehrenmitgliedern gewählt: Frieder Heil, ehemals Bezirksvorsitzender in der Pfalz und zuletzt Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Landesvorstand hat sowie Heinz Werner Seyler, der über Jahrzehnte den Ortsverband Kaiserslautern geleitet hat und ebenfalls im Bezirksvorstand der Pfalz aktiv war.

Von 17 vorliegenden Anträgen wurden 14 angenommen, einer abgelehnt und zwei zur weiteren Bearbeitung an den Landesvorstand verwiesen. Die beiden Resolutionen zur Wiedereinführung der Regelbeförderung nach A 14 sowie zur Digitalstrategie des Landes (siehe S. 8 und 9) wurden jeweils mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Allen Delegierten, die mit ihren Beiträgen und Fragen zu einer lebendigen und gelungenen Veranstaltung beigetragen haben, sprach Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß am Ende der Veranstaltung ein herzliches Dankeschön aus.



Die beiden neuen Ehrenmitglieder des VLW: Frieder Heil (l.) und Heinz Werner Seyler (r.)



## Resolution des VLW zur Wiedereinführung der Regelbeförderung nach A 14

Das Abschmelzen des Stellenkegels in den vergangenen Jahren hat einen riesigen Beförderungsstau verursacht. Viele Kolleginnen und Kollegen, die teils seit Jahrzehnten engagiert und erfolgreich an den BBSn unterrichten, haben inzwischen die Hoffnung auf eine Beförderung aufgegeben. Dies sorgt für Frust bei den Betroffenen und ist leider keine Werbung für den wichtigen Beruf des Handelslehrers.

Angesichts des Nachwuchsmangels kann sich das Land diese Sparpolitik schlicht und ergreifend nicht länger leisten. Hier wird auf Kosten der Zukunft künftiger Generationen gespart! Die Landesregierung darf in dieser Frage nicht länger untätig bleiben. Angesichts des überall beklagten Fachkräftemangels muss die Versorgung der BBSn mit hochqualifizierten Lehrkräften höchste Priorität genießen. Wer gut ausgebildete Fachkräfte haben will, muss für exzellente Ausbildungsbedingungen, gerade auch an den Berufsschulen, sorgen.

Die BBSn sind der Garant für den Erfolg der dualen Ausbildung, deren Qualität sich inzwischen bis zur OECD rumgesprochen hat. Um dieses hohe Niveau zu halten, benötigen die BBSn auch in Zukunft motivierte und qualifizierte Lehrkräfte. Angesichts höherer Verdienstmöglichkeiten in der freien Wirtschaft ist die Wiedereinführung einer Regelbesoldung nach A 14 das Gebot der Stunde. Sie würde das richtige Signal senden, um die Attraktivität des Lehramtes an BBS zu erhöhen. A 13 darf nicht länger Endstation für viele Kolleginnen und Kollegen sein, sondern, wie es früher war, Eingangssamt für die Lehrkräfte im höheren Dienst, dem nach einigen Jahren der Bewährung die Beförderung nach A 14 folgt.

## Resolution des VLW zur Digitalstrategie der Landesregierung

### Den Worten Taten folgen lassen: Digitalstrategie zum Erfolg führen

Vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt müssen die Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen in die Lage versetzt werden, ihren Schülerinnen und Schülern die Kompetenzen zur Teilhabe an der digitalen Welt zu vermitteln. Das Ministerium für Bildung sowie die im Landtag vertretenen Parteien fordern wir auf:

- eine Initiative zu starten, um an berufsbildenden Schulen dringend benötigte Lehrkräfte mit der Fakultas „Informatik“ zu gewinnen,
- den Informatikunterricht in den Stundentafeln der kaufmännischen Bildungsgänge als eigenständiges Unterrichtsfach abzubilden,
- dafür Sorge zu tragen, dass die Fortbildungsträger des Landes Rheinland-Pfalz für die Lehrerfort- und Weiterbildung mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um Lehrkräfte so fortbilden zu können, dass sie ihren Schülerinnen und Schülern die Kompetenzen zur „Bildung in einer digitalen Welt“ vermitteln können,
- die Schulträger bei der Ausstattung der berufsbildenden Schulen mit benötigten digitalen Lehr- und Lernmitteln auch über den notwendigen Landesanteil hinaus zu unterstützen,
- die Mittel für die Anwendungsbetreuung im Computerbereich zu erhöhen.

Im Rahmen der „Strategie des Landes Rheinland-Pfalz für das digitale Leben“ hat Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig folgende Zielvorstellungen formuliert:

- „Das Lehren und Lernen mit und über digitale Medien und Werkzeuge machen wir zum Standard an jeder Bildungseinrichtung in unserem Land. Die Stärkung der Medienkompetenz und Medienbildung der Lernenden gehört für uns zu den zentralen Bildungsaufträgen des 21. Jahrhunderts“ (a. a. O., S. 16).
- „Wir wollen Rheinland-Pfalz zu einem starken MINT-Land machen. Von der Kita bis zum Übergang in Studium und Beruf werden wir Kinder und Jugendliche für die MINT-Fächer begeistern“ (a. a. O., S. 20).

Diese Zielsetzungen sind insbesondere für den Bereich der Berufsbildenden Schule von besonderer Relevanz, da diese mit ihren Vollzeit- und Teilzeitbildungsgängen die Nahtstelle zur Wirtschaft darstellen, die sich in einem fortschreitenden Digitalisierungsprozess befindet.

Vor diesem Hintergrund sind insbesondere Berufsbildende Schulen mit den erforderlichen digitalen Lehr- und Lernmitteln sowie qualifizierten Lehrkräften auszustatten, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Schülerinnen und Schüler in einer sich digitalisierenden Arbeits- und Lebenswelt bestehen können.

In der „Strategie des Landes Rheinland-Pfalz für das digitale Leben“ wird explizit darauf hingewiesen, dass digitale Bildung und der Erwerb digitaler Kompetenzen zunehmend über Berufs- und Lebenschancen entscheiden und Voraussetzung sind für eine selbstbestimmte und souveräne Teilhabe an einer digitalisierten Lebenswelt.

Das Land Rheinland-Pfalz plant im Rahmen seiner Digitalisierungsstrategie bis

zum Jahr 2023 – neben der Ausbildung neuer Lehrkräfte an Universitäten und Studienseminaren – die Fortbildung der über 40.000 im Dienst befindlichen Lehrkräfte. Damit dieses ambitionierte Ziel realisiert werden kann, müssen die Fortbildungsträger des Landes Rheinland-Pfalz

finanziell erheblich besser ausgestattet werden als dies derzeit der Fall ist. Die Schulträger sind verantwortlich für die Ausstattung der Schulen in ihrem Zuständigkeitsbereich. Um die angestrebten Ziele im Rahmen der Digitalisierungsstrategie zu erreichen, reicht es – besonders

vor dem Hintergrund „klammer Kassen“ in vielen Kommunen – nicht aus, wenn das Land lediglich seinen Pflichtanteil erfüllt. Auch hier ist ein stärkeres finanzielles Engagement gefordert!

## BBS Idar-Oberstein Harald-Fissler-Schule feiert 175-jähriges Jubiläum

Anlässlich Ihres Jubiläums zeigte sich die BBS Idar-Oberstein von Ihrer besten Seite. Die komplette Schulgemeinschaft hatte sich auf diesen großen Tag vorbereitet. So wurde Einblick in den Unterricht und in die Fachräume gewährt und es konnten die Ergebnisse vieler interessanter Projekte besichtigt werden. Auch für das leibliche Wohl wurde gesorgt, so dass den Besucherinnen und Besuchern ein rundum gelungenes Programm geboten wurde.

Bereits im Jahr 1843 wurde die Gewerbeschule Oberstein gegründet, aus der sich die heutige BBS entwickelt hat, stellte Landrat Dr. Schneider in seiner Festansprache fest. Den entscheidenden Wachstumsschub löste jedoch die Zusammenführung von 27 Berufsschulstandorten in der Umgebung aus, die nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte. Wurden die beiden Zweige „Technik“ und „Wirtschaft“ bis vor einem Jahr noch unter getrennter Leitung geführt, bilden diese seit der Fusion eine Einheit. Damit könne künftig ein noch attraktiveres Bildungsangebot vorgehalten werden, wie es Schulleiter Gerd Zimmermann am Beispiel des Beruflichen Gymnasiums darstellte.

Mit einem Zitat von Knigge „Man ist viel wert in der Welt, wenn man sein Fach versteht!“, betonte Oberbürgermeister Frühauf die Bedeutung der beruflichen Bildung. Unterstützt von IHK-Präsident Dr. Ackermann und Kreishandwerksmeister Wenz warben sie für den Erhalt der Berufsausbildung an den BBSn in ländlichen Regionen.

Als Besonderheit hat die BBS Idar-Oberstein, die seit dem Jahr 2010 den Namen „Harald-Fissler-Schule“ trägt, eine VLW kompakt 2/2018

Edelsteinschleiferwerkstatt, was in Deutschland einmalig ist. Darüber hinaus führt die Harald-Fissler-Schule den Titel „Europaschule“, womit sie ihr international ausgerichtetes Profil verdeutlicht. Ergänzt wird dies durch den Schwerpunkt als Gesundheitsschule. Dies ist u.a. vor dem Hintergrund bedeutsam, dass im Landkreis jedes Jahr eine große Zahl neuer Pflegekräfte benötigt wird, wie Dr. Schneider deutlich machte. Dazu passt auch der neu eingerichtete „Raum der Stille“, der künftig die Möglichkeit bietet, sich aus dem oft lauten und stressigen Schulalltag zurückzuziehen.

Dass die Schule auf Wachstum setzt, wird am neu genehmigten Bildungsgang „Höhere Berufsfachschule Sozialassistenten“ sichtbar, der mit Beginn des Schuljahres 2019/2020 angeboten wird. Die daran anschließende Fachschule für Sozi-

alpädagogik soll noch beantragt werden.

Bildungsministerin Dr. Hubig sagte in ihrer Festrede ihre Unterstützung zu und betonte, dass eine duale Berufsausbildung genauso gut sei wie ein Studium. Mit „BS20“ solle die Ausbildung in der Fläche erhalten werden. Sie bedankte sich bei dem Gastgeber für die gelungene Festveranstaltung und wünschte den insgesamt 119 Kolleginnen und Kollegen der Schule alles Gute. Zum Abschluss wurde eine Steele mit Amethystdrusen enthüllt, welche die Verbundenheit mit der Edelsteinregion zum Ausdruck bringt.

Der VLW-Landesvorstand gratuliert der gesamten Schulgemeinschaft der Harald-Fissler-Schule zu ihrem Jubiläum und wünscht weiterhin viel Erfolg bei der beruflichen Bildung.

*Karl-Heinz Fuß*



OB Frank Frühauf, Schulleiter Gerd Zimmermann, Landrat Dr. Matthias Schneider und Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig (v. l. n. r.) bewundern die Steele mit Amethystdrusen



## Erfolgreiche Personalratsschulungen in Welling und Weisenheim am Berg

Der Gliederungsplan als ein Instrument zur Beurteilung der personellen Situation an Schulen – welche validen Aussagen sind möglich, welche Interpretationsmöglichkeiten sind vorhanden...?

**Wolfgang Schärf**, stellvertretender Schulleiter der BBS Worms Wirtschaft, konnte den an beiden Fortbildungsstandorten zahlreich teilnehmenden Personalvertretern die Erstellung, die Spielräume und die Interpretation der verschiedenen Gliederungspläne sehr anschaulich nahe bringen. Mit zahlreichen konkreten Beispielen verschaffte Wolfgang Schärf den Teilnehmern einen tiefen Einblick in diese komplexe Thematik.

Weitere Schwerpunkte der Personalratsschulungen vom September dieses Jahres waren das „Verfahren zur Feststellung der Dienstunfähigkeit“ (**Kurt Flöck**, stellvertretender BPR-Vorsitzender), die „Arbeitsbelastung von Lehrkräften in Teilzeit“ (**Karl-Heinz Fuß**, stellvertretender HPR-Vorsitzender) und die Neufassung



Geballte Informationen: Bei zwei ausgebuchten Personalratsschulungen (im Bild die Veranstaltung in Welling) erhielten die Teilnehmer Informationen aus erster Hand.

der Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit im Schuldienst“ (**Dirk Mettler**, HPR-Mitglied). Vor allem letztere Thematik führte zu angeregten Diskussionen und zahlreichen Fragen, wie mit geleisteter Mehrarbeit unserer Kolleginnen und Kollegen zukünftig an unseren Schulen umgegangen werden wird.

Die Tagungsleitung wurde von **Kurt Flöck** und **Andreas Seehaus** (BPR-Mitglied) übernommen.

Ein besonderer Dank gilt **Kurt Flöck** für die perfekte Organisation der beiden Veranstaltungen.

*Andreas Seehaus*

## Bertelsmann-Studie bestätigt VLW-Forderungen

### Attraktivität des BBS-Lehramtes muss dringend gesteigert werden

Die von der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte Studie von Prof. Dr. Klaus Klemm zur Entwicklung des Einstellungsbedarfs an beruflichen Schulen bestätigt auf eindrucksvolle Weise, was der VLW seit vielen Jahren fordert. Der Studie zufolge übersteigt der Bedarf an jährlich einzustellenden Berufsschullehrern die zu erwartende Zahl der Absolventen deutlich. Ursächlich dafür ist neben der hohen Anzahl an Pensionierungen bis zum Jahr 2035, dass sich viel zu wenig junge Menschen für ein Studium des Lehramtes an Berufsbildenden Schulen entscheiden.

VLW-Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß wundert das nicht: „Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass es viel zu wenig Bewerber für das Lehramt an BBSn gibt, insbesondere solche, die ein berufliches

Fach studiert haben. Vielfach entscheiden sich die Studenten nach ihrem Abschluss für ein Angebot aus der freien Wirtschaft. Insbesondere im Studiengang Wirtschaftspädagogik ist dieses Phänomen sehr häufig zu beobachten.“ Die Angebote aus der freien Wirtschaft, führt Fuß weiter aus, seien häufig lukrativer als der Schuldienst, zumal dort erst noch ein Vorbereitungsdienst (Referendariat) absolviert werden muss. „Dabei ist weniger der Vorbereitungsdienst als solcher das Problem“, erläutert Fuß, „sondern die übersichtliche Bezahlung während dieser Zeit. Gerade Interessenten für das Lehramt an BBS haben häufig bereits eine Familie zu ernähren. Das ist mit den Almosen während des Referendariats nicht zu stemmen. Dies gilt insbesondere für die so dringend benötigten Quereinsteiger, die über für BBSn unschätzbar wertvolle praktische Erfahrungen verfügen.“

Der VLW fordert deshalb die Landesregierung auf, die Anwärterbezüge für das Lehramt an BBS, zumindest für Bewerber mit beruflichen Fächern, spürbar zu erhöhen. Darüber hinaus muss Schluss sein mit immer weiteren Belastungen, wie sie die geplante neue Dienstordnung vorsieht. Die angekündigte Erhöhung der Bezüge für Beamte in Rheinland-Pfalz um zwei Mal zwei Prozent in den kommenden beiden Jahren und die zugesagte Übernahme des kommenden Tarifabschlusses sind Schritte in die richtige Richtung. Um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern und der Wirtschaft bestehen zu können, muss dieser Weg allerdings konsequent weitergegangen werden. [...]

*VLW-Pressemeldung vom 30.10.2018*

## Bezirksverband Pfalz: Fortbildung in der BBS Landau

Unter welchen Voraussetzungen kann ein Arbeitsverhältnis gekündigt werden, was ist eine Ermahnung/Abmahnung? Die ganztägige Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Arbeitsrecht in der Praxis“ in der BBS Landau war gut besucht. Fast 30 Kolleginnen und Kollegen, die überregional aus verschiedenen berufsbildenden Schulen angereist waren, verfolgten die Ausführungen des Referenten mit großer Aufmerksamkeit.

Als Referenten konnte der VLW Bezirksverband Pfalz **Ralf Michaelis, Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei und Lehrbeauftragter im Fachbereich Rechtswissenschaft an der Universität Trier**, gewinnen. Die Teilnehmer wurden immer wieder aktiv eingebunden.

Hierdurch und mit Hilfe der zahlreichen aufschlussreichen Rechtsbeispiele aus der Praxis war diese Fortbildungsveranstaltung nicht nur hochinformativ, sondern auch lebendig und kurzweilig. **Andreas Seehaus, Bezirksvorsitzender des VLW Pfalz**, bedankte sich mit einem Weinpräsident bei Ralf Michaelis für die gelungene Fortbildungsveranstaltung.

Für das leibliche Wohl der Kolleginnen und Kollegen war ebenfalls bestens gesorgt. Die Fortbildungsveranstaltung war für unsere VLW-Mitglieder wie immer kostenfrei! Einen herzlichen Dank an Markus Hofmann aus dem Ortsverband Landau für die perfekte Organisation vor Ort!

*Andreas Seehaus*



## Nachruf



Wir trauern um unsere liebe Kollegin

**Charlotte Helm,**

die am 15. November 2018 plötzlich und für uns alle unerwartet im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrer Mutter, ihren Angehörigen und allen, die ihr nahe standen.

Charlotte Helm war eine sehr engagierte Kollegin, die wegen ihrer menschlichen und offenen Art im Kollegium und in der Schülerschaft gleichermaßen beliebt war und sehr geschätzt wurde. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

VLW-Ortsverband Idar-Oberstein  
Karl-Heinz Schneider

## Aus den Ortsverbänden

### StD Hans-Joachim Bethge von der BBS Südliche Weinstraße in den Ruhestand verabschiedet

Der leitende Kopf der Hotelfachschule Südliche Weinstraße in Edenkoben war über Jahrzehnte Dipl.-Hdl. Hans-Joachim Bethge. Als Koordinator führte der studierte Betriebswirt die Schule und gab als Spiritus Rector entscheidende Impulse zu ihrer Weiterentwicklung. Nach dem Studium der Wirtschaftspädagogik und Betriebswirtschaftslehre in Mannheim lehrte er an der Hotelfachschule in Heidelberg und avancierte in Pegnitz zum stellvertretenden Schulleiter. Seit 1996 unterrichtete er in Edenkoben Marketing, Controlling, Personalwesen, Hotelbetriebswirtschaftslehre, Abgaben- und Wirtschaftsrecht, Existenzgründung



Dank und Anerkennung für jahrelanges Engagement: Tobias Kuhlmann (l.) überreicht ein Präsent an Hans-Joachim Bethge

sowie Food & Beverage Management. Als Unternehmensberater und Dozent unterstützte er auch nebenberuflich die Gastronomie und war über Jahre als Prüfer für die IHK tätig. Für den Behr's

Verlag fungiert er als Herausgeber mehrerer Loseblatt-Sammlungen für das Hotel- und Gaststättengewerbe.

Als zuständiger VLW-Obmann am Standort Edenkoben der BBS Südliche Weinstraße verfolgte Bethge über Jahre die Interessen des VLW und setzte sich bei der Neuordnung der Höheren Berufsfachschule besonders für eine Sonderregelung für die Fachrichtung Hotelmanagement ein. Im Namen des erkrankten VLW-Vorsitzenden des Ortsverbandes Südliche Weinstraße, Christian Paulus, übergab Tobias Kuhlmann ein Präsent des VLW-Ortsverbandes und bedankte sich für das jahrelange Engagement im Ortsverband.

*Christian Paulus*



Unter dem Motto „Austausch auf allen Ebenen“ tagte der VLW Ortsverband Kirn im Weingut Schmidburger Hof in Weiler bei Monzingen an der Nahe. Hierbei stand die neue VV Mehrarbeit im Zentrum der Diskussion der Kirner Verbandsmitglieder.

Der Kirner VLW-Ortsvorsitzende Björn Jacobs begrüßte aus Landes- und Bezirksvorstand Karl-Heinz Fuß, Kurt Flöck und Dirk Mettler. „Nahezu 75 % der Kirner Mitglieder sind zur Mitgliederversammlung gekommen“, stellte der Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß in seinem Grußwort fest und freute sich über das rege Interesse der Kirner Lehrkräfte an der Verbandsarbeit.

Ab Februar 2019 ist eine Funktionsstelle an der BBS Kirn vakant. Der VLW-Ortsverband fordert schnellstmöglich die Ausschreibung einer A15-Funktionsstelle, nicht zuletzt als Zeichen, dass der Standort Kirn langfristig gesichert ist bzw. weiterentwickelt werden kann. „Mehr Soft Skills und verstärkte interkulturelle Kompetenz“ wünscht sich Jacobs, Abteilungsleiter Kaufmännische Berufsschule und Höhere Berufsfachschule, zudem für „seine“ Kaufleute. Dazu könnte man über Erasmus+ Kooperationen mit europäischen Schulpartnern aufbauen, internationale Betriebspraktika begleiten bzw. die überregionale Netzwerkarbeit zwischen Schule & Wirtschaft voranbringen. „Mit dem Wahlpflichtfach ‚Interkulturelle Kommunikation‘ hat Holger Hufer diesbezüglich den Geist der Zeit getroffen und ein attraktives Unterrichtsangebot für Berufsschülerinnen und -schüler mit (Fach-)Hochschulreife geschaffen“, so Jacobs.

Im Rahmen des „Berichts aus Kirn“ verwies Holger Hufer auf die zukünftige Irrelevanz von PES angesichts der neuen Verwaltungsvorschrift zur Mehrarbeit im Schuldienst und forderte explizit eine Begrenzung der wöchentlichen Mehrbelastung der Kolleginnen und Kollegen. Die Bereitschaft von Lehrkräften zur Organisation von z. B. Fahrten an außerschulische Lernorte sowie zu Klassenfahrten müsse vom Dienstherren entsprechend honoriert werden, im Sinne einer adäquaten Anrechnung dieser Stunden im Rahmen der neuen VV Mehrarbeit. Zudem sprach er sich angesichts von Praktika, z. B. im BVJ, in der BF 1 oder in der HBF, ausdrücklich gegen eine Faktorisation der Lehrerstunden im Vorfeld

aus, u. a. weil Lehrkräfte die Praktika der Schülerinnen und Schüler entsprechend aktiv begleiten müssten. Bezüglich der geplanten HBF-Reform, so Hufer, sei man vom Dienstherren bis dato enttäuscht. Bislang existiere weder eine konkrete Handreichung noch eine fertige LVO. Deshalb fordert das Kirner Kollegium eine Verschiebung der Einführung der neuen HBF um ein weiteres Jahr.

Im Anschluss führte der Ortsverbandsvorsitzende Björn Jacobs aus, dass er mehr Ressourcen für die Leistungsträger unserer Gesellschaft fordert. Die aktuelle Konzeption BS20 bezeichnet er als „Sparmodell“ der Regierung, durch die Qualitätsverluste billigend in Kauf genommen würden. Während



Gute Laune an der Basis: Beim Ortsverband Kirn kommt traditionell auch die Gemütlichkeit nicht zu kurz.

beispielsweise für BF1-Klassen genug personelle Ressourcen vorhanden seien, z. B. vier zusätzliche Lehrerwochenstunden (PUO-Stunden) je Klasse für pädagogische Arbeit und Förderung bzw. für Stunden im Rahmen des Profil-AC, würden in der Berufsschule aufgrund rückläufiger Auszubildendenzahlen in den kaufmännischen Berufen die Schulen gezwungen, Jahrgangssammelklassen zu bilden oder Auszubildende verschiedener Berufe gemeinsam im Klassensaal zu beschulen. Diesen Umstand bezeichnete der Vorsitzende als unhaltbar. Der VLW fordert explizit den Erhalt der Ausbildung in der Fläche – auch in kleinen Lerngruppen – sowie die beste Ausbildung für beste Fachkräfte – auch auf dem Land.

Die Qualität in der Ausbildung könne weder durch Jahrgangssammelklassen noch durch berufsübergreifende Klassenbildung gesteigert werden. Dazu bedürfe es zuerst einer Vereinheitlichung der Lehrpläne in Richtung

einer soliden kaufmännischen Grundbildung in der Grundstufe und Diversifikation beispielsweise ab Fachstufe 1. Die Umsetzung dürfe keinesfalls vor der Schaffung der Rahmenbedingungen erfolgen.

In Anbetracht der neuen VV Mehrarbeit lasse der Dienstherren, so Jacobs, die KollegInnen im Dunkeln tappen. So wisse bislang niemand genau, welche Tätigkeiten Unterrichtsausfall (z. B. BVJ-/BF1/HBF-Praktika) kompensieren könnten. Ein bewährtes System (PES), das den temporären Unterrichtsausfall minimiert, überdies aber die zusätzliche Belastung der KollegInnen erträglicher gemacht hat, wird an Berufsbildenden Schulen zum Auslaufmodell.

Abschließend erläuterten die VLW-Experten Dirk Mettler (HPR-Mitglied) sowie Kurt Flöck (Stellvertretender BPR-Vorsitzender) die VV Mehrarbeit und berieten die anwesenden VLW-Mitglieder aktiv.

Als Fazit lässt sich resümieren, dass die sehr gelungene und äußerst informative Veranstaltung für alle Beteiligten einen eindeutigen Informationszugewinn bedeutete. Der Ortsverband Kirn hofft auf eine Wiederholung im Herbst 2019.

*Holger Hufer*

### Zu guter Letzt

**Der VLW wünscht allen seinen Mitgliedern schöne und erholsame Weihnachtsferien!**

# VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer  
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 1/2019

Mai 2019



**VLW feiert Jubiläum in Schloß Waldthausen mit  
Tag der kaufmännischen Schule 2019  
Reform der Höheren Berufsfachschule  
Landesregierung stärkt Erinnerungskultur**



## INHALTSVERZEICHNIS

### Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden  
Karl-Heinz Fuß zur Reform der Höheren  
Berufsfachschule 3

### 70 Jahre VLW Rheinland-Pfalz

VLW feiert Jubiläum mit Tag der kauf-  
männischen Schule in Schloß Wadthausen 4

Pressemitteilungen anlässlich des  
Tages der kaufmännischen Schule 6

### Erinnerungskultur

Ministerium will Sozialkunde stärken -  
mehr Sozialkunde, mehr Erinnerung,  
mehr Europa 8

### IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und  
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband  
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb  
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,  
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler,  
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16  
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Foto auf dem Cover: Bernd Zinßius

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das inzwischen nicht mehr ganz so neue Jahr startete für den VLW mit einem Großereignis: dem 70-jährigen Jubiläum, das es natürlich zu feiern galt. Die Festveranstaltung im Rahmen des Tages der kaufmännischen Schule 2019 steht deshalb auch im Mittelpunkt dieser Ausgabe des VLW kompakt.



Wenn auch Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig leider kurzfristig absagen musste, konnten wir mit Staatssekretär Hans Beckmann und zahlreichen Referenten aus dem Bildungsministerium dennoch viele Adressaten begrüßen, denen wir unsere Vorstellungen einer zeitgemäßen Bildungspolitik darlegen konnten. Diese Chance ließ sich unser Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß nicht entgehen.

Mit Prof. Dr. Philipp Harms von der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz konnten wir einen Experten für Außenwirtschaftspolitik gewinnen, dem mit seinem ebenso spannenden wie hochaktuellen Vortrag über den wieder um sich greifenden Protektionismus die Aufmerksamkeit des ganzen Auditoriums sicher war. Ein Fachvortrag auf diesem Niveau unterstreicht die Bedeutung eines „Tages der kaufmännischen Schule“. Interessante und gut besuchte Workshops zu aktuellen Themen der Bildungspolitik rundeten einen insgesamt gelungenen Tag ab.

Leider nicht so gut gelungen ist der uns seit kurzem vorliegende Entwurf der neuen Verordnung für die Höhere Berufsfachschule (HBF). Hier sehen wir noch reichlichen Bedarf für Nachbesserungen im Sinne unserer Kollegien und vor allem im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler. Details zu unserer Kritik verrät Ihnen Karl-Heinz Fuß in seinem Kommentar zum aktuellen Verordnungs-Entwurf.

Inzwischen sind auch noch Anhörungsvorlagen zur Lehrkräftearbeitszeitverordnung und zur VV Fort- und Weiterbildung auf unseren Schreibtischen gelandet, zu denen wir uns selbstverständlich auch im Interesse unserer Mitglieder positionieren. Darüber halten wir Sie in gewohnter Weise auf dem Laufenden. Am schnellsten geht das mit unserem Newsletter, den alle Mitglieder des VLW Rheinland-Pfalz beziehen können. Senden Sie einfach eine kurze E-Mail an folgende Adresse: [info@vlw-rlp.de](mailto:info@vlw-rlp.de)!

Für den Schuljahresendspurt und die nun anstehenden Prüfungen wünschen wir allen Kolleginnen und Kollegen viel Durchhaltevermögen und unseren Schülerinnen und Schülern viel Erfolg!

**Dirk Mettler**

**Referent für Öffentlichkeitsarbeit**

## Warum die HBF-Reform ihr Ziel verfehlt

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW



Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender  
des VLW Rheinland-Pfalz

Viele unsere Kolleginnen und Kollegen haben die Ankündigung der Reform der HBF vor einigen Jahren begrüßt, einige sogar gefordert. Hauptgrund dafür war die zunehmende Überforderung vieler HBF-Schülerinnen und -Schüler in den allgemeinbildenden Fächern, die bisher am Niveau der Fachhochschulreife (FHR) ausgerichtet waren. Die Hoffnung, dass mit der Reform zusätzliche Unterrichtsstunden verfügbar wären, um die Defizite der betroffenen Schülerinnen und Schüler auszumerzen, hat sich mit der Nachricht des verpflichtenden schulbegleitenden Praktikums jäh zerschlagen. Was blieb, war die Idee, den Assistenzbereich vom Fachhochschulreife-Unterricht zu trennen. Somit können die Stärkeren weiterhin auf FHR-Niveau beschult werden, während sich die anderen auf die niedrigeren Lernbausteine konzentrieren und dadurch mit guter Chance auf Erfolg den Abschluss der HBF als Assistentin oder Assistent anstreben können. So weit, so gut.

**Der nun vorgelegte Verordnungsentwurf lässt die Idee, zumindest für die Fachrichtung Wirtschaft, jedoch wie eine Seifenblase zerplatzen:**

**Punkt 1:** Schülerinnen und Schüler, die einmal für den FHR-Unterricht angemeldet sind, können sich nur selbst von diesem wieder abmelden. Für Lehrkräfte bzw. die Klassenkonferenz besteht keine Möglichkeit, nicht leistungsbereite oder -fähige Schülerinnen und Schüler, die oftmals die Stärkeren an ihrem Lernfortschritt hindern, aus dem FHR-Unterricht zu verweisen.

**Punkt 2:** Die Anzahl der erteilten Unterrichtsstunden im FHR-Unterricht ent-

spricht der Studentafel der dualen Berufsoberschule. Diese sieht in den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik, Naturwissenschaft und Sozialkunde weniger Unterricht vor als bisher in den kaufmännischen Fachrichtungen der HBF erteilt wurde. Tatsächlich wird aber mehr Unterrichtszeit benötigt, um die HBF-Schülerinnen und -Schüler zur FH-Reife zu führen.

**Punkt 3:** Die Leistungsfähigkeit der künftigen HBF-Schülerinnen und Schüler wird eher abnehmen als steigen. Dies liegt daran, dass die übergreifende Schulordnung dahingehend Änderungen erfahren hat, dass der Übergang nach der Klasse 10 in eine gymnasiale Oberstufe erleichtert wurde. Somit wird ein Teil der Schülerinnen und Schüler, die sich bisher für die HBF angemeldet haben, künftig am beruflichen Gymnasium anmelden. Dort werden sie zu den Schwächeren gehören, während an der HBF die starke Spitze wegbreicht.

**Punkt 4:** Es gibt für Schülerinnen und Schüler in der Fachrichtung Wirtschaft kaum Gründe, weshalb sie sich nicht von Anfang an für den FHR-Unterricht anmelden sollten. Zum einen gibt es möglicherweise gar kein Ausweichangebot an ihrer Schule. Der Besuch der BF2 oder im günstigeren Fall einer Berufsschulklasse wären denkbare Alternativen, deren Unterrichtszeit dann jedoch in entsprechenden Bändern angelegt sein müsste. Zum anderen sieht die Verordnung vor, dass die Schülerinnen und Schüler, die den FHR-Unterricht besuchen, in den Zeugnissen der höheren Berufsfachschule eine Note bekommen, die um eine Notenstufe besser ist als die im FHR-Unterricht erreichte. Dies

betrifft sowohl die Halbjahreszeugnisse als auch die Jahreszeugnisse. Die Noten des FHR-Unterrichts werden separat in einem Zeugnis des Fachhochschulreife-Unterrichts ausgewiesen.

Die Wirkung einer solchen Regelung lässt sich leicht vorhersehen. Schülerinnen und Schüler werden weiterhin zu einem hohen Anteil den FHR-Unterricht besuchen. Die ursprüngliche Hoffnung, in diesem Unterricht ein höheres Niveau anbieten zu können, wird zerschlagen. Dass innere Differenzierung das Problem nicht lösen kann, haben unsere Kolleginnen und Kollegen bereits zur Genüge in der bisherigen HBF herausgefunden. Was bleibt, ist eine Reform, die dem Sparziel der Landesregierung dient, indem unterm Strich weniger Unterrichtsstunden gehalten werden als zuvor. Sie dient in dem vorgelegten Entwurf jedoch nicht unseren Schülerinnen und Schülern und ebenso wenig unseren Kolleginnen und Kollegen. Die Reform wird ihr Ziel deshalb weit verfehlen, wenn der Verordnungsentwurf nicht umgehend korrigiert wird.



## 70 Jahre VLW Rheinland-Pfalz VLW feiert Jubiläum mit Tag der kaufmännischen Schule in Schloß Waldthausen

Hochrangige Gäste aus der Politik und aus der Verbandswelt sind der Einladung des VLW ins Schloß Waldthausen gefolgt, um zusammen mit den erschienenen Mitgliedern das 70-jährige Bestehen unseres Verbandes zu feiern. In Stellvertretung für Ministerin Dr. Stefanie Hubig, die leider verhindert war, kam Staatssekretär Hans Beckmann. Außerdem durfte Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß zahlreiche Referenten aus dem Ministerium sowie bildungspolitische Sprecher aus dem Landtag begrüßen. Unser Bundesverband BvLB entsandte den Bundesvorsitzenden Joachim Maiß, für den dbb Rheinland-Pfalz



Hochrangige Vertreter aus der Politik und aus der Verbandswelt gaben sich die Ehre und gratuliertem dem VLW zu 70 Jahren erfolgreiche Interessenvertretung.



Für seine engagierte Begrüßungsrede erntete Karl-Heinz Fuß anhaltenden Applaus der Anwesenden.

nahm der stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Kettner an unserer Festveranstaltung teil und die befreundeten Lehrerverbände waren durch ihre Vorsitzenden vertreten.

In seiner Begrüßungsansprache erinnerte Karl-Heinz Fuß an die zahlreichen Neuerungen, mit denen sich der VLW in den vergangenen zehn Jahren (seit dem 60-jährigen Jubiläum) beschäftigt

und auseinandergesetzt hat. Erinnert sei nur an die Gründung des Pädagogischen Landesinstituts und des Instituts für Lehrgesundheit, die Reform der Berufsfachschule I, die Expertenkommission für die Perspektiven der BBSn und den Schulversich BS20. Seit einigen Jahren steht die Digitalisierung im Fokus, die uns sicher noch einige Jahre begleiten wird und die vermutlich die

weitreichendsten Veränderungen der Beruflichen Bildung seit Langem hervorbringen wird.

Beim hochaktuellen Thema HBF-Reform erinnerte Karl-Heinz Fuß noch einmal daran, dass nicht zuletzt aufgrund unserer Intervention die Umsetzung der Reform um ein Jahr verschoben wurde. Aus heutiger Sicht ein Segen! Trotz prinzipieller



Würdigung der Verbandsarbeit: Thorsten Weber, Miriam Schmidle, Karl-Heinz Fuß und Mechthild Antony-Hatzfeld (v. l. n. r.) standen dem Moderator der Festveranstaltung, Michael Kostelnik, Rede und Antwort.

Zustimmung zum Reformgedanken ließ er keinen Zweifel daran aufkommen, dass der VLW die geplante Kürzung der Teilungsstunden im Berufsbezogenen Unterricht auf 360 Lehrerwochenstunden entschieden ablehnt und eine Nachbesserung der Stundentafel fordert. Um Wertigkeit und Akzeptanz der HBF gleichermaßen zu steigern, plädierte Karl-Heinz Fuß „an die Verantwortlichen, den Abschluss der HBF auch für eine duale Berufsausbildung anzuerkennen, z. B. als Teil 1 der Abschlussprüfung“. Der kräftige Applaus machte deutlich, dass er vielen der Anwesenden aus der Seele sprach.

Den Jubelarien aus dem Bildungsministerium wegen der von 97,1 % (Schuljahr 2017/18) auf 97,2 % im laufenden Schuljahr gestiegenen Unterrichtsversorgung hielt Karl-Heinz Fuß entgegen,



Er begeisterte die Festgemeinde mit seinem Fachvortrag zum „neuen Protektionismus“: Prof. Dr. Philipp Harms von der Universität Mainz

dass diese Zahlen keineswegs zufriedenstellen könnten. Deshalb wiederholte er die vom VLW schon seit langem erhobene Forderung, das Lehramt an BBSn attraktiver zu gestalten und insbesondere für das Studium der Wirtschaftspädagogik zu werben. Als konträrproduktiv brandmarkte Karl-Heinz Fuß in diesem Zusammenhang „die ständige



Sie verliehen dem Tag der kaufmännischen Schule 2019 mit ihren musikalischen Einlagen einen festlichen Rahmen: Ralf Klein (Klarinette) und Thorsten Weber (Klavier) von der BBS Wirtschaft Worms

Ausweitung unserer außerunterrichtlichen Aufgaben bei gleichzeitiger Reduzierung der Ferientage, wie es die neu vorgelegte VV Dienstordnung faktisch vorsieht“.

Den Blick in die Zukunft richtend betonte Karl-Heinz Fuß die Bereitschaft des VLW, seinen Teil zum Erhalt insbesondere der Wahlschulbildungsgänge an den BBSn beizutragen. Der Verband sieht in diesen Bildungsgängen einen „Garant für die Aufstiegsmöglichkeiten in unserem Bildungssystem, auf die wir mit Recht stolz sein können. Es lohnt sich dafür zu kämpfen, dass es weiterhin für jeden Abschluss einen Anschluss gibt“.

Mit Blick auf die die aktuelle bildungspolitische Diskussion bestimmende Digitalisierung warb Karl-Heinz Fuß dafür, bei der Umsetzung des Digitalpakts Schule nicht bei der technischen Ausrüstung der Schulen stehen zu bleiben. Diese sei zwar nötig, da vielerorts zunächst die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Es reiche aber „bei weitem nicht aus, Laptops und Tablets in die Klassenräume zu stellen. In den Schulen müssen moderne Lernumgebungen geschaffen und gute

pädagogische Konzepte für den Einsatz digitaler Medien entwickelt werden“. Ebenso wichtig sei die Fortbildung der Lehrkräfte, die die junge Generation auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft vorbereiten sollen. Vor der geplanten Auslagerung der System- und Anwendungsbetreuung an externe Dienstleister hat Karl-Heinz Fuß ausdrücklich gewarnt. Die Entscheidung darüber, welche Teile der System- und Anwendungsbetreuung in externe Hände gegeben werden, solle bei den einzelnen Schulen bleiben.



Prof. Dr. Markus Böhner bot einen Workshop zur „Wirtschaftsdidaktik in Zeiten digitaler Chancen und Herausforderungen“ an.





Petra Jendrich, Leiterin der Abt. 4A im Bildungsministerium, präsentierte ihre Vorstellungen von der Zukunft der BBS in Rheinland-Pfalz

Zum Abschluss seiner Rede warb Karl-Heinz Fuß bei den anwesenden Politikern und Ministeriumsvertretern noch einmal dafür, den Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers, nicht zuletzt angesichts seiner hohen gesellschaftlichen Relevanz, attraktiv zu halten. Neben einer angemessenen finanziellen Vergütung gehören dazu auch Rahmenbedingungen wie eine erträgliche Arbeitsbelastung und insbesondere für jüngere Kolleginnen und Kollegen lukrative Aufstiegsperspektiven. Allen Zuhörern sicherte er zu, dass der VLW sich auch weiterhin engagiert für die Belange seiner Mitglieder und für die Berufliche Bildung einsetzen werde.



Dr. Alexander Jatzko referierte zum „Umgang mit digitalen Medien aus neurobiologischer Sicht“.

## Pressemitteilungen des VLW anlässlich des Tages der kaufmännischen Schule

### VLW fordert Hälfte der Mittel aus dem DigitalPakt für die Berufsbildenden Schulen

Mit dem DigitalPakt Schule stellt der Bund den Ländern in den nächsten Jahren fünf Milliarden Euro zur Verfügung. Davon entfallen ca. 240 Millionen auf Rheinland-Pfalz. Der VLW begrüßt den Kompromissvorschlag des Vermittlungsausschusses, den der Bundesrat in seiner Sitzung am 15. März noch bestätigen muss[te]. Dieser zukunftsweisende Schritt reicht jedoch bei weitem nicht aus. Insbesondere die Berufsbildenden Schulen benötigen erhebliche Finanzmittel, um die Jugendlichen auf die digitalen Anforderungen des Arbeitsmarktes vorzubereiten.

„Die Finanzmittel müssen nun endlich in die Schulen fließen“, fordert Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW und führt weiter aus: „Die technologische Ausstattung der Schulen ist aber nur der erste Schritt, dem weitere folgen müssen. In den Schulen müssen moderne Lernumgebungen geschaffen werden und es müssen gute pädagogische Konzepte für den Einsatz digitaler Medien entwickelt werden. Es reicht bei weitem nicht aus, Laptops und Tablets in die Klassenräume zu stellen.“ Bei aller Begeisterung dürfe nicht vergessen werden, dass die Lehrkräfte nicht nur selbst mit den digitalen Medien umgehen können müssen. Insbesondere in den Berufsbildenden Schulen müssen die Schüler mit den sich immer weiter entwickelnden Möglichkeiten der neuen Technologien vertraut gemacht werden.

„Bei uns ist die Digitalisierung nicht nur Mittel zum Zweck, sondern Lerninhalt!“, erläutert Karl-Heinz Fuß und stellt klar,

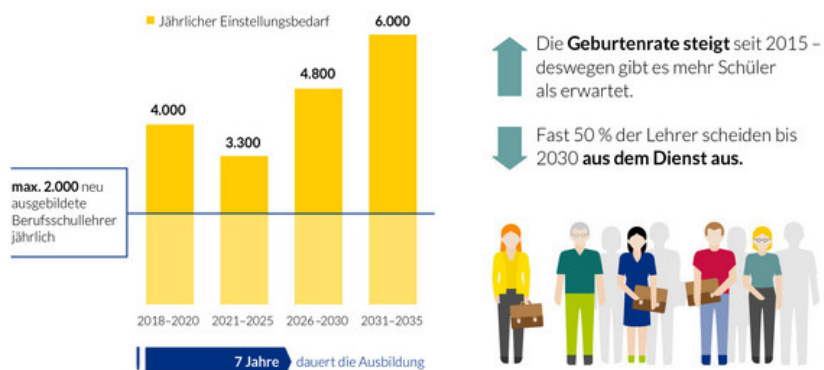
dass die Berufsbildenden Schulen mindestens die Hälfte der Mittel des DigitalPakts Schule benötigen, um eine zukunftsfähige Ausbildung der jungen Generation zu ermöglichen. Abschließend fordert Fuß: „Die Berufsbildenden Schulen müssen bei den Planungen des Landes einen besonderen Stellenwert erhalten, da sie Jugendliche für die Anforderungen des Arbeitsmarktes fit machen müssen!“

### VLW fordert Landesregierung zum Handeln auf Attraktivität des BBS-Lehramtes muss dringend gesteigert werden

Der VLW fordert die Landesregierung auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, welche die Attraktivität des Lehramtes an Berufsbildenden Schulen erhöhen. Andernfalls drohe ein Mangel an Lehrkräften mit beruflichen Fächern, was zur Folge hätte, dass die von der Wirtschaft händeringend gesuchten und benötigten Fachkräfte nicht mehr ausreichend qualifiziert werden könnten.

Der VLW-Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß führt dazu aus: „Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass es viel zu wenig Bewerber für das Lehramt an BBSn gibt, insbesondere solche, die ein berufliches Fach studiert haben. Vielfach entscheiden sich die Studenten nach ihrem Abschluss für ein Angebot aus der freien Wirtschaft. Insbesondere im Studiengang Wirtschaftspädagogik ist dieses Phänomen – leider – sehr häufig zu beobachten.“ Die Angebote aus der freien Wirtschaft, führt Fuß weiter aus, seien häufig lukrativer als der Schuldienst, zumal dort erst noch ein Vorbereitungsdienst (Referendariat) absolviert werden muss. „Dabei ist weniger

## In den Berufsschulen herrscht dramatischer Lehrermangel



➔ **Jetzt** ist der Zeitpunkt, mehr Berufsschullehrer auszubilden!

Studie „Dringend gesucht: Berufsschullehrer“  
© Bertelsmann Stiftung 2018

| BertelsmannStiftung

der Vorbereitungsdienst als solcher das Problem“, erläutert Fuß, „sondern die dürftige Bezahlung während dieser Zeit. Gerade Interessenten für das Lehramt an BBS haben häufig bereits eine Familie zu ernähren. Das ist mit den Almosen während des Referendariats nicht zu stemmen.“

Die Warnungen des VLW vor einem Mangel an Handelslehrern stießen bei der Landesregierung regelmäßig auf taube Ohren. Dort ging man lange Zeit von einem Überhang aus. Inzwischen sah man sich im Bildungsministerium gezwungen, den Quereinstieg für das Fach „Wirtschaft“ zu öffnen. Besonders pikant ist in diesem Zusammenhang, dass gerade diese so dringend benötigten Quereinsteiger, die oftmals über für BBSn unschätzbar wertvolle praktische Erfahrungen verfügen, ebenfalls mit den Anwärterbezügen abgespeist werden.

Der VLW fordert deshalb die Landesregierung auf, die Anwärterbezüge für das Lehramt an BBS, zumindest für Bewerber mit beruflichen Fächern, spürbar zu erhöhen. Darüber hinaus muss Schluss sein mit immer weiteren Belastungen, wie sie die geplante neue Dienstordnung vorsieht. Die angekündigte Erhöhung der Bezüge für Beamte in

Rheinland-Pfalz um zwei Mal zwei Prozent in den kommenden beiden Jahren und die zugesagte Übernahme des [...] ausgehandelten Tarifabschlusses sind Schritte in die richtige Richtung. Um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern und der Wirtschaft bestehen zu können, muss dieser Weg allerdings konsequent weitergegangen werden.

„Die Forderungen unseres Verbandes werden auf eindrucksvolle Weise durch die von der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte Studie des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm bestätigt“, erläutert Karl-Heinz Fuß und fährt fort: „Der Studie zufolge übersteigt der Bedarf an jährlich einzustellenden Berufsschullehrern die zu erwartende Zahl der Absolventen deutlich. Ursächlich dafür ist neben der hohen Anzahl an Pensionierungen bis zum Jahr 2035, dass sich viel zu wenig junge Menschen für ein Studium des Lehramtes an Berufsbildenden Schulen entscheiden.“

„Zur Attraktivität des BBS-Lehramtes gehören auch realistische Aufstiegsperspektiven. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Regelbeförderung nach A 14 für Lehrkräfte an BBSn“, unterstreicht Karl-Heinz Fuß und fährt fort: „Ein weiterer wichtiger Baustein

ist die Sorge des Dienstherrn um die Lehrgesundheit. Die Studie von Prof. Klemm weist völlig zurecht darauf hin, dass viel zu viele Lehrkräfte vorzeitig in den Ruhestand eintreten und zeigt gleichzeitig eine Lösungsmöglichkeit auf: Die Ausweitung und Erhöhung der Altersermäßigung, die wir ebenfalls seit Langem fordern.“

## VLW fordert erhebliche Ausweitung des Etats für Fortbildung der Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen

An den Berufsbildenden Schulen des Landes werden Schülerinnen und Schüler in den Vollzeitschulen und in der Berufsschule für den Arbeitsmarkt ausgebildet. Die Berufsbildenden Schulen und ihre Lehrkräfte müssen sich deshalb auch dem ständigen Wandel der Anforderungen des Arbeitsmarktes stellen („Industrie 4.0“, „Digitalisierung“ usw.). Wichtig ist daher eine ständige und intensive Fortbildung der Lehrkräfte, nicht nur etwa in den MINT-Fächern. Die Schülerinnen und Schüler, insbesondere in der Berufsschule, erleben an drei Tagen in der Woche in ihren Betrieben ständig sich wandelnde Arbeitsbedingungen, auf die sie in der Berufsschule eigentlich vorbereitet werden müssten. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, sollte für jede Lehrkraft eine ständige Fortbildung verpflichtend sein – und, Überraschung, das ist sie auch: Die Landesregierung hat dies vor drei Jahren gesetzlich verankert. Die Schulleitungen können seitdem ihre Lehrkräfte zur Teilnahme an Fortbildungen verpflichten. Täten sie dies, würde das System sofort zusammenbrechen, da die Ressourcen hierfür nicht ansatzweise ausreichen.



Der VLW fordert deshalb, dass das Fortbildungsangebot für die Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen ausgebaut wird. Das BBS-Team beim Pädagogischen Landesinstitut(PL) in Speyer – für die Fortbildungen im Lande zuständig – leistet hervorragende Arbeit, benötigt aber dringend zusätzliche Mittel, um dem gewachsenen Fortbildungsbedarf gerecht zu werden.

Weitere Beispiele für den erheblichen Fortbildungsbedarf sind:

- Von den ca. 350 staatlich anerkannten Ausbildungsberufen wurden in den letzten Jahren ca. 250 neu geordnet oder sind neu entstanden;
- Die berufsbezogene Fortbildung erfordert oft umfangreiche Kooperation mit Betrieben, Fachhochschulen und Universitäten („Duales Studium“).
- An der BBS befindet sich ein hoher Anteil an Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf (z. B. Geflüchtete ohne deutsche Sprachkenntnisse, Inklusionsschüler).
- Die IT-Fortbildung kann nicht auf Lehrkräfte beschränkt werden, die im IT-Unterricht eingesetzt sind. Die übrigen Fachlehrkräfte müssen sich ebenfalls entsprechende Kompetenzen in IT-Anwendungen aneignen, da diese auf breiter Front in den Unterricht in fast allen Fächern einbezogen werden sollen.

Auch außerhalb des PL-Fortbildungsinstitutes werden Fortbildungen angeboten und durchgeführt, etwa in Zusammenarbeit mit Betrieben oder Hochschulen. Auch für diese, in Eigenregie organisierten Fortbildungen, müssen die Mittel erheblich ausgeweitet werden, etwa im Zusammenhang mit dem Programm für die Selbständigkeit von Schulen („EQuL“).

## Ministerium will Sozialkunde stärken – mehr Sozialkunde, mehr Gedenkarbeit, mehr Europa

Ministerin Dr. Stefanie Hubig und Staatssekretär Hans Beckmann hatten die Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfteverbände und Hauptpersonalräte zu einem wichtigen und – leider – aktuellen Thema ins Ministerium eingeladen. Beabsichtigt ist eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichts und die Stärkung der „Erinnerungskultur“ sowie die Erfahrung des Wertes von Europa (und Israel) durch Schülerbegegnungen und Austausch.

Alle Anwesenden haben die Pläne der Ministerin, der man ein persönliches Engagement durchaus anmerkte, positiv aufgenommen. Wobei einstweilen noch offen bleibt, wie eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichtes in den Sekundarstufen I und II organisatorisch durchgeführt werden kann (Ausweitung der Studentafel oder Erhöhung des Sozialkundeanteils auf Kosten anderer Fächer?). In unseren Berufsbildenden Schulen muss natürlich gesondert vorgegangen werden. VLBS und VLW haben angeregt, anlässlich der BVJ-Reform in diesem Bereich zu beginnen.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen geplant:

- Alle rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler sollen künftig mindestens einmal in ihrer Schullaufbahn eine Gedenkstätte oder einen Lernort besuchen oder beschäftigen sich mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.
- Verdoppelung der Förderung von Gedenkstättenfahrten.
- Neueinrichtung einer Servicestelle für Zeitzeugen- und Gedenkarbeit im Pädagogischen Landesinstitut (PL).
- Schaffung von mehr Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte.



Michael Lutz, Schriftführer im Landesvorstand

- Verpflichtende Besuche von Gedenkstätten für alle Anwärter und Anwärterinnen in den Seminaren.
- Kooperationsvereinbarung mit der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, die Studienfahrten für Lehrkräfte nach Israel ermöglicht.
- Neuerarbeitung der Sozialkunde-Lehrpläne in der Sekundarstufe II.
- Einrichtung einer Servicestelle für Demokratiebildung am PL.
- Ausbau und Intensivierung von Austausch- und Begegnungsprogrammen, besonders mit unserem Nachbarland Frankreich.
- Einführung eines „AzubiBac-Pro“ im Bereich der BBS, angelehnt an das deutsch-französische Abitur „AbiBac“.

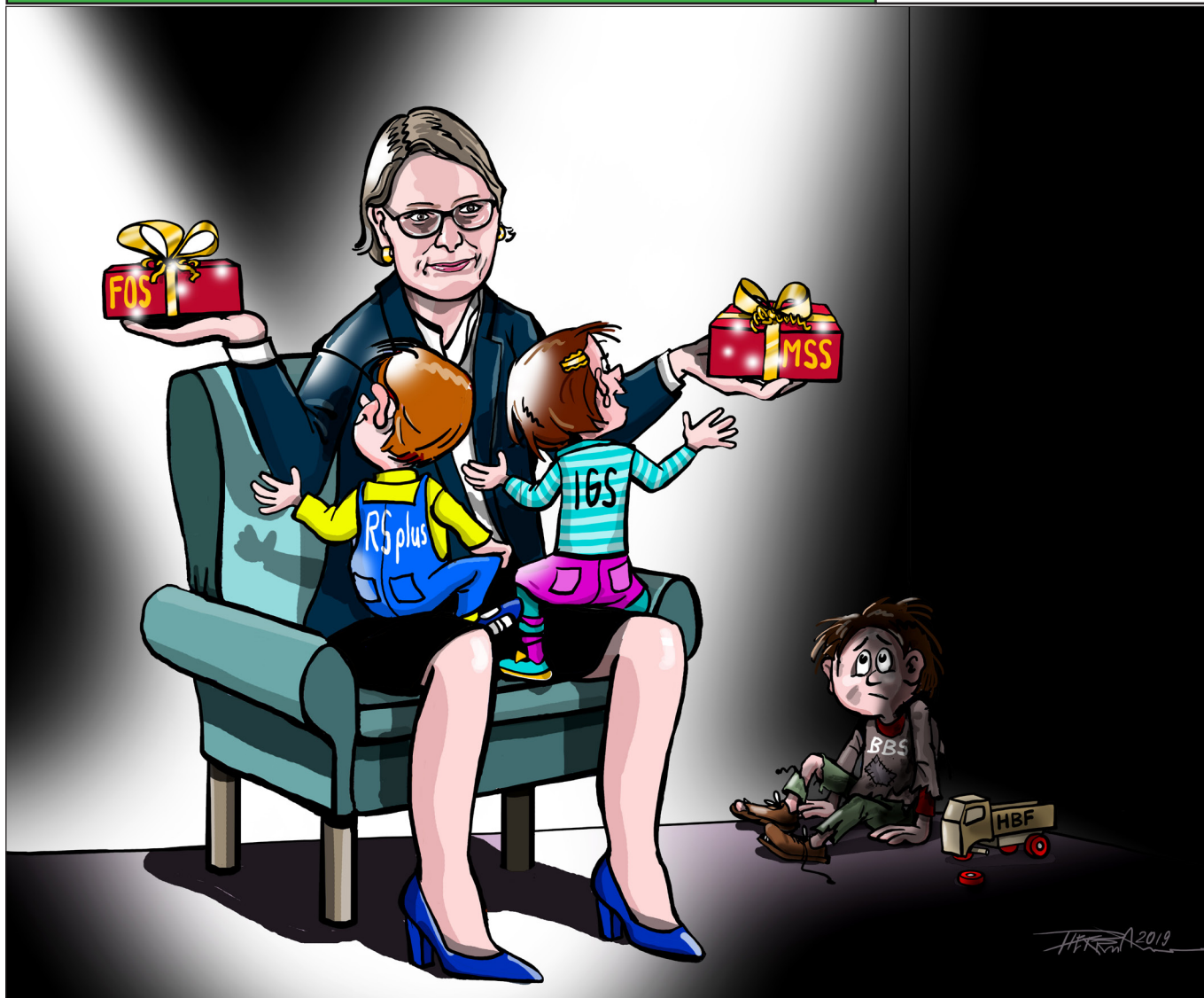
Die Landesregierung schafft hier sehr positive Ansätze für eine Stärkung der Demokratiebildung, nicht nur im Fach Sozialkunde. Dass dafür eine Notwendigkeit besteht, ist wohl offensichtlich, betrachtet man die Stärkung von populistischen und rechtsradikalen Kräften in ganz Europa. Die Maßnahmen werden vielleicht nicht ausreichen, sind aber ein lobenswerter Anfang. Darüber waren sich alle Anwesenden einig. Weiter so!

# VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer  
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 2/2019

November 2019



**Nach dem Start der „neuen“ HBF: Schulische  
Funktionsträger im VLW diskutieren Probleme**

**Bildung in der digitalen Welt**

**VLW fordert Verbesserungen bei Lehrkräfte-Arbeitszeit**

**Mehr Mitsprache für Schülerinnen und Schüler -  
geplante Änderungen am Schulgesetz gehen zu weit**



## INHALTSVERZEICHNIS

### Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden  
Karl-Heinz Fuß 3

Schulische Funktionsträger im VLW  
beraten über die Auswirkungen der  
HBF-Reform 4

### Der VLW bezieht Stellung

Pressemitteilung zur System- und  
Anwendungsbetreuung und zur  
Koordination „Bildung in der digitalen Welt“ 5

Positionspapier: Lehrkräfte-Arbeitszeit  
jetzt deutlich verbessern! 6

Stellungnahme zu geplanten Änderungen  
am Schulgesetz 6

### Aus den Orstverbänden

Idar-Oberstein: Karl-Heinz Schneider  
als Ortsvorsitzender verabschiedet 7

Alzey: Hans Bitzer in den Ruhestand  
verabschiedet 8

### IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und  
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband  
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb  
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,  
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler  
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16  
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Spiel nicht mit den Schmuttelkindern“, so lautet der Titel unserer Karikatur auf dem Titelblatt, die sie auch auf unserem aktuellen Plakat wiederfinden. Wir sind es ja inzwischen gewohnt, dass der große Bereich der beruflichen Bildung in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. Wenn in TV-Quasselrunden (sog. Talkshows) eifrig über Bildungspolitik diskutiert wird und die angeblich nur nach unten gegebene Durchlässigkeit sowie vermeintlich nicht vorhandene Aufstiegschancen beklagt werden, dann sitzt eine Gruppe regelmäßig nicht mit am Tisch: die Berufsbildner.



Ähnlich sieht das in der Politik aus. Obwohl inzwischen sogar die OECD den Wert der beruflichen Bildung erkannt hat, findet diese zumeist nur in den Sonntagsreden statt. Bei konkreten Entscheidungen fallen wir dann wieder hinten runter. Symptomatisch dafür ist die „Strategie für das digitale Leben“ des Landes Rheinland-Pfalz. In einer 68-seitigen Hochglanzbroschüre wird die berufliche Bildung schlicht und ergreifend nicht erwähnt.

Die gleiche Landesregierung nimmt dazu noch wenig Rücksicht auf bestehende, bewährte Strukturen bei der Einrichtung von Bildungsgängen. Anders lassen sich die in den vergangenen Jahren geschehene Ausweitung von IGSn, die nach und nach alle mit einer Oberstufe gesegnet wurden oder noch werden, und die Fehlallokation der FOS an die RS plus wohl kaum erklären.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir nicht müde werden, die Missstände anzuprangern und im konstruktiven Dialog mit der Politik nach sinnvollen und vor allem zielführenden Lösungen zu suchen. Wir bleiben am Ball! Wir kämpfen für eine starke BBS!

**Dirk Mettler**

**Referent für Öffentlichkeitsarbeit**

### Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,  
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats / Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.

Änderungen melden Sie ab sofort bitte an unsere neue Mitarbeiterin:  
ruth.jakob@t-online.de bzw.

Ruth Jakob, Holzhauserstraße 27, 55411 Bingen

## Es reicht! Lehrkräfte müssen dringend entlastet werden!

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Halbtagskraft, zwölf Wochen Ferien im Jahr, üppige Bezahlung – diese Schlagworte bestimmen noch immer manche Stammtischdiskussion zum Thema Schule und den in ihr Beschäftigten. Doch – und das zeigen Umfragen des Deutschen Beamtenbundes – sind solche Äußerungen und Denkweisen inzwischen seltener geworden. Es hat sich herumgesprochen, dass die Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer an ihrem Arbeitsplatz Schule schon immer hoch waren und in den letzten Jahren und Jahrzehnten weiter angestiegen sind.

Ahnungslose Kritiker sehen hierbei nur das Unterrichtspensum, die sogenannte „gebundene Arbeitszeit“. Auch in den Schulministerien wird gerne auf diese Sicht der Dinge zurückgegriffen, ist sie doch bequem und einfach zu verstehen. Macht man sich jedoch die Mühe, die „ungebundene Arbeitszeit“, also das Arbeitspensum außerhalb des Unterrichts, mit einzubeziehen, werden die Missstände schlagartig deutlich. Wie aktuell dieses Thema ist, zeigen folgende Entwicklungen:

Eine ganze Reihe von rechtlichen Vorschriften, die in diesem Jahr in Kraft getreten sind, konkretisieren die Pflichten von Lehrkräften. So beschreibt beispielsweise die neue *Dienstordnung* sehr deutlich Aufgaben, die über den Unterricht hinaus zu vollbringen sind. Die *VV Mehrarbeit* regelt die Verpflichtung, Vertretungsstunden zu halten, und die anstehende Änderung des *Schulgesetzes* beschreibt neben der Erweiterung der Eltern- und Schülerrechte die Nutzung von digitalen Lehr- und Lernsystemen sowie Netzwerken als regulären Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit.

Ebenso trat in diesem Jahr die Neufassung der *Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung* in Kraft. In der Anhörung hat der VLW u. a. die Reduktion des Wochenstundendeputats und die Erhöhung der Kopfpauschale, auch bekannt als 3/6-Pauschale, gefordert. Mit Blick auf die Vielzahl der zusätzlichen Belastungen, die von den Lehrkräften im Vergleich zu früheren Jahren bewältigt werden müssen, sind diese Forderungen keinesfalls abwegig.

Die Integration von Zugewanderten, die Inklusion von Behinderten sowie die weiterhin zunehmende Heterogenität unserer Schülerinnen und Schüler erfordern differenzierte Konzepte, deren Erstellung mit hohem Aufwand verbunden ist. Individuelle Förderung und Beratung lässt sich kaum rationalisieren. Was wir brauchen, ist schlichtweg mehr Zeit, um unseren Beruf in guter Qualität und mit Professionalität auszuüben.

Anstatt Entlastungen zu ermöglichen, kommen jedoch weitere Belastungen hinzu. Die Drei-Tage-Bereitschaft zum Ende der Sommerferien, die Umsetzung des Digitalpakts, die Stärkung der Demokratiebildung und die Bildung für



Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

nachhaltige Entwicklung sind nur einige Beispiele, welche die gestiegenen Belastungen deutlich werden lassen.

Das Maß ist jedoch bereits mehr als voll. Es wird nun höchste Zeit, die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass professionelles Handeln in guter Qualität möglich ist, ohne dass sich Lehrkräfte auf Kosten ihrer Freizeit oder gar Gesundheit selbst ausbeuten. Der VLW appelliert deshalb an die Politik, die Entlastung von Lehrkräften nicht auf den St.-Nimmerleinstag zu verschieben und bereits heute in die Wahlprogramme für 2021 aufzunehmen. Denn Qualität gibt es nicht zum Sparpreis!

## Gewerkschaftstag des dbb in Mainz



Sie vertraten den VLW auf dem dbb-Gewerkschaftstag am 14./15. Mai 2019: Andreas Seehaus, Kurt Flöck, Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler sowie Jürgen Hatzfeld (v. l. n. r.)



## Was lange währt, ist längst nicht gut ...

### Schulische Funktionsträger im VLW beraten über die Auswirkungen der HBF-Reform



Michael Lutz, Schriftführer im Landesvorstand

Am 22. August traf sich in den Räumen der BBS Bingen der Kreis der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger im VLW Rheinland-Pfalz. Unter der Sitzungsleitung von Jürgen Hatzfeld wurden insbesondere Probleme bei der Konzeption und bei der Umsetzung der Reform der Höheren Berufsfachschule (HBF) diskutiert. Deutlich wurde eine große Unzufriedenheit über den Stand der Umsetzung, fehlende Fortbildungs- und Koordinationsveranstaltungen und nicht zuletzt unzureichende Unterstützung durch das Ministerium und die ADD.

Eine Fülle von Fragen und Unklarheiten wurde angesprochen. So ging es im Einzelnen um

- die unterschiedlichen Praktikumsmodelle (Nachweis der abgeleiteten Stunden, Zulassung zur Prüfung) etc.
- die, bedingt durch fehlende oder unzureichende Vorgaben, erheblichen Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen, was insbesondere die Notengebung und das Praktikum

anbelangt. Schulwechsel werden dadurch erschwert. Die Schulleitungen sollen die Schülerinnen und Schüler informieren, die versprochene Handreichung fehlt bislang (trotz erheblichen zeitlichen Vorlaufs und zweier Jahre HBF-Reform mit sechs „Pilotschulen“).

- Unterschiede bei der Genehmigung des „standortspezifischen Unterrichts“ durch die Referentinnen und Referenten der ADD.

Der Landesvorstand des VLW hat sich mit den Anregungen und Unmutsäußerungen beschäftigt und setzt sich für eine Lösung der Probleme und Klärung der offenen Fragen ein. Auch unsere Vertreter im Hauptpersonalrat BBS, Karl-Heinz Fuß und Dirk Mettler, werden diese und andere Punkte (zum wiederholten Male) direkt im Bildungsministerium ansprechen.

Gewünscht wurde vom Kreis der Teilnehmer auch ein verstärkter Austausch über die bisher durchgeführten Abschlussprüfungen bei den Pilotschulen (für unseren Bereich ist das die Ludwig-Erhard-Schule Neuwied).

Positiv registriert wurde, dass sich die Schülerzahlen im laufenden Schuljahr in der HBF stabilisiert zu haben scheinen.

Eine weitere Forderung aus der Runde betrifft die notwendige Einführung und Lizenzierung einer ERP-Software. Dies sollte durch das Land geschehen, damit nicht jede einzelne BBS jährliche Lizenzierungsgebühren aufbringen muss.

Zum Schluss des regen Meinungsaustausches wurden noch die Themen „Digitale Bildung“ und „neue Dienstordnung“ angesprochen. Allgemein wird eine Verschlechterung oder zumindest Verlangsamung des direkten Service für die Kolleginnen und Kollegen bei Alltagsproblemen mit der EDV befürchtet. Auch herrscht noch erhebliche Unsicherheit bei der Position des EDV-Koordinators. Viele Schulen haben diese Frage auf das nächste Schuljahr verschoben.

Der VLW wird weiterhin eine Vermittlerfunktion einnehmen, um wichtige Fragen in der Umsetzung der Bildungspolitik zwischen den Schulen und dem Bildungsministerium zu klären.



Die Reform der Höheren Berufsfachschule bleibt das Aufregertema. In einem intensiven Austausch diskutierten die im VLW organisierten schulischen Funktionsträger über die Auswirkungen und (noch) nicht gelöste Probleme der Reform.

## Der VLW bezieht Stellung

### Pressemitteilung zur System- und Anwendungsbetreuung und zur Koordination „Bildung in der digitalen Welt“

In fast allen berufsbildenden Schulen sind heute vielfältige und funktionierende EDV-spezifische Unterrichtsnetze installiert. Sie wurden größtenteils in schulischer Eigeninitiative mit zum Teil erheblicher unbezahlter Mehrarbeit von einzelnen Lehrerinnen und Lehrern eingerichtet und betreut. Diese Kolleginnen und Kollegen verdienen unseren besonderen Dank, denn Sie haben mit dazu beigetragen, die berufliche Bildung frühzeitig an die Erfordernisse der digitalen Bildung heranzuführen.

Teilweise kümmern sich diese Lehrerinnen und Lehrer in den berufsbildenden Schulen neben ihrer pädagogischen Arbeit um eine komplexe Netzarchitektur und garantieren so – trotz minimalistisch bemessener Anrechnungsstunden – eine schulalltägliche Netzsicherheit.

Wer auf diese schulinterne Netzkompetenz in Zukunft nicht verzichten will, braucht praktikable Modelle der System- und Anwendungsbetreuung, um die Sicherheit und Funktionalität der Schulnetze nicht zu gefährden.

Der VLW begrüßt, dass das Ministerium für Bildung in Rheinland-Pfalz die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ unterstützt und die Bedeutung und Notwendigkeit der System- und Anwendungsbetreuung in den berufsbildenden Schulen wertschätzt. Die Erhöhung der zur Verfügung gestellten Gelder ist – vor dem Hintergrund, dass unsere Schulen in den vergangenen Jahren mit der rasanten technischen Entwicklung bei den digitalen Medien nicht mithalten konnten – ein Schritt in die richtige Richtung. Die Fördermittel des Bundes zum Breitbandausbau und zum

DigitalPakt sind deshalb dringend erforderlich, um unsere Schulen auf den aktuellen Stand zu bringen.

#### **Entscheidung zur System- und Anwendungsbetreuung muss in Händen der Schulen bleiben!**

Für die berufsbildenden Schulen ist es nun von essentieller Bedeutung, dass die aufgebauten Systeme nahtlos weiterentwickelt werden können. Damit das entsprechende Know-how genutzt werden kann, benötigen die Schulen weiterhin die Option für Anrechnungsstunden, die sie den Anwendungsbetreuerinnen und -betreuern zukommen lassen können. Externe Dienstleister können lediglich unterstützend und ergänzend hinzugezogen werden.

Deshalb wehrt sich der VLW vehement gegen die strikte Vorgabe, dass unseren Schulen nur noch Mittel für externe Dienstleister zur Verfügung gestellt werden sollen. Denn dies führt faktisch dazu, dass die Schulen auf den schulinternen Stundenpool (3/6-Pauschale) zugreifen müssen, der für pädagogische und weitere besondere Aufgaben gedacht ist und dringend benötigt wird!

#### **Koordinierung für „Bildung in der digitalen Welt“ darf nicht zwingend von Schulleitung abgekoppelt werden!**

Der VLW begrüßt die Zuweisung von Anrechnungsstunden für die Koordination der digitalen pädagogischen Konzepte und Medien. Allerdings stößt es bei uns auf Unverständnis, dass diese Aufgabe nur von Kolleginnen und Kollegen

übernommen werden darf, die nicht der Schulleitung angehören. Längst ist in den meisten berufsbildenden Schulen eine elaborierte EDV- und Netzwerkkompetenz vorhanden, die in den Geschäftsverteilungsplänen der Schulleitungen ihren Niederschlag findet. Es bedeutet für eine Schule einen massiven Rückschritt, wenn Personen, die sich oft seit vielen Jahren mit den digitalen Systemen an ihren Schulen befassen, diese Aufgabe nun abgeben müssen. Vielmehr muss aus Sicht des VLW die Entscheidung darüber, wer an einer Schule die Koordinierung übernimmt, von der Schule selbst, im Rahmen ihrer Eigenständigkeit, getroffen werden.

Der VLW fordert:

- die verbindliche und auskömmliche Finanzierung der System- und Anwendungsbetreuung,
- die Entscheidungsfreiheit der Schulen bei der Organisation der System- und Anwendungsbetreuung,
- einen täglich verfügbaren Support, der auch kurzfristige Störungen vor und während der Unterrichtszeit beseitigt,
- die Gewährleistung der Datensicherheit,
- die Besetzung der Koordinatorenstelle „Bildung in der digitalen Welt“ in eigener Verantwortung der Schulen unter Mitwirkung des Personalrats.



## Positionspapier Lehrkräfte-Arbeitszeit jetzt deutlich verbessern!

Aktuell wird die Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung des Landes Rheinland-Pfalz neu gefasst. In den zurückliegenden Jahren haben die außerunterrichtlichen Aufgaben für Lehrkräfte, z. B. durch EQuL, erheblich zugenommen. Gleichzeitig ist der Anspruch an die Unterrichtsvor- und nachbereitung gestiegen: Individuelle Förderung, Inklusion, Beschulung von Flüchtlingen und die damit verbundene erforderliche Differenzierung sind nur einige Beispiele, die die gestiegene außerunterrichtliche Belastung aufzeigen. Trotzdem ist die so genannte geregelte Arbeitszeit von 24 Wochenstunden an berufsbildenden Schulen konstant hoch geblieben. Hinzu kommen der zunehmende Einsatz von digitalen Lehr- und Lernmethoden und immer mehr Verwaltungsaufgaben, welche die Lehrkräfte vor zusätzliche Herausforderungen stellen, deren Bewältigung einen zeitintensiven Arbeitseinsatz erfordert.

Um diese Aufgaben zu bewältigen, fordert der VLW neben der Reduzierung des Wochendeputats neue angepasste Regelungen der zugeteilten Anrechnungstunden. Die zu erledigenden Aufgaben müssen bewältigbar sein, um einer krankmachenden Überlastung unserer Kolleginnen und Kollegen vorzubeugen.

Der VLW fordert:

- die Senkung des Regelstundenmaßes an berufsbildenden Schulen auf 21 Wochenstunden je 45 Minuten,
- die Erhöhung der Altersermäßigung: ab dem 60. Lebensjahr 1 Stunde, ab dem 62. Lebensjahr 2 Stunden, ab dem 64. Lebensjahr 3 Stunden,

- eine deutliche Verbesserung der Schulleitungspauschale um landesweit weitere 250 Stunden,
- die Anpassung der 3/6-Pauschale, um rückläufige Kollegenzahlen an einer Schule zu kompensieren. Die Arbeit bleibt gleich, auch wenn die Klassen weniger werden!
- eine gestaffelte Entlastung für die Koordinatoren für die Berufswahlvorbereitung und Studienorientierung in Abhängigkeit von den Schülerzahlen. Die derzeitige Regelung, bei der jede Schule unabhängig von der Größe eine Anrechnungsstunde erhält, benachteiligt die großen berufsbildenden Schulen!

## Stellungnahme zu geplanten Änderungen am Schulgesetz

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium hat einen Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes vorgelegt, der sich derzeit in der Anhörung befindet. Der VLW Rheinland-Pfalz hat sich hierzu wie folgt geäußert.

Neben begrüßenswerten Änderungen sind leider auch einige bedenkliche Regelungen geplant, bei denen wir Nachbesserungen fordern. So soll in § 6 (Begriff der Schule) die Nutzung von digitalen Lehr- und Lernsystemen sowie Netzwerken als regulärer Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit festgeschrieben werden. Diese Formulierung kann unseres Erachtens zu Missverständnissen führen, da es wie eine Verpflichtung klingt. Dieser kann jedoch noch nicht in vollem Umfang entprochen werden, da sich die Entwicklung digitaler Lehr- und Lernsysteme noch in

einem frühen Stadium befindet. Vieles ist noch nicht ausgereift, gar nicht verfügbar oder noch sehr teuer, was insbesondere auf Anwendungen für den berufsbildenden Bereich zutrifft. Deshalb schlagen wir hier eine Kann-Formulierung vor, die es den Schulen ermöglicht, digitale Lehr- und Lernsysteme sowie Netzwerke als regulären Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit zu nutzen.

Die Festschreibung im Gesetz ist, auch wenn sie eine längst laufende Entwicklung nur nachzeichnet, sinnvoll, da somit geregelt ist, dass es sich bei den entsprechenden Medien um Lehrmittel handelt, die prinzipiell vom Schulträger zu finanzieren sind.

Die Regelung, Lehrkräfte in Schularten einzusetzen, für die sie nicht ausgebil-

det wurden und für die sie über keine Lehramtsbefähigung verfügen, lehnt der VLW entschieden ab. Eine solche Regelung stellt die schulartbezogene Lehramtsausbildung insgesamt in Frage und schwächt das Profil jeder einzelnen Schulart. Eine Feststellung der Eignung durch die Schulbehörde sieht der VLW ebenso wenig als hinreichend an, denn dabei werden erfahrungsgemäß lediglich persönliche Merkmale betrachtet und die Fachlichkeit für die jeweilige Fakultas nicht berücksichtigt. Der VLW fordert deshalb die Streichung dieses Absatzes.

Die weitreichendste geplante Änderung betrifft die Ausweitung der Beteiligungsrechte der Schülerinnen und Schüler, die analog zu den Beteiligungsrechten des Schulelternbeirats (§ 40 SchulG) gefasst werden sollen.

Die Fülle der Maßnahmen, die dadurch der Anhörung, der Benehmensherstellung oder gar der Zustimmung durch die Versammlung der Klassensprecherinnen und -sprecher bedürften, ließe sich im schulischen Alltag nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand bewältigen. Somit ist zu befürchten, dass dies zur Verzögerung oder gar Lähmung der schulischen Entwicklung führte. Der

VLW fordert deshalb, die Beteiligung auf Ebene des Schulausschusses, in dem die Schülerinnen und Schüler vertreten sind, zu belassen.

Aus Sicht des VLW sollten Schulentwicklungspläne (§ 91 SchulG) auch das jeweilige Profil (bei berufsbildenden Schulen beispielsweise die Form der Bildungsgänge und deren Fachrichtungen)

berücksichtigen. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wenn aus kommunalpolitischen Erwägungen durch neue Bildungsangebote Konkurrenz zu bereits bestehenden Einrichtungen erzeugt wird. Als Beispiel lässt sich die Ausweitung von Fachrichtungen der Fachoberschulen an RS plus nennen.

## Aus den Ortsverbänden

### Idar-Oberstein: Karl-Heinz Schneider als Ortsvorsitzender verabschiedet



Karl-Heinz Schneider (l.) und sein Nachfolger Mario Passannante

In der Mitgliederversammlung des VLW-Ortsverbands Idar-Oberstein am 4. Juni 2019 wurde der langjährige Vorsitzende des Ortsverbandes Idar-Oberstein Karl-Heinz Schneider in würdigem Rahmen verabschiedet. Karl-Heinz Schneider trat mit Ende des Schuljahres 2018/2019 in den wohlverdienten Ruhestand ein.

Karl-Heinz Schneider, der dem Ortsverband Idar-Oberstein fast 20 Jahre mit Erfolg vorstand, war für seine Kolleginnen und Kollegen, den Bezirks- und den Landesvorstand stets ein verlässlicher, kompetenter und sehr engagierter Ansprechpartner in vielerlei dienstrechtli-

chen und bildungspolitischen Fragestellungen, zuletzt im Zusammenhang mit der Fusion der beiden berufsbildenden Schulen in Idar-Oberstein. Karl-Heinz Schneider gehörte zuletzt auch dem örtlichen Personalrat der fusionierten BBS Idar-Oberstein an. Als stellvertretender Vorsitzender des örtlichen Personalrats leistete er durch seine vermittelnde und verbindliche Art einen wichtigen Beitrag zur Integration der Kollegien der beiden fusionierten Schulen. Die hohe Akzeptanz und Wertschätzung, die Karl-Heinz Schneider im Ortsverband und im Kollegium der BBS Idar-Oberstein genießt, spiegelte sich u. a. auch darin wider, dass fast der gesamte Ortsverband der Einladung zu seiner Verabschiedung gefolgt ist.

Für das langjährige treue Engagement im VLW dankte Kurt Flöck im Namen des

Vorstands des VLW-Bezirksverbands Koblenz und des VLW-Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß.

Als Nachfolger von Karl-Heinz Schneider wurde Mario Passannante einstimmig zum neuen Vorsitzenden des VLW-Ortsverbands Idar-Oberstein gewählt. Kurt Flöck, der als Bezirksvorsitzender an der Versammlung teilnahm, gratulierte dem neuen Vorsitzenden ganz herzlich zur Wahl und wünschte ihm bei der Führung der Amtsgeschäfte viel Freude und einen guten Erfolg.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung informierte Kurt Flöck über aktuelle dienstrechtliche, bildungspolitische und verbandsinterne Themen, die die Kolleginnen und Kollegen zu einer angeregten Diskussion nutzten.

Kurt Flöck





## Ortsverbandstreffen der BBS Alzey Hans Bitzer in den Ruhestand verabschiedet – Größere Anstrengungen bei Umsetzung der Digitalisierung gefordert

In gemütlicher Runde trafen sich Mitglieder und Freunde des Ortsverbands Alzey zum Sommertreffen, um über aktuelle bildungspolitische Entwicklungen zu diskutieren. Die Reform der höheren Berufsfachschule, die neue Dienstordnung und die Initiative „Bildung in der digitalen Welt“ standen als Themen im Fokus.

Es bestand Einigkeit darin, dass die neugestaltete HBF kein Sparmodell werden darf, sondern genügend Raum für die differenzierte Förderung der Schülerinnen und Schüler bieten muss. So dürfe es nicht sein, dass künftig weniger Unterrichtsstunden für die berufsübergreifenden Fächer zur Verfügung stehen. Ebenso müsse es genügend Ressourcen für die Praktikumsbetreuung, ähnlich wie an der Fachoberschule, geben.

Zur Neufassung der Dienstordnung berichtete Karl-Heinz Fuß, dass in der Einigungsstelle ein tragbarer Kompro-



miss zur umstrittenen Ferienregelung gefunden werden konnte. Diese soll nun lauten: „Soweit und solange dies für die organisatorische und pädagogische Vorbereitung des neuen Schuljahres erforderlich ist und rechtzeitig vorher angekündigt wurde, hat die Lehrkraft innerhalb der letzten drei Ferientage vor Unterrichtsbeginn des neuen Schuljahres *in der Regel an einem Tag* in der Schule Dienst zu leisten. Einzelheiten regelt die Schulleiterin oder der Schulleiter.“

gestrichen werden. Für die Einführung neuer pädagogischer Konzepte auf Basis digitaler Medien genügt es nicht, neue Hard- und Software anzuschaffen, sondern es müssen auch umfassende Fortbildungen angeboten werden. Des Weiteren muss über das schulische Beratungssystem durch das Pädagogische Landesinstitut (PL) eine umfassende Unterstützung gewährleistet sein. Nur so kann es gelingen, dass unsere Schulen die neuen Möglichkeiten nutzen können, die sich durch die Digitalisierung bieten.

In der ursprünglich vorgelegten Fassung war die ganze letzte Sommerferienwoche für dienstliche Zwecke vorgesehen. Dagegen haben sich die Personalräte aller Schularten erfolgreich gewehrt. Nachdem diese auch die Drei-Tage-Regelung abgelehnt haben, entstand der genannte Kompromiss.

Mit den besten Wünschen wurde Hans Bitzer, der auf 35 aktive Dienstjahre an der BBS Alzey zurückblicken kann, von den Mitgliedern des Ortsverbands in den Ruhestand verabschiedet. Karl-Heinz Fuß würdigte die gemeinsame Zeit an der BBS Alzey, in der Hans Bitzer durch sein Engagement für den Lehrersport und durch seine freundschaftliche und zuverlässige Art zum positiven Klima im Kollegium beigetragen hat. Seine Unterstützung des damaligen ÖPR bei der Gestaltung des Schulneubaus ist nur ein Beispiel für seinen aktiven Einsatz und seine Fähigkeit, konstruktive Kritik zu äußern. Als Symbol dafür, dass für den künftigen Pensionär nun gemütlichere Zeiten anbrechen dürfen, überreichte Karl-Heinz Fuß einen Gutschein vom Café Mandala in Kirchheimbolanden.

Für die Umsetzung der „Bildung in der digitalen Welt“ sieht der Ortsverband Alzey noch große Schritte als erforderlich an. Wenn künftig die Anwendungsbetreuung an einen externen Dienstleister gegeben werden soll, dann muss sichergestellt sein, dass ein erforderlicher Support schnell und zeitnah möglich ist. Die 3/6-Pauschale könne kein Ersatz dafür sein, wenn der Schule die Stunden für die Anwendungsbetreuung



Karl-Heinz Fuß (r.) verabschiedet Hans Bitzer nach 35 aktiven Dienstjahren in den Ruhestand.



# VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer  
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 1/2020

Juni 2020



**Schule im Ausnahmezustand - wie geht es weiter?**  
**Der VLW im Gespräch mit Akteuren der Berufsbildung**  
**Jenseits des Kabels - Berufsbildungskongress 2019**



## INHALTSVERZEICHNIS

### Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden  
Karl-Heinz Fuß 3

### Der VLW bezieht Stellung

Resolution des Landesvorstands:  
VLW fordert zeitnahes Konzept für  
Beschulung im kommenden Schuljahr 4

### Der VLW im Gespräch mit Akteuren der Berufsbildung

Gespräch mit Petra Jendrich, Leiterin  
der Abteilung 4A im Bildungsministerium 5

Gespräch mit der Landesvereinigung  
der Unternehmerverbände 7

Gespräche mit Bildungspolitikern  
der Landtagsfraktionen 7

### Aus dem Bundesverband

Jenseits des Kabels -  
Berufsbildungskongress 2019 in Berlin 8

### IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und  
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband  
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb  
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,  
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler  
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16  
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Foto auf dem Cover: Henning Fleck, Ludwig-Er-  
hard-Schule Neuwied

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**  
deutlich später als geplant halten  
Sie nun die neueste Ausgabe des  
VLW kompakt in Ihren Händen.  
Aber in den vergangenen drei Mo-  
naten hat uns ein kleines Virus ge-  
lehrt, dass unsere Planungen das  
eine sind und die Umsetzung das  
andere. Wir alle mussten umdenken  
und neue Wege finden, um mitein-  
ander in Kontakt zu bleiben.



Dass das „neuartige Corona-Virus“  
mit Namen Sars-CoV-2 auch uns im Landesvorstand des VLW ganz  
schön in Atem gehalten hat, können Sie an der Vielzahl unserer Ver-  
öffentlichungen in den letzten drei Monaten ablesen. Zu Beginn der  
Schulschließung gab es fast täglich neue Meldungen aus dem Bildungs-  
ministerium oder von der ADD, auf die wir (meistens jedenfalls) um-  
gehend reagiert haben. In sieben Pressemitteilungen, zwei Positions-  
papieren und schließlich einer Resolution haben wir unsere Positionen  
dargelegt und zusammen mit weiteren Informationen in insgesamt 13  
Newslettern zu Ihnen nach Hause transportiert.

Dabei mussten wir allerdings feststellen, dass wir - genauso wie die  
meisten Schulen bei der technischen Ausstattung - noch etwas Luft  
nach oben haben, denn noch längst nicht alle unsere Mitglieder bezie-  
hen den Newsletter. Wenn Sie das ändern möchten, schreiben Sie uns  
einfach eine kleine E-Mail an folgende Adresse: [info@vlw-rlp.de](mailto:info@vlw-rlp.de). Dann  
sind auch Sie künftig immer topaktuell informiert über die Aktivitäten  
Ihres VLW!

Auf viele unserer Veröffentlichungen bekamen wir Rückmeldungen von  
Ihnen, liebe Mitglieder. Dabei waren sowohl bestärkende als auch kri-  
tisch hinterfragende Äußerungen. Für beides möchte ich mich im Namen  
des Landesvorstands an dieser Stelle herzlich bedanken. Es tut einfach  
gut, wenn die eigene Arbeit wahrgenommen und wertgeschätzt wird.

**Dirk Mettler**  
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

### Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,  
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mit-  
zuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bank-  
verbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Re-  
ferendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre  
Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Än-  
derungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.

Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung:  
ruth.jakob@t-online.de bzw.  
Ruth Jakob, Holzhauserstraße 27, 55411 Bingen

## Die Infektionsgefahr nicht kleinreden

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Die Ankündigung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig, nach den Sommerferien wieder den regulären Präsenz-Schulbetrieb aufzunehmen, kann man als Bestreben werten, möglichst schnell wieder zur Normalität zurückzukehren. Klar muss jedoch sein, dass es längst nicht mehr so sein wird wie in der Zeit vor dem Corona-Lockdown.

Die Vorstellung, dass alle Schülerinnen und Schüler wie zuvor nach Stunden- und Schülertafel in Präsenz unterrichtet werden können, unterliegt gewissen Voraussetzungen, wenn wir einer neuen Infektionswelle nicht Tür und Tor öffnen wollen. Zwangsläufig werden wir auch weiterhin konsequent die Hygieneregeln einhalten müssen. Da erscheint es geradezu grotesk, dass der Mindestabstand aufgegeben werden soll. Ob es stattdessen eine Maskenpflicht im Klassensaal geben wird, wird derzeit noch diskutiert.

Eine große Bedeutung hat nach Meinung der Experten jedenfalls das Lüften der Räume. Die Schulträger müssen oft erst noch die Möglichkeit schaffen, damit die Fenster vollständig geöffnet und nicht nur gekippt werden können. Des Weiteren soll eine Durchmischung der Schülerinnen und Schüler vermieden werden. Folglich sollten die Klassen nicht gleichzeitig in die Pause gehen, um möglichst wenigen Mitschülern aus anderen Klassen zu begegnen. Innerhalb der berufsbildenden Schulen kann dies organisatorisch zwar realisiert werden. Was passiert jedoch außerhalb des Schulgebäudes? Wie verhalten sich die Schülerinnen und Schüler auf dem Weg zur Schule und wieder nach Hause? Werden sie die geforderten Abstände im öffentlichen Nahverkehr einhalten können? Was ist mit Auszubildenden, z. B. im Einzelhandel, die im Betrieb mit

vielen Menschen in Kontakt kommen? All die Fragen machen deutlich, dass das Risiko des Aufflammens von Neuinfektionen bestehen bleibt, und zwar mindestens so lange, bis ein wirksamer Impfstoff gegen COVID-19 verfügbar ist.

Das Zurückverfolgen der Infektionskette, das systematische Testen betroffener Personen, die verordnete Quarantäne für einzelne Klassen und möglicherweise die temporäre Schließung von kompletten Schulen sind Maßnahmen, um Hotspots gezielt zu bekämpfen. Klar ist, dass in einem solchen Fall der Fernunterricht wieder ein Thema sein wird. Die begonnenen Schritte zur Digitalisierung müssen deshalb unbedingt weitergeführt werden.

Und nicht wegzudiskutieren ist die Gefahr für unsere Kolleginnen und Kollegen, sich in Ausübung des Dienstes mit COVID-19 zu infizieren. Der Dienstherr muss deshalb alles dafür tun, dass die-



Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

se Gefahr auf ein Minimum reduziert wird. Sollte es dennoch zu einer Infektion kommen, so läuft diese hoffentlich glimpflich ab. Bei einem schweren Verlauf jedoch, der gar zur Dienstunfähigkeit führt, ist dies aus Sicht des VLW ohne Wenn und Aber als Dienstunfall anzuerkennen. Es kann nicht sein, dass dieses Risiko vom Dienstherrn auf uns Kollegen und Kolleginnen abgewälzt wird.

### Vorankündigung:

## Landesdelegiertenkonferenz und Tag der kaufmännischen Schule

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

momentan gibt es zwar keine Gewissheit, dass Veranstaltungen in gewohnter Weise stattfinden können, dennoch müssen wir als Landesvorstand den Blick in die Zukunft werfen. Deshalb planen wir, am **2. November 2020** eine **Landesdelegiertenversammlung** durchzuführen, auf der der Landesvorstand neu gewählt und die Listen für die HPR- und BPR-Wahlen im Mai 2021 aufgestellt werden. Bitte denken Sie in Ihren Ortsverbänden schon einmal darüber nach, wer als Delegierte(r) in Frage kommt!

Der nächste **Tag der kaufmännischen Schule** soll am **8. März 2021** in Trier stattfinden. Bitte merken Sie sich beide Termine schon einmal vor!



## Der VLW bezieht Stellung

### Resolution des Landesvorstands des VLW Rheinland-Pfalz: VLW fordert zeitnahes Konzept für Beschulung im kommenden Schuljahr

Der VLW lobt ausdrücklich die hervorragende Kommunikation zwischen dem Bildungsministerium, der ADD, den Verbänden und den Personalräten seit dem Beginn der COVID-19-Pandemie. Dadurch konnten viele drängende Fragen zügig beantwortet werden, wenngleich es noch nicht auf alle Fragen Antworten gab und gibt. Wir freuen uns über die Wertschätzung, die den Lehrkräften in dieser schwierigen Zeit entgegengebracht wird. Jedoch wird in der Öffentlichkeit gerne übersehen, mit welchen Zusatzbelastungen unser systemrelevanter Beruf zurzeit konfrontiert wird. Vereinzelt wird aus reiner Effekthascherei Lehrerschelte betrieben und dabei durch Herauspicken von negativen Einzelfällen gleich die ganze Lehrerschaft verunglimpft. Der VLW begrüßt deshalb, dass Ministerium und ADD die außerordentlichen Leistungen von Schulleitungen und Lehrkräften anerkennen. Des Weiteren bedankt sich der VLW für die Erfüllung vieler vorgetragener Forderungen, deren Bedeutung wir den Schulbehörden aufzeigen konnten. Als Beispiele seien hier das Absehen von der Präsenzpflicht der Lehrkräfte während der Schulschließung, die Einführung des landesweiten Videokonferenzsystems, die Freiheit der Schulen für individuelle Beschulungspläne und auch die Ausstattung der Lehrkräfte mit wiederverwendbaren Schutzmasken genannt.

Zwischenzeitlich wird deutlich, dass der Ausnahmezustand durch COVID-19 auch das kommende Schuljahr betreffen wird und es deshalb erforderlich ist, dafür die entsprechenden Planungen vorzunehmen und Vorbereitungen zu treffen. Ziel muss es sein, dass unter

der Bedingung eines bestmöglichen Gesundheitsschutzes für alle Beteiligten ein effektiver und effizienter Unterricht erteilt werden kann, an dem alle Schülerinnen und Schüler teilhaben. Der VLW formuliert dazu die folgenden Anforderungen.

#### Umsetzung des Hygieneplans

Wichtigste Voraussetzung für die Gewährleistung des Gesundheitsschutzes ist die Einhaltung der Hygieneregeln an den Schulen. Damit die vorgegebenen Abstände eingehalten werden können, darf die Zahl der Personen im Schulbetrieb nicht zu hoch sein. Entsprechende Wegeführungen nach dem Einbahnstraßenprinzip und zeitversetzte Pausen sind adäquate Mittel, um das Ansteckungsrisiko zu reduzieren. Darüber hinaus muss aber auch sichergestellt sein, dass die Schulträger mit Unterstützung des Landes in erforderlichem Umfang Desinfektionsmittel bereitstellen. Zudem muss der Arbeitseinsatz des Reinigungspersonals aufgestockt werden, damit Türklinken, Tische und Toiletten mindestens einmal täglich desinfiziert werden können. Der VLW schlägt vor, Eltern und Schülerinnen und Schüler mittels geeigneter Medien, wie beispielsweise YouTube-Clips, für die Hygieneregeln zu sensibilisieren.

#### Umsetzung des Digitalpakts beschleunigen und dabei keinen Schülern zurücklassen

Da nicht alle Schülerinnen und Schüler im Präsenzunterricht beschult werden können, muss die Infrastruktur für den Online-Unterricht unverzüglich ausge-

baut werden. Dabei kommt es neben dem Breitbandausbau darauf an, dass sämtliche Schülerinnen und Schüler über Online-Medien erreichbar sind. Das Verleihen von Endgeräten sehen wir als einen richtigen Schritt. Dieser ergibt jedoch nur Sinn, wenn die Betroffenen zu Hause auch über einen leistungsfähigen Internetanschluss sowie einen Drucker verfügen. Auch hierbei muss der Staat unterstützend eingreifen, wenn sich Haushalte dies nicht leisten können.

Unser Dienstherr setzt dabei als selbstverständlich voraus, dass die Lehrkräfte an ihrem heimischen Arbeitsplatz so mit Hard- und Software ausgestattet sind, wie es für einen effektiven Online-Unterricht erforderlich ist. Dies geschieht bis jetzt allein auf Kosten der Beschäftigten, die sich hinsichtlich der steuerlichen Absetzbarkeit dann auch noch mit den Finanzbehörden auseinandersetzen dürfen. Deshalb fordern wir nachdrücklich Ausstattungsbeihilfen des Landes für die Kolleginnen und Kollegen!

Wir halten es für zielführend, Präsenz- und Online-Unterricht miteinander zu verknüpfen. Dadurch kann gewährleistet werden, dass die Lehrkräfte nicht zusätzlich zu ihren gehaltenen Stunden Online-Unterricht anbieten müssen. Die technische Ausstattung der Schulen muss so gestaltet sein, dass sich Schülerinnen und Schüler von zu Hause oder von den Ausbildungsbetrieben aus am Präsenzunterricht beteiligen können. Dies sollte durch das vom Land in Aussicht gestellte Videokonferenzsystem möglich sein. Darüber hinaus müssen die Klassenräume mit entsprechenden Monitoren ausgestattet werden.

Die Lernplattform Moodle muss auch bei einer großen Zahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern stabil laufen, was während der Zeit der Schulschließung leider nicht gewährleistet war. Ein elektronisches Klassenbuch ergänzt die Digitalausstattung im Klassensaal und bietet die Möglichkeit, Einblick zu nehmen, welche Themen im Unterricht bearbeitet wurden und wann kommende Leistungsfeststellungen anstehen. Von den Lehrkräften kann aber nicht dauerhaft erwartet werden, dass sie so nebenher auch noch didaktisch aufbereitete Lehrmaterialien für den Online-Unterricht erstellen. Hier ist das Land gefordert, entsprechende Lizenzen zu erwerben und den Schulen zur Verfügung zu stellen. Ebenso sind Nachverhandlungen bei den Gesamtverträgen der Bundesländer mit den Rechteinhabern zur Vervielfältigung an Schulen erforderlich. Es mutet seltsam an, dass eine eingescannte Schulbuchseite zwar per E-Mail an Schüler verteilt werden darf, nicht aber über eine Lernplattform.

### **Lehrkräfte aus Risikogruppen schützen und Zusatzbelastungen minimieren**

Lehrkräfte und solche mit Angehörigen im selben Haushalt, die bei einer Ansteckung durch COVID-19 besonders gefährdet wären, sollen weiterhin von zuhause aus ihren Dienst verrichten

dürfen. Von dort aus können sie über die Lernplattform Moodle und ein Videokonferenzsystem Online-Unterricht anbieten.

Die Lehrkräfte im Präsenzunterricht müssen sich auf Ihre Kernaufgabe, nämlich die Erteilung von Unterricht, konzentrieren können und dürfen nicht durch eine Unmenge an zusätzlichen Aufgaben überlastet werden. Die Verwaltungsvorschrift „Aufsicht an Schulen“ ermöglicht auch den Einsatz von Schülerinnen und Schülern zur Aufsichtsführung, wodurch Lehrkräfte entlastet werden können. Solange zum Präsenzunterricht zusätzlich Online-Unterricht erteilt werden muss, ist dies voll auf das Deputat anzurechnen. Es kann nicht sein, dass Lehrkräfte doppelten Unterricht leisten müssen. Das Land muss dafür gegebenenfalls zusätzliches Lehrpersonal einstellen. Ebenso erwarten wir, dass die momentan vielgelobten Lehrkräfte, die durch Präsenz- und Online-Unterricht doppelt belastet sind und durch ihr großes Engagement dafür sorgen, dass das Bildungssystem in der momentanen Krisensituation nicht zusammenbricht, spätestens im übernächsten Schuljahr durch eine zeitweise Absenkung ihres Deputates entlastet werden.

Durch die wirtschaftlichen Verwerfungen der COVID-19-Pandemie steht zu erwarten, dass für das kommende Ausbil-

dungsjahr weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen werden und auch, dass Auszubildende ihren Ausbildungsplatz verlieren werden. Aus Sicht des VLW wäre es fatal, diese Situation dafür auszunutzen, unterbesetzte Bildungsgänge an einzelnen Standorten zu schließen. Gerade jetzt ist es wichtig, dass Ausbildungsplätze in der Fläche erhalten werden!

### **Der VLW fordert entschlossenes Handeln**

Die Erfüllung dieser Forderungen in dieser oder einer ähnlichen Form sieht der VLW als Voraussetzung dafür, dass das kommende Schuljahr gelingen kann, ohne dabei einzelne Schülerinnen und Schüler zurückzulassen oder Lehrkräfte zu überfordern. Die Beschleunigung der Umsetzung des Digitalpakts hilft uns gleichzeitig dabei, den Anschluss an die ausbildende Wirtschaft herzustellen und Schule fit zu machen für die Bildung für das digitale Leben. Somit kann es gelingen, aus dieser Krisensituation etwas Gutes für alle hervorzubringen, ohne die Gesundheit der Beteiligten zu gefährden. Damit dies gelingt, sind jetzt zeitnahe Weichenstellungen unabdinglich, auch wenn diese zusätzliches Geld kosten. Berufliche Bildung ist eine Investition in die Zukunft und darf keinesfalls wirtschaftlichen Erwägungen geopfert werden!

## **Der VLW im Gespräch mit Akteuren der Berufsbildung**

### **Gemeinsam im Einsatz für die berufliche Bildung - Der VLW im Gespräch mit Abteilungsleiterin Petra Jendrich (Bildungsministerium)**

In der Reihe unserer Gespräche mit Akteuren der beruflichen Bildung trafen sich Vertreter des VLW Rheinland-Pfalz nun zum ersten Mal mit der Abteilungsleiterin der Abteilung 4A im Bildungsministerium, Petra Jendrich, zum Gedan-

kenaustausch. In einer von Offenheit und gegenseitigem Interesse geprägten Gesprächsatmosphäre wurde schnell deutlich, dass in den Zielen eine große Übereinstimmung vorliegt und dass die Konfliktlinien eher in der Frage der konkreten Umsetzung liegen.

Aus ihrer Zeit in Bremen kennt Petra Jendrich die Situation, dass die berufliche Bildung ein Stückweit kämpfen

muss, um ihre Gleichwertigkeit mit der allgemeinen Bildung zu verdeutlichen. Auch wenn es in Rheinland-Pfalz eine eigene Abteilung für die BBS gibt – was nicht in allen Ländern Standard ist –, hat sie schnell feststellen müssen, dass auch hierzulande ein unermüdlicher Einsatz für die berufliche Bildung angesagt ist, damit deren Belange ihrer Bedeutung entsprechend wahrgenommen werden.





Im Gespräch mit Petra Jendrich vertraten Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler sowie Jürgen Hatzfeld (v. l. n. r.) die Positionen des VLW

Karl-Heinz Fuß erläuterte zunächst die größten Probleme aus Sicht des VLW. Leider gibt es immer wieder Anlass zu der Sorge, dass die berufliche Bildung unter die Räder zu kommen droht, was durch unser aktuelles Plakat („Spiel nicht mit den Schmuttelkindern“) trefflich ausgedrückt wird. Besonders bedrohlich wirkt der zunehmende Bedeutungsverlust der Fachlichkeit, der sich nicht nur in Lehrplänen abspielt, sondern durch die Konkurrenzsituation mit IGSn und RSn-plus verstärkt wird. Es ist eine zunehmende Tendenz zu beobachten, auch schwächere Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, was zwangsläufig zu einem Absinken des Niveaus bei gleichzeitig größer werdender Heterogenität führt. Der Markenkern der BBS, junge Menschen fachlich zu qualifizieren, damit diese gut gerüstet in eine Berufsausbildung starten können, muss aus Sicht des VLW unbedingt erhalten bleiben.

Diesem Ansinnen schließt sich die Abteilungsleiterin grundsätzlich an, betont jedoch, dass aus ihrer Sicht, z. B. in der Berufsschule oder in der HBF, die Fachlichkeit nicht zu kurz komme und dass in Schulformen wie der BFI andere Kompetenzen im Mittelpunkt stünden. Sie habe lernen müssen, dass es in Rheinland-Pfalz – abgesehen von den Kammerprüfungen – keine zentralen Abschluss-

prüfungen gibt. Hier schlägt sie eine stärkere Kooperation der BBSn mit den umliegenden Zubringerschulen vor, in denen diese auch Vereinbarungen über erwartete Kompetenzen treffen können. Ein gutes Verhältnis zu den Zubringerschulen liegt auch im Interesse der BBSn, erläutert Karl-Heinz Fuß für den VLW, beklagt jedoch, dass der bundesweit einzigartige Sündenfall der Verlagerung der FOS an die RS-plus das einst gute Verhältnis mit diesen nachhaltig belastet, da eine neue und überflüssige Konkurrenzsituation entstanden ist.

Einen weiteren Schwerpunkt der Unterredung bildete die HBF-Reform. Dirk Mettler legte hier die Position des VLW dar, dass diese noch nicht als gelungen angesehen werden kann. Prinzipiell ist es zwar begrüßenswert, dass die HBF einen Doppelabschluss (Assistentenabschluss sowie FH-Reife) ermöglicht, die in diesem Zusammenhang gemachten Versprechen wurden aber zum großen Teil nicht eingehalten. Eine Differenzierung der Schülerschaft nach angestrebtem Abschluss findet de facto kaum statt, sodass das Heterogenitätsproblem in den Kursen bestehen bleibt. Außerdem wirkt es sich problematisch aus, dass die zur FH-Reife führenden Lernbausteine nicht versetzungsrelevant sind und dass es – leider nicht nur theoretisch – möglich ist, die FH-Reife

zu erlangen, obwohl die Lernbausteine des Assistentenabschlusses vernachlässigt werden, die quasi das Fundament bilden.

Einigkeit bestand in der Auffassung, dass der Assistentenabschluss der HBF eine höhere Anerkennung vonseiten der Betriebe verdient hätte. Petra Jendrich bedauerte, dass die Kammern den HBF-Bildungsgang zwar prinzipiell als Berufsausbildung anerkennen würden, sich ihrerseits aber außerstande sehen, dies auch von den Betrieben zu verlangen. Dirk Mettler regte in diesem Zusammenhang die Reaktivierung der Anrechnungsverordnung an. In dieser könnte verankert werden, dass der Assistentenabschluss als Zwischenprüfung bzw. Abschlussprüfung I anerkannt werden muss. Das würde die Attraktivität dieses Bildungsganges enorm steigern.

Einem von der Landesdirektoren-Konferenz gewünschten Belohnungssystem steht Petra Jendrich prinzipiell offen gegenüber. Der VLW erinnerte in diesem Zusammenhang an seine Forderung, für Lehrkräfte an BBSn die Regelbeförderung nach A 14 wieder einzuführen.

Jürgen Hatzfeld appellierte an die Abteilungsleiterin, sich in Sachen Mehrarbeitsverordnung für eine Sonderregelung für BBSn einzusetzen, da es diesen im Flächenland Rheinland-Pfalz besonders schwer fällt, qualifizierte Vertretungslehrkräfte für die beruflichen Fächer zu finden, was zu einem inakzeptabel hohen Unterrichtsausfall gerade in diesen Fächern führt.

Abschließend bedankte sich Karl-Heinz Fuß für die Vertreter des VLW bei Petra Jendrich für das konstruktive Gespräch, das – auch darüber waren sich alle Beteiligten einig – bald fortgesetzt werden soll.

## Duale Berufsausbildung stärken, dem Fachkräftemangel begegnen - Der VLW im Gespräch mit der Landesvereinigung der Unternehmerverbände (LVU)

Eine große Schnittmenge der Positionen zeigte sich beim Gedankenaustausch zwischen den Vertreterinnen der LVU, Frau Anne Drost und Frau Anne Körr<sup>1)</sup>, sowie den Vertretern des VLW Rheinland-Pfalz, Karl-Heinz Fuß und Michael Lutz. So lässt sich der Forderungsbroschüre des LVU u. a. entnehmen, dass die duale Berufsausbildung gestärkt werden muss. Dazu soll sie „...im Bewusstsein der Gesellschaft und insbesondere der Eltern als gleichwertiger Karriereweg...“ aufgewertet werden. Mindeststandards für fachliche und soziale Kompetenzen sollen als Voraussetzung für die Ausbildungsreife sichergestellt werden. Und die Ausstattung der Schulen soll personell, materiell und finanziell verbessert werden. Die Mittel aus dem DigitalPakt Schule sollen zügig zum Einsatz kommen. Dies sind alles Positionen, die der VLW unterstützt.

Das Thema Landesfachklassen erzeugte jedoch Anlass zur Diskussion. So sehen die Vertreterinnen des LVU die Ausbildungsqualität in einer Landesfachklasse eher gewährleistet. Michael Lutz vom VLW wies jedoch darauf hin, dass die Konzentration der Berufsschulbildung auf wenige Standorte die BBSn im ländlichen Raum schwächt. Wenn die Berufsschule nicht in der Nähe ist,

Der VLW zu Gast bei der CDU-Landtagsfraktion: Martin Brandl MdL, Anke Beilstein MdL, Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler, Jürgen Hatzfeld, Guido Ernst MdL (v. l. n. r.)



gehen in der Region Ausbildungsplätze verloren, wie die Erfahrung gezeigt hat.

Zur Stärkung der HBF warb Karl-Heinz Fuß dafür, den staatlichen Assistentenabschluss durch die Kammern bzw. Ausbildungsbetriebe anzuerkennen, zumindest als ersten Teil der Abschlussprüfung einer dualen Ausbildung. Dies würde Doppelungen vermeiden und die HBF-Absolventen schneller zum Abschluss der Berufsausbildung führen, was im Prinzip eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten darstellen würde.

LVU und VLW eint die Sorge um die Qualität der beruflichen Bildung. Dass diese im Mittelpunkt stehen muss, darin waren sich die Gesprächsteilnehmer ebenso einig wie darüber, dass der Dialog regelmäßig fortgeführt werden soll.

<sup>1)</sup> Frau Anne Drost vertritt in der LVU die Bereiche Bildung und SCHULEWIRTSCHAFT, Frau Anne Körr die Bereiche Wirtschaftspolitik und Bildung.

## Im Dialog mit der Politik - Gespräche mit Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU

Regelmäßig sucht der VLW den Kontakt zu Bildungspolitikern der Landtagsfraktionen, um auf aktuelle Probleme an den BBSn hinzuweisen sowie seine Positionen zu aktuellen Themen darzulegen. Im Februar führte eine Delegation des VLW Gespräche mit Bündnis 90/Die Grünen sowie mit der CDU. In diesen Gesprächen wurde die Sorge um die Qualität der beruflichen Bildung thematisiert. Fehlende Bildungsstandards in den Zubringerschulen begünstigen, dass die jungen Menschen, die in den BBS-Sektor aufrücken, immer größere Defizite aufweisen, die bis zu den elementaren Kulturtechniken reichen.

Weitere Themen waren die aus Sicht des VLW noch nicht zufriedenstellende Reform der HBF, der Erhalt der BBS in der Fläche, der Dauerbrenner Unterrichtsversorgung und der fehlende Nachwuchs für das Lehramt an berufsbildenden Schulen.

Durch die Kontaktbeschränkungen infolge der Sars-CoV-2-Pandemie wurde die Gesprächsreihe unterbrochen. Der VLW strebt eine baldige Fortsetzung der Gespräche mit Vertretern anderer Landtagsfraktionen an.



Der VLW im Gespräch mit Bündnis 90/Die Grünen: Karl-Heinz Fuß, Daniel Köbler MdL, Dirk Mettler, Jürgen Hatzfeld (v. l. n. r.)



## Aus dem Bundesverband

### Jenseits des Kabels – Berufsbildungskongress 2019 in Berlin

Gigabit für alle, leistungsstarkes W-LAN in allen Klassenräumen, „Bring your own device“ (BYOD) und Cloudtechnologie – davon war häufig die Rede an den beiden Tagen des Berufsbildungskongresses, den unser Bundesverband BVLB in den Räumen des „dbb-forums“ an der Berliner Friedrichstraße vorbildlich organisiert hatte. Für unseren Bundesvorsitzenden Joachim Maiß stehen diese Begriffe aber für das, worüber gar nicht mehr geredet werden müsse. Der Digitalpakt soll – spätestens – diese Voraussetzungen schaffen. Doch wofür?

- Wie sehen digitale Konzepte für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik aus?
- Welche gesellschaftliche Rolle übernehmen berufliche Schulen in einer digitalisierten Gesellschaft?
- Für welche Berufswelt müssen berufliche Schulen künftig ausbilden?
- Und wie soll die Lehrerfort- und -weiterbildung als Voraussetzung für eine gelingende Digitalisierung aussehen?

Diese Fragen sollten auf dem Kongress behandelt und möglichst auch beantwortet werden. Für den VLW Rheinland-Pfalz nahmen neben dem Landes-

vorsitzenden Karl-Heinz Fuß noch Bernd Zinssius, Björn Jacobs und Michael Lutz teil.

Glenn Gonzales, Chief Technology Officer (CTO) bei SAP Deutschland, führte in das Thema „Chancen und Grenzen von künstlicher Intelligenz als Assistent im Klassenzimmer“ ein und zeigte, wie weit KI mittlerweile den Alltag dominiert.

Und Prof. e. h. Wilhelm Bauer, Geschäftsführender Leiter des Fraunhofer Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO), gab zur Einführung „Einblicke in die Arbeitswelt von morgen und übermorgen“.

In zahlreichen Foren wurden danach die Fragestellungen vertieft und – zumindest ansatzweise – beantwortet. Themen dieser Foren waren u.a. „Alles ist im Wandel – Trial and Error“, „Warum wir auch in der digitalen Schule noch Lehrerinnen und Lehrer brauchen“, „Berufliche Schulen digitalfest machen“, „Multiprofessionelle Teams bilden“, „Die Lehrerrolle in der digitalen Welt“, „Classroom-Management und digitaler Unterricht“, „24/7 für Lehrkräfte – die klassische Lehrerarbeitszeitverordnung

hat ausgespielt“. Die Leiterin der Abteilung 4A – Berufsbildende Schulen – im Mainzer Bildungsministerium, Petra Jendrich, hielt darüber hinaus einen Vortrag in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Hauptausschusses Berufliche Bildung der KMK über „Aktuelle Aspekte und Arbeitsfelder der KMK“.

Der Kongress war mit insgesamt ca. 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern mehr als „ausverkauft“, was die Themensetzung im Nachhinein bestätigt hat. Unter den perfekten Bedingungen des dbb-forums wurde eine Mischung aus grundsätzlichen und praxisnahen Themen behandelt. Wie immer bei solchen Gelegenheiten war der Meinungsaustausch außerhalb der Themenforen von großem Wert für alle Teilnehmenden. Der Bundesverband hat diese Veranstaltungen vorbildlich organisiert und durchgeführt. Die Ergebnisse werden in „Handlungsempfehlungen für den digitalen Unterricht“ münden, über die wir an dieser Stelle noch berichten werden.

Angemerkt: Der DigitalPakt soll möglichst schnell Lücken schließen und die Voraussetzungen für „digitalen Unterricht“ schaffen. Wie dringend das nötig ist, haben die vergangenen Monate schmerzlich deutlich gemacht. Die Versäumnisse der Vergangenheit, angefangen von technischen Unzulänglichkeiten, fehlender und unzureichender Systembetreuung und nicht ansatzweise ausreichenden Fortbildungsmöglichkeiten, sind jetzt deutlich zutage getreten. Es wird höchste Zeit, dass den Sonntagsreden konkrete Taten folgen!



Gemeinsam in Berlin: Harry Wunschel (l.), Vorsitzender des vlbs Rheinland-Pfalz, und Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

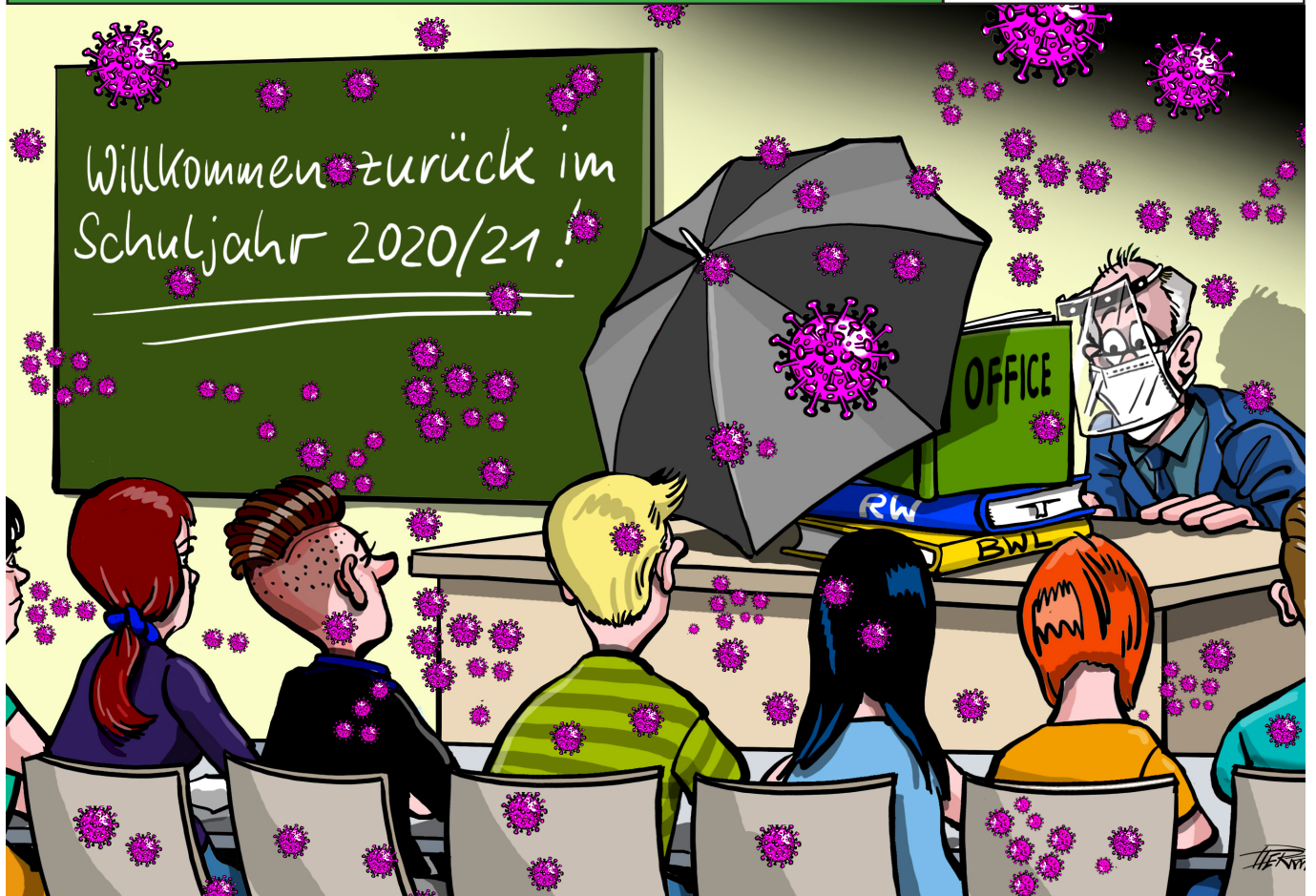
Michael Lutz

# VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer  
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 2/2020

November 2020



**Regelbetrieb um jeden Preis?**

**„Recht auf Bildung“ versus „Recht auf Gesundheit“?**

**Der VLW im Gespräch mit Ministerin Dr. Hubig**

**und mit der SPD-Landtagsfraktion**

**Neue Bezirksvorsitzende in Rheinhessen**

**Abschied in Bad Kreuznach**



## INHALTSVERZEICHNIS

### Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden  
Karl-Heinz Fuß 3

### Der VLW im Gespräch mit Akteuren der Berufsbildung

Gespräch mit Bildungsministerin  
Dr. Stefanie Hubig 4

Gespräch mit Bildungspolitikerinnen  
der SPD-Landtagsfraktion 5

### Aus den Bezirksverbänden

Bezirksversammlung Rheinhessen  
wählt neue Bezirksvorsitzende 6

### Nachrufe

Der VLW trauert um Heinrich Günster,  
Dietrich Birke und Elisabeth Pollak 7

### Aus den Ortsverbänden

OV Bad Kreuznach: Theo Vogt  
in den Ruhestand verabschiedet 8

### IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und  
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband  
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb  
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,  
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler  
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16  
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Idee zu der Karikatur auf der Titelseite hatte ich gleich zu Beginn der Sommerferien, als klar war, dass wir ins neue Schuljahr im Regelbetrieb starten sollten. Die Situation, wie wir sie zu Beginn dieses Schuljahres angetroffen haben, dürfte einigermaßen getroffen sein. Einzig die Virendichte war im August wahrscheinlich nicht so hoch, wie in der Karikatur dargestellt.



Heute sind wir von dieser Darstellung gar nicht mehr so weit entfernt, wenn man mal davon absieht, dass die Schülerinnen und Schüler mittlerweile Mund-Nasen-Bedeckungen tragen.

Heute, da ich diese Zeilen schreibe, herrscht in zu vielen Klassenräumen immer noch eine drangvolle Enge. Möglicherweise ist das dann, wenn Sie diese Zeilen lesen, bereits anders. Das wäre zumindest zu wünschen, denn das hieße, dass man im Bildungsministerium unserer massiv erhobenen Forderung, angesichts der Pandemie-Entwicklung in den rollierenden bzw. – wo das schon möglich ist – in einen Hybridunterricht zu wechseln, endlich nachgegeben hat. Dabei ist mir natürlich bewusst, dass noch längst nicht jeder von dieser Vorstellung begeistert ist. Genau genommen kenne ich niemanden, der nicht am liebsten in einer vollständigen Lerngruppe live und in Farbe unterrichtet. In der derzeitigen Lage kommt es aber nicht darauf an, in welchem Unterrichtsetting wir uns am wohlsten fühlen. Es gilt, eine gesunde und verantwortbare Balance zwischen dem inflationär bemühten „Recht auf Bildung“ und der Fürsorgepflicht unseres Dienstherrn für uns Lehrkräfte zu finden.

Wie Sie in diesem VLW kompakt lesen können, lassen wir wirklich keine Gelegenheit aus, unsere Forderungen anzubringen. Es ist manchmal schon erschreckend, wie vorhersehbar die Antworten sind. Aber wie sagt ein bekanntes Sprichwort: Steter Tropfen höhlt den Stein. Deshalb bleiben wir am Ball. Darauf können Sie sich verlassen!

**Dirk Mettler**

**Referent für Öffentlichkeitsarbeit**

### Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,  
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.

Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung:  
ruth.jakob@t-online.de bzw.

Ruth Jakob, Holzhauserstraße 27, 55411 Bingen

## Berufsbildende Schulen brauchen ein eigenes Krisenmanagement

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Die Infektionszahlen schießen durch die Decke und dennoch hält das Ministerium am Präsenzunterricht für alle fest. Die Verschärfungen der 12. Corona-Bekämpfungsverordnung, durch die neben Reisebranche und Gastronomie u. a. auch Fitness- und Kosmetikstudios vorübergehend schließen müssen, treffen Teile unserer Wirtschaft hart. Dass die Schulen im vollen Präsenzbetrieb weiterlaufen, erscheint vor diesem Hintergrund widersinnig.

Auch wenn das Ministerium, unterstützt von Experten der Universitätsmedizin in Mainz, hochhält, dass die Schulen nicht der Ort der Ansteckungen seien, so bleibt dennoch zu befürchten, dass sich dies schon sehr bald ändert. Längst können die Infektionsketten nicht mehr zurückverfolgt werden und es ist bekannt, dass vor allem junge Menschen häufig gar nicht merken, dass sie infiziert sind, da sie glücklicherweise nur einen milden Krankheitsverlauf haben. Die Hoffnung, durch die erstellten Hygienepläne geschützt zu sein, platzt leider wie eine Seifenblase, wenn man beobachtet, wie eng Schülerinnen und Schüler in Zügen und Bussen zusammenstehen. Dies setzt sich in überfüllten Klassenräumen mit bis zu 30 Schülerinnen und Schülern fort. Das durchgängige Tragen der Masken erschwert das gemeinsame Lernen und das propagierte Lüften als Allheilmittel stößt mit sinkenden Temperaturen auf Hemmnisse, wenn das persönliche Wohlbefinden durch die Kälte gestört ist.

Man wolle den Schülerinnen und Schülern ihr Recht auf Bildung nicht vorenthalten, lautet der Leitsatz aus dem Ministerium. Aber genau dieses Ziel verfolgen doch auch wir, die Lehrkräfte

an unseren Schulen. Wir sind jedoch der Meinung, dass es jetzt allerhöchste Zeit ist, in einen geordneten Wechselunterricht überzugehen, um einem kompletten Lockdown zuvorzukommen.

Dabei wollen wir nicht mit allen anderen Schularten in einen Topf geworfen werden, sondern wir benötigen unsere eigenen Regelungen. Wir haben nicht das Problem, dass unsere Schülerinnen und Schüler von den Eltern durchgängig betreut werden müssen, wenn sie nicht in der Schule sind. Deshalb können wir das Argument der Betreuungsproblematik nicht akzeptieren, wenn es darum geht, den kompletten Schulbetrieb in Präsenz aufrecht zu erhalten. Vielmehr benötigen die berufsbildenden Schulen dringend die Möglichkeit, die größten Gefahrenpotenziale zu entschärfen, indem ein Teil der Schülerschaft bereits jetzt im rollierenden System oder per Videoübertragung aus dem Klassensaal (hybrid) unterrichtet wird. Gleichzeitig wäre dies eine effektive Vorbereitung



Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

auf eine komplette Schulschließung, falls sie sich doch nicht vermeiden lässt.

Und nicht zuletzt geht es um die Gesundheit von uns Lehrkräften. Wir sollten von unserem Dienstherrn erwarten können, dass er uns den bestmöglichen Gesundheitsschutz gewährt. Dies erscheint jedoch zweifelhaft, wenn das Ministerium auch für die berufsbildenden Schulen an Regeln festhält, die augenscheinlich auf die Mittelstufen der allgemeinbildenden Schulen ausgerichtet sind.

### abgesagt:

#### Landesdelegiertenversammlung und Tag der kaufmännischen Schule

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es stand zu befürchten und ist jetzt leider Realität geworden: Die für den 9. November 2020 in Bingen geplante **Landesdelegiertenversammlung** konnte nicht stattfinden und den für den 8. März 2021 in Trier geplanten **Tag der kaufmännischen Schule** wird das gleiche Schicksal ereilen.

Der Landesvorstand arbeitet an einer Lösung, wie wenigstens die Listen für die BPR- und HPR-Wahlen fristgerecht aufgestellt werden können. Die Landesdelegiertenversammlung mit Neuwahl des Vorstands wird voraussichtlich im Sommer 2021 stattfinden.



## Der VLW im Gespräch mit der Ministerin

In den Räumen des Bildungsministeriums trafen sich Karl-Heinz Fuß, Jürgen Hatzfeld, Michael Lutz und Dirk Mettler mit Ministerin Dr. Stefanie Hubig, Staatssekretär Hans Beckmann sowie Abteilungsleiterin Berufsbildende Schulen Petra Jendrich. Wie nicht anders zu erwarten, drehte sich das Gespräch ausschließlich um Fragen und Probleme rund um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Schulbetrieb.

Sie erläuterte, dass die mittlerweile eingeführte Maskenpflicht ab dem 5. Schuljahr von allen Experten begrüßt würde und dass die Hygienekonzepte zu greifen schienen. Vor den Herbstferien habe es in Rheinland-Pfalz nur eine einzige nachgewiesene Übertragung des Sars-CoV-2 in Schulen gegeben. Vor diesem Hintergrund würden Schulschließungen bzw. Teilschließungen von Schulen von den zuständigen Gesundheits-

Karl-Heinz Fuß lobte ausdrücklich die enge Kommunikation, die seit Beginn der Schulschließung im März gepflegt werde und stellte klar, dass das Recht auf Bildung auch im Interesse des VLW und seiner Mitglieder liege. Eine erneute Schließung der Schulen (Szenario 3 des Hygieneplans) wolle man ebenso vermeiden. Leider sei jedoch zu beobachten, dass insbesondere die Abstandsregeln nicht überall eingehalten würden, selbst da nicht, wo es prinzipiell ginge. In voll besetzten Klassenräumen und im ÖPNV, auf den ein erheblicher Teil auch der BBS-Schüler angewiesen sei, sei daran kaum zu denken.



Im Bildungsministerium wurden die Abstandsregeln eingehalten: Dirk Mettler, Karl-Heinz Fuß, Abteilungsleiterin BBS Petra Jendrich, Ministerin Dr. Stefanie Hubig, Staatssekretär Hans Beckmann sowie Jürgen Hatzfeld erörtern die Lage an den BBSn angesichts der Covid-19-Pandemie. Auf dem Foto fehlt Michael Lutz; er hat das Foto gemacht.

Um die Forderung des VLW nach schulartspezifischen Regelungen zu begründen, verwies Karl-Heinz Fuß auf die Besonderheiten der Berufsbildenden Schule: Etwa zwei Drittel unserer Schülerinnen und Schüler seien Auszubildende mit Kontakten in Betriebe, teilweise sogar mit sehr vielen Kontakten, z. B. im Einzelhandel.

Jürgen Hatzfeld ergänzte, dass dem Gleichheitsgrundsatz zufolge Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln sei und machte geltend, dass in der Berufsschule junge Erwachsene unterwegs seien, die man anders behandeln müsse als Kinder.

Ministerin Dr. Hubig wies auf die aktuelle IZA-Studie hin, derzufolge es zum Ende der Sommerferien in den Bundesländern, in denen die Ferien bereits zu Ende waren, geringere Infektionsraten gab als in jenen Ländern, deren Ferien noch andauerten. Dieses Ergebnis spreche dafür, dass die Infektionsgefahr für Schülerinnen und Schüler in den Schulen mit ihren Hygienekonzepten geringer sei als in ihrer Freizeit.

Ministerin Dr. Hubig wies zu Beginn des Gesprächs auf die Verantwortung hin, die sie in ihrem Amt spüre. Die angesichts der steigenden Infektionszahlen immer wieder von Lehrkräften geäußerten Ängste vor einer Ansteckung mit Covid-19 nehme sie durchaus wahr. Sie stellte aber klar, dass die Entscheidung, weiterhin am Regelbetrieb festzuhalten, das Ergebnis einer Abwägung zwischen dem berechtigten Interesse der Lehrkräfte an Gesundheitsschutz einerseits und dem Recht auf Bildung der jungen Menschen andererseits sei. Die Schulschließungen im Frühjahr hätten teils massive Auswirkungen gehabt und nicht alles, was versäumt wurde, ließe sich nachholen.

ämtern mit Augenmaß angeordnet. Die neuerlichen Kontaktbeschränkungen in weiten Bereichen des öffentlichen Lebens seien vorgenommen worden, um Schulen offenhalten zu können.

Nach ihrer Auffassung gebe es für Lehrkräfte, die zu einer vulnerablen Personengruppe gehören, die Möglichkeit des Fernunterrichts von zuhause aus. So verständlich der Wunsch vieler Lehrkräfte nach maximalem Schutz auch sei, müsse man jedoch bedenken, dass die Umsetzung dieses Wunsches das Recht auf Bildung lahmlegen und zu massiven Nachteilen für sehr viele Schülerinnen und Schüler führen würde.

Auf den abrupten Kurswechsel der Gesundheitsämter bei der Anordnung von Quarantänen wies Dirk Mettler hin. Während bis vor kurzem noch grundsätzlich ganze Klassen in Quarantäne geschickt worden seien, würde jetzt oftmals noch nicht einmal der direkte Sitznachbar mit einer Quarantäne belegt. Dies sei, auch wenn es der aktuellen Empfehlung des Robert-Koch-Instituts entspreche, nicht nachzuvollziehen. Es sei zu befürchten, dass dadurch vermehrt mit Sars-CoV-2 infizierte Schülerinnen und Schüler, mit allen Gefahren, die von ihnen ausgingen, im Unterricht verblieben und – da junge Menschen nun mal sehr häufig gar keine Symptome entwickelten und nach den aktuellen Richtlinien auch nicht getestet würden – unentdeckt blieben. Diese Sorge konnte Ministerin Dr. Hubig nachvollziehen und sagte zu, dieses Problem mit dem zuständigen Ministerium zu erörtern.

Jürgen Hatzfeld ging auf die überproportionale Infektionsrate von Lehrkräften gegenüber dem Durchschnitt der Bevölkerung ein und untermauerte die Forderung nach der Ausstattung der Lehrkräfte mit Schutzmasken durch den Dienstherrn mit dessen Fürsorgepflicht. Nach Ansicht der Bildungsministerin infizierten sich Erwachsene eher außerhalb von Schulen, leider seien aber viele Lehrerzimmer Problembereiche, da die Vorschriften des Hygieneplans dort nicht mit der gleichen Sorgfalt wie in den Klassenräumen umgesetzt würden. Sie verstehe zwar die Forderung, verwies aber auf die zusätzlich 500.000 Masken, die nochmals für Schülerinnen und Schüler bereitgestellt würden. Lehrkräften sei es zuzumuten, sich selbst mit ausreichend Masken zu versorgen. [Anm. d. Red.: Inzwischen wurden doch noch 200.000 FFP2-Masken, zwei Alltagsmasken für jede Lehrkraft sowie 13.000 Face-shields für Grundschul-

lehrkräfte zur Verfügung gestellt. Das Insistieren auf unserer Forderung hat offensichtlich Wirkung gezeigt.]

Dr. Stefanie Hubig erinnerte auch nochmals an die 48 Millionen Euro, die das Land zusätzlich für Vertretungslehrkräfte bereitgestellt hat, an die 3.000 Endgeräte für Lehrkräfte, die einer Risikogruppe angehören, an die 6 Millionen Euro für Luftfilteranlagen sowie an die Endgeräte, die bundesweit allen Lehrkräften zur Verfügung gestellt werden sollen. Abschließend erklärte sie, dass ein Wechsel in Szenario 2 mit rollierendem Unterricht nicht kategorisch ausgeschlossen sei, dass die Landesregierung aber, solange es zu vertreten sei, am Regelunterricht für möglichst viele Schüler festhalten möchte.

Karl-Heinz Fuß bedankte sich für das offene und konstruktive Gespräch in wertschätzender Atmosphäre.

## Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikerinnen der SPD-Landtagsfraktion

Unter den Rahmenbedingungen einer Videokonferenz trafen sich die Landesvorstandsmitglieder Andreas Seehaus und Dirk Mettler mit den Bildungspolitikerinnen der SPD-Landtagsfraktion Bettina Brück MdL, Giorgina Kazungu-Haß MdL, Astrid Schmitt MdL sowie der Referentin Nathalie Eghbalzadeh zum turnusgemäßen Gedankenaustausch. Der Schwerpunkt des Gespräches sollte eigentlich auf dem Haushaltsentwurf für 2021 liegen, aufgrund der aktuellen Entwicklungen rund um die Covid-19-Pandemie drängten sich jedoch andere Probleme und Fragen in den Mittelpunkt.

Dirk Mettler berichtete für den VLW vom weitverbreiteten Unverständnis der Kolleginnen und Kollegen für die Beibehaltung des Regelbetriebs an den Schulen, während rundherum das öffentliche Leben massiven Einschränkungen unterliege. Aus Sicht vieler Kolleginnen

und Kollegen stelle sich die Frage, was denn noch passieren müsse, damit das im aktuellen Hygieneplan vorgesehene Szenario 2 in Kraft gesetzt würde, ganz abgesehen davon, dass auch noch ein Szenario 3 vorgesehen sei.

Was im Bereich der Berufsbildenden Schulen besonders bitter aufstoße, sei die undifferenzierte Herangehensweise an das Schulsystem. Wieder einmal würden die BBSn mit allen anderen Schularten in einen Topf geworfen, obwohl die Rahmenbedingungen gänzlich andere seien als beispielsweise an Grundschulen. Die Schülerinnen und Schüler an den BBSn seien Jugendliche und junge Erwachsene, die keiner häuslichen Betreuung mehr bedürften. Speziell in den Klassen der Berufsschule bestehe außerdem das Problem, dass die Azubildenden durch ihre Kontakte in den Ausbildungsbetrieben in beide Rich-

tungen (Betrieb – Schule und Schule – Betrieb) zur Verbreitung des Sars-CoV-2 beitragen. Ein besonderes Augenmerk sei dabei auf die medizinischen Ausbildungsberufe zu richten.

Dem wurde seitens der bildungspolitischen Sprecherin Bettina Brück entgegengehalten, dass für die Landesregierung das „Recht auf Bildung“ im Vordergrund stehe. Die Beschränkungen des öffentlichen Lebens seien ja gerade deshalb eingeführt worden, um den Schulbetrieb möglichst lange aufrecht erhalten zu können. Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Schulen keine Infektionsherde seien.

Giorgina Kazungu-Haß ergänzte, dass in der Phase der Schulschließung im März/April viele Schülerinnen und Schüler nicht erreicht worden seien. Seitens der Landesschülervertretung werde be-



klagt, dass einige Lehrkräfte ihre Schülerinnen und Schüler in den Phasen des Fernunterrichts überhaupt nicht kontaktiert hätten.

Die Vertreter des VLW missbilligten dieses Verhalten ausdrücklich, wiesen aber deutlich darauf hin, dass es sich dabei nur um Einzelfälle gehandelt habe. Andreas Seehaus ergänzte, dass in einigen Fällen die nicht vorhandene technische Ausstattung, insbesondere zu schwache Internetanbindungen, einen Fernunterricht verhindert hätten und betonte, dass die Kollegien der BBSn in der Zwischenzeit ihre digitalen Kompetenzen durch zahlreiche Fortbildungen ausgebaut hätten, sodass die Situation heute nicht mehr mit der im Frühjahr dieses Jahres vergleichbar sei. Für die Berufsschule käme noch hinzu, dass viele Auszubildende, die selbst über keine hinreichenden Anschlüsse verfügten, aus den Betrieben heraus am Fernunterricht teilnehmen könnten. Deshalb plädierte er mit Nachdruck dafür, den BBSn mehr Freiraum für individuelle Lösungen einzuräumen.

Giorgina Kazungu-Haß versicherte den VLW-Vertretern, dass ihnen die Lehrkräfte nicht egal seien. Hier handele es sich aber um eine Frage der Güterabwägung zwischen den Sicherheitsbedürfnissen der Lehrkräfte und den Bildungschancen für junge Menschen. Andreas Seehaus stellte klar, dass die Bildung junger Menschen dem VLW und seinen Mitgliedern ebenso am Herzen liege, wies aber auch auf die bestehende Fürsorgepflicht des Dienstherren für die Lehrkräfte hin.

Hinsichtlich der in Aussicht gestellten Dienst-Laptops für alle Lehrkräfte bekräftigte Dirk Mettler die Forderung des VLW, auch hier nach Schularten und innerhalb der BBSn auch nach Branchen zu differenzieren, da die Anforderungen an diese Geräte stark differierten. Eine Einheitslösung würde dazu führen, dass in vielen Bereichen die Dienstgeräte den teilweise sehr spezifischen Anforderungen nicht genügen würden. Bettina Brück verwies auf das positive Beispiel des Landkreises Bernkastel-Wittlich, der an allen in seiner Schulträgerschaft stehenden Schulen die Bedarfe abgefragt habe. Andreas Seehaus appellierte

an die Bildungspolitikerinnen, darauf zu achten, dass auch die Personalräte in den Entscheidungsprozess eingebunden werden.

Giorgina Kazungu-Haß führte aus, dass der Markt für mobile Rechner momentan sehr strapaziert sei und dass vermutlich die Lizenzen für die erforderlichen Programme teurer würden als die Rechner selbst. Sie wies darauf hin, dass die Gelder aus dem DigitalPakt 1 auch für die Anwendungsbetreuung verwendet werden dürften.

Dirk Mettler wies nochmals darauf hin, dass es mit den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln für die Erstausrüstung nicht getan sei. Vielmehr müssten sich die laufenden Kosten für Wartung und auch Ersatzanschaffungen dauerhaft im Haushalt widerspiegeln. Bettina Brück machte abschließend deutlich, dass diese Herausforderung nur vom Land und von den kommunalen Schulträgern gemeinsam geschultert werden könne.

Die VLW-Vertreter bedankten sich für das offene und konstruktive Gespräch.

## Aus den Bezirksverbänden

### Bezirksversammlung Rheinhessen wählt neue Bezirksvorsitzende



Emöke Anderlik wurde zur neuen Bezirksvorsitzenden in Rheinhessen gewählt.

unter der Sitzungsleitung von Jürgen Hatzfeld abgearbeitet. Dem Landeschatzmeister Joachim Veigel wurde nach dem Bericht des Kassenprüfers Bernhard Bohrer Entlastung und ausdrückliches Lob für seine Arbeit zuteil.

Zur neuen Bezirksvorsitzenden wurde Emöke Anderlik (BBS Worms) dann einstimmig gewählt. Frau Anderlik wohnt in Mainz und unterrichtet die Fächer BWL und Sozialkunde an der BBS Worms.

Die beiden Mitglieder des Landesvorstandes, Miriam Schmidle (BBS Worms, stellvertretende Bezirksvorsitzende) und Karl-Heinz Fuß (BBS Alzey, Beisitzer) wurden ebenso einstimmig in den Be-

zirksvorstand gewählt. Die übrigen Mitglieder des Bezirksvorstands bleiben bis zum nächsten Jahr im Amt, dann wird der komplette Bezirksvorstand neu gewählt.

Im Namen aller Anwesenden bedankte sich Michael Lutz bei Jürgen Hatzfeld, der zwei Jahre als kommissarischer Bezirksvorsitzendender die Arbeit maßgeblich verantwortet und bestimmt hat und weiterhin im Bezirksvorstand mitwirkt.

Wir wünschen der neuen Bezirksvorsitzenden und ihrem Team alles Gute und viel Erfolg bei ihrer Arbeit für den Verband und die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen!

Am 1. Oktober fand die lang erwartete Bezirksversammlung Rheinhessen in den Räumen der BBS Wirtschaft Worms statt, angesichts der Corona-Umstände unter beachtlicher Beteiligung der Schulen in Mainz, Bingen und Worms. Eine umfangreiche Tagesordnung wurde

## Nachrufe

### Der VLW trauert um Heinrich Günster, Dietrich Birke und Elisabeth Pollak.



**Heiner Günster** († 20.03.2020) war seit vielen Jahrzehnten Mitglied im VLW Rheinland-Pfalz. Er war ein hervorragender Kenner politischer Zusammenhänge und engagierte sich zeitlebens für die berufliche Bildung. Es war ihm ein besonderes Anliegen, sich dafür einzusetzen, dass gerade auch die Schwächeren in der Gesellschaft die passenden Bildungsangebote, Beratung und Unterstützung auf dem Weg von der Schule in den Beruf erhalten. Er leitete von 1996 bis 2001 die BBS im Berufsbildungswerk Neuwied und von 2011 bis 2014 die Carl-Burger-Schule BBS Mayen. Von 2001 bis 2011 war er als Referent und schließlich als Leiter des Referats 36 an der ADD-Außenstelle in Koblenz aktiv. Als kompetenter und menschlich sehr geschätzter Ansprechpartner war er ein gern gesehener Gast bei unseren VLW-Veranstaltungen und wurde landesweit bekannt. Er starb im Alter von 67 Jahren.

**Dietrich Birke** († 18.06.2020) war in seiner aktiven Zeit an der BBS Wirtschaft in Trier tätig, zuletzt als Abteilungsleiter. Für den VLW hatte er von 1968 bis 1981 den Vorsitz des



Bezirks Trier inne und vertrat den VLW viele Jahre im Bezirkspersonalrat Trier. In zahlreichen Arbeitssitzungen hat er sich damals in die Überarbeitung der damaligen Satzung des Landesverbandes eingebracht, die in Bad Kreuznach erstellt wurde. Im Jahr 2008 wurde ihm in Anerkennung seines Engagements die Ehrenmitgliedschaft im VLW Rheinland-Pfalz verliehen. Er starb im Alter von 88 Jahren.

Unser Ehrenmitglied und unsere ehemalige Kollegin **Elisabeth Pollak** ist am 22. Juli im Alter von 93 Jahren von uns gegangen. Wir verlieren mit ihr einen lieben und geschätzten Menschen, der sich mit Engagement für das berufliche Schulwesen eingesetzt hat.

Elisabeth Pollak ist als Kollegin der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler im Jahr 1975 in den VLW eingetreten. 1980 wurde sie zur Ortsvorsitzenden und bereits vier Jahre später zur Vorsitzenden des Bezirksverbands Koblenz gewählt. Dadurch war sie gleichzeitig Mitglied des VLW-Landesvorstandes. Diese Funktion übte sie bis 1998, also 14 Jahre lang aus. An ihrer Schule war sie überwiegend in den Bankfachklassen eingesetzt und zuletzt als Abteilungsleiterin



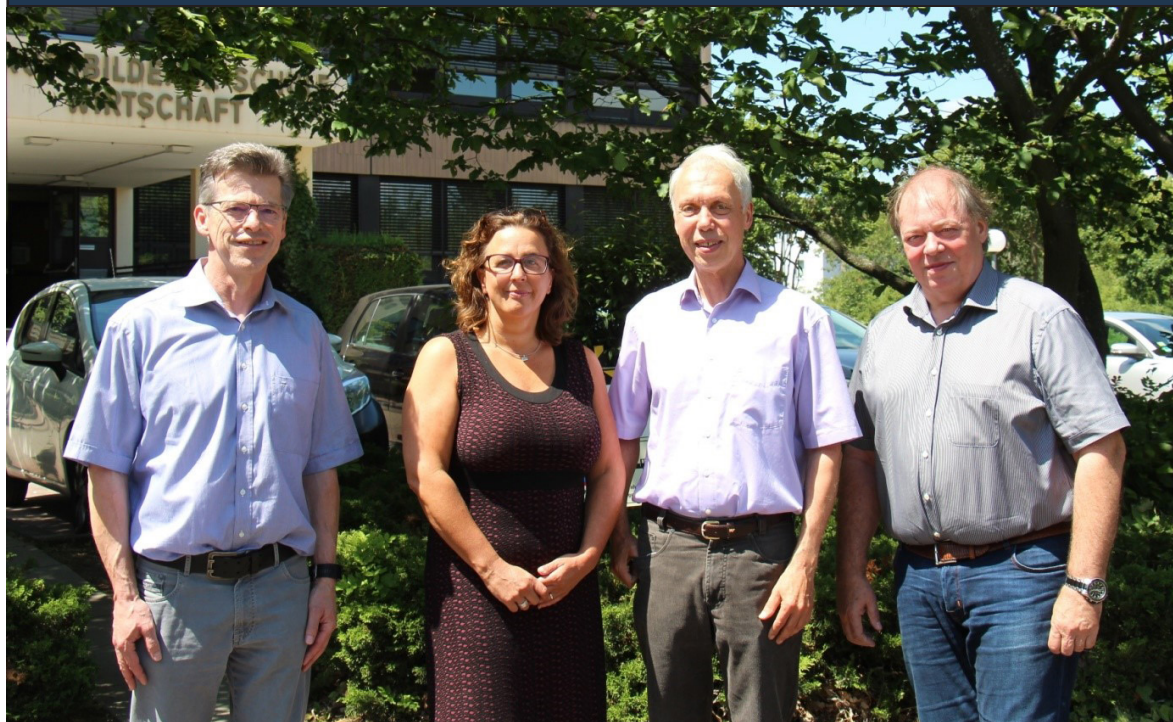
tätig. Im ganzen Land und darüber hinaus wurde sie bekannt durch ihr Engagement bei der Friedtjof-Jansen-Stiftung Ingelheim. Sie organisierte Weiterbildungen und Studienreisen, die sie selbst bis ins hohe Alter begleitete. Aufgrund ihrer Verdienste wurde Elisabeth Pollak im Jahr 2008 im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen zum VLW-Ehrenmitglied ernannt.

Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Landesvorstand war Elisabeth Pollak stets interessiert am VLW und seiner Arbeit. An VLW-Versammlungen und Tagungen hat sie bis zuletzt im März 2019 in Schloß Waldthausen persönlich teilgenommen. Sie war stets ein gern gesehener Gast. Es war für sie eine Selbstverständlichkeit, mit dem eigenen Auto anzureisen, was regelmäßig Bewunderung für ihre stabile Gesundheit auslöste.

Am 30. Juli 2020 wurde Elisabeth Pollak in ihrem Heimatort Bad Honnef würdevoll bestattet. Wir trauern mit ihren Angehörigen und werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

## Aus den Ortsverbänden

### Ortsverband Bad Kreuznach: Theo Vogt in den Ruhestand verabschiedet



Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß (l.), Ortsverbandsvorsitzende Kerstin Proksch (2. v. l.) sowie Bezirksvorsitzender Kurt Flöck (r.) würdigten Theo Vogt anlässlich seines Eintritts in den Ruhestand.

In kleiner Runde haben sich der Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß, der Bezirksvorsitzende Kurt Flöck und die Ortsverbandsvorsitzende Kerstin Proksch mit Theo Vogt an der BBS Wirtschaft in Bad Kreuznach getroffen, um in einem lockeren Gespräch seine aktive Zeit Revue passieren zu lassen.

Bereits zu Beginn seiner schulischen Laufbahn musste Theo Vogt seine Mobilität unter Beweis stellen. Nach dem Studium der Wirtschaftspädagogik in Mainz wurde er zu seiner Überraschung für das Referendariat dem Studienseminar Neuwied und der BBS Wirtschaft Koblenz als Ausbildungsschule zugewiesen. Dort hat es ihm durchaus gefallen, doch die nächste Überraschung erfolgte nach dem erfolgreich absolvierten zweiten Staatsexamen mit Zuweisung einer Stelle in Idar-Oberstein. Obwohl er sich auch dort wohlfühlte, beantragte er nach einigen Jahren aus familiären Gründen die Versetzung nach Bad Kreuznach. Dabei stellte er seine Beharrlichkeit unter Beweis, denn er musste 13

Anträge auf Versetzung stellen, bis ihm diese im Jahr 1994 schließlich gewährt wurde.

Theo Vogt war auch über die Schule hinaus aktiv, so z. B. als Geschäftsführer im Modellversuch Fachschule Informationstechnik in Rheinland-Pfalz und nach der Wiedervereinigung in der Lehrerfortbildung in Thüringen. Sein Talent blieb dem damaligen Schulleiter, Herrn Giebson, nicht verborgen, sodass ihn dieser für das Amt des ständigen Stellvertreters gewinnen konnte. Dies nahm Theo Vogt unter der Voraussetzung an, dass er den Stundenplan EDV-gestützt erstellen konnte. Bis dato waren nämlich noch meterlange Stecktafeln Usus. Dass er sich damit auf den richtigen zukunftsweisenden Weg begeben hatte, konnte er in den zurückliegenden Jahren beweisen, in denen die verfügbare EDV für die Stundenplangestaltung stetig weiterentwickelt wurde und er diese für sich und seine Schule zu nutzen verstand.

In den Jahren, in denen der VLW an der BBS Wirtschaft in Bad Kreuznach mitunter eine schwierige Zeit durchmachte, war Theo Vogt ein zuverlässiger Ansprechpartner, der die Fahne des VLW auch an stürmischen Tagen hochhielt. Neben all seinem Engagement ist der dreifache Vater auch ein Familiemensch. So will er sich im Ruhestand verstärkt seinen Enkeln widmen und auch seinem Hobby, dem Radfahren, frönen. In der Kirche möchte er bei der Erstellung des Pfarrbriefs mitwirken und wenn die Schule ihn braucht, dann sei er im Notfall auch bereit, unterstützend einzuspringen.

Zum Ende des Gesprächs dankten Karl-Heinz Fuß und Kurt Flöck Theo Vogt im Namen des VLW für seinen Einsatz für die berufliche Bildung und wünschten ihm viele glückliche und gesunde Jahre im Ruhestand. Alle Beteiligten freuen sich auf ein Wiedersehen bei einer der künftigen VLW-Veranstaltungen.

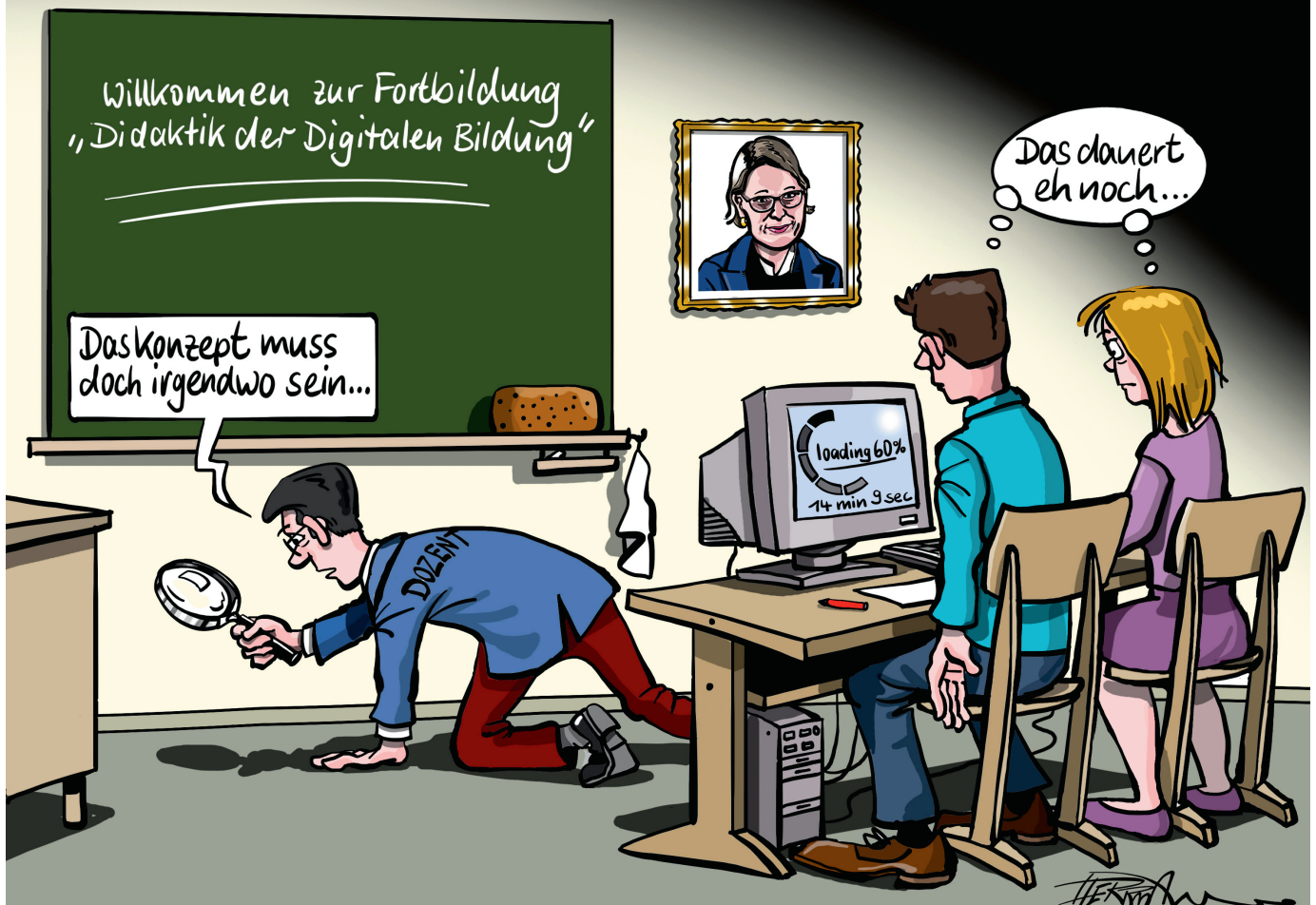


# VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer  
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 1/2021

März 2021



**Landtagswahl 2021:  
Der VLW fühlt Landtagsparteien auf den Zahn**

**Rückblick auf ein Jahr Pandemie - wie Lehrerbildung in  
Coronazeiten gelingt**

**Personalratswahl 2021**

## INHALTSVERZEICHNIS

### Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß	3
Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021	4

### Gastbeitrag

Rückblick auf ein Jahr Pandemie - wie Lehrerbildung in Coronazeiten gelingt	10
--	----

### Personalratswahl 2021

Dafür steht der VLW Rheinland-Pfalz - zehn Forderungen für eine bessere BBS	11
Die Kandidatinnen und Kandidaten des VLW Rheinland-Pfalz	12

### IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und  
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband  
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb  
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,  
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler  
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16  
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

allenthalben ist von einem Superwahljahr 2021 die Rede. Für uns Rheinland-Pfälzer stimmt das sogar, denn neben einem neuen Landtag im März und einem neuen Bundestag im September wählen wir im Mai auch neue Personalräte. Neben den Örtlichen Personalräten in den Schulen, in denen sich regelmäßig zahlreiche VLW-Mitglieder zum Wohle unserer Kolleginnen und Kollegen engagieren, werden auch ein neuer Bezirks- und ein neuer Hauptpersonalrat gewählt. Die Listen dafür mussten wir dieses Mal in einem schriftlichen Abstimmungsverfahren aufstellen, das stark an eine Briefwahl erinnert hat. Allen Organisatoren im Hintergrund und allen Delegierten, die sich daran beteiligt haben, gilt unser Dank!



Wofür wir als VLW Rheinland-Pfalz stehen und wofür wir in den kommenden Jahren kämpfen wollen und wer für diese Positionen zukünftig in den Stufenvertretungen BPR und HPR eintreten soll, präsentieren wir Ihnen in dieser Ausgabe des VLW kompakt.

Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl haben wir vier im Landtag vertretenen Parteien auf den Zahn gefühlt. Wie sich die Parteien zu unseren Anliegen positionieren, können sie in diesem Heft lesen. Leider haben Bündnis 90/Die Grünen bisher nicht geantwortet. Falls das noch geschieht, werden wir ihre Antworten auf unserer neuen Website veröffentlichen.

Sie haben richtig gelesen, wir haben eine neue Website! Unser Ehrenmitglied Heinz Werner Seyler hat aus eigenem Antrieb und mit gigantischem Engagement eine komplett neue Seite entwickelt. Dafür sagen wir ihm ein herzliches Dankeschön! Schauen Sie mal rein unter [www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de), es lohnt sich! Das gilt ebenso für den Artikel von Thomas Becker, der aus Sicht eines Fachleiters sehr gelungen darlegt, wie Lehrerausbildung unter Pandemiebedingungen gelingen kann.

**Dirk Mettler**  
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

### Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,  
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.  
Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung:  
[ruth.jakob@vlw-rlp.de](mailto:ruth.jakob@vlw-rlp.de) bzw.  
Ruth Jakob, Holzhauserstraße 27, 55411 Bingen

## Berufsbildende Schulen müssen Schritt halten können

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Die Landtagswahl steht kurz bevor, die Bundestagswahlen folgen im Herbst. Typischerweise ist dies eine Zeit, in der von den politischen Parteien jeglicher Couleur eine deutliche Verbesserung des aktuellen Zustands in Aussicht gestellt wird. Parteiübergreifend besteht Einigkeit darin, dass mehr finanzielle Mittel für Bildung eingesetzt werden müssen, um den Standort Deutschland auch in Zukunft konkurrenzfähig zu halten.

Was mir an dieser an sich begrüßenswerten Diskussion missfällt, ist die Tatsache, dass die berufliche Bildung zumeist nicht im Fokus der Debatten steht. Dies führt dazu, dass unser Ministerium bei seinen Entscheidungen regelmäßig die allgemeinbildenden Schularten in den Blick nimmt und die dort passenden Regelungen auf den BBS-Bereich zu übertragen versucht. Damit kann man den berufsbildenden Schulen mit ihrer Vielfalt an Bildungsgängen, vom BVJ bis zum beruflichen Gymnasium, von der Berufsschule bis hin zu den Fachschulen, jedoch nicht gerecht werden.

Deutlich sichtbar wird dies bei der Umsetzung des Digitalpakts, bei der in vielen Städten und Kommunen die berufsbildenden hinter den allgemeinbildenden Schulen mit dem Hinweis eingereicht werden, sie seien ja bereits gut mit digitalen Geräten versorgt. Von der Grundschule an aufwärts sollen die Schulen zunächst bedient werden, damit die Schülerinnen und Schüler von der Pike auf während ihrer kompletten Schullaufbahn mit digitalen Geräten und Medien arbeiten und lernen. Dass bei dieser Vorgehensweise für die berufsbildenden Schulen viele wertvolle Jahre verstreichen, wird fatalerweise ausgeblendet.

Ein weiteres Beispiel ist die Nutzung von BigBlueButton und Moodle, die allen Schularten gleichermaßen vorgeschrieben werden soll. In der Konsequenz will das Ministerium spätestens zum Schuljahresende die Nutzung von frei am Markt verfügbaren Programmen wie MS Teams, Google-Classroom etc. auch an BBSn verbieten. Dabei wird jedoch verkannt, dass die berufsbildenden Schulen eng mit den Ausbildungsbetrieben zusammenarbeiten und dort selbstverständlich überwiegend mit solch hochentwickelter Software gearbeitet wird. Das Argument, die am Markt angebotenen Programme seien zu teuer, zieht nicht, denn für die Betreuung und Pflege von BigBlueButton und Moodle muss ebenfalls viel Geld aus öffentlichen Kassen in die Hand genommen werden. Was bleibt, ist der Verweis auf Probleme mit dem Datenschutz bei Anbietern, deren Server in den USA oder dem außereuropäischen Ausland stehen.

Doch auch dafür gibt es eine Lösung, wenn man nur will. Der VLW fordert von



Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

den politisch Verantwortlichen, über entsprechenden Vertragsvereinbarungen die Nutzung dieser Programme für die Schulen möglich zu machen. Für den Beruf qualifizieren bedeutet, dass unsere Schülerinnen und Schüler mit den digitalen Systemen lernen und arbeiten, die sie auch an ihrem Arbeitsplatz vorfinden.

Die Zukunft unseres international anerkannten Systems der dualen Berufsausbildung wird unter anderem davon abhängen, ob es uns gelingt, auch in diesem Punkt mit den Belangen der ausbildenden Wirtschaft Schritt zu halten.

## Die Berufsbildner wählen!

Wir kämpfen für eine starke BBS!





## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

### Wahlprüfstein 1: Sicherung der Berufsbildenden Schulen

Ausbildung im dualen System erfolgt in Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen. Im größtenteils ländlich geprägten Rheinland-Pfalz ist die Erreichbarkeit einer Berufsschule eine wichtige Voraussetzung für Ausbildungsplätze.

**Durch welche Maßnahmen wollen Sie den Erhalt der Berufsbildenden Schulen insbesondere in den ländlichen Gebieten sicherstellen?**

**SPD:** Wir setzen uns weiterhin für die Stärkung der Berufsbildenden Schulen, gerade in der Fläche, ein. Mit dem Schulversuch BS 20 ist der wichtige und richtige Weg der nachhaltigen Schulentwicklung eingeschlagen. Die vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen für Berufsbildende Schulen in der Fläche wollen wir durch pädagogische, organisatorische und technische Ansätze weiter vorantreiben und so der Verlagerung von Ausbildungsangeboten entgegenwirken. Daneben suchen wir den engen, institutionalisierten Austausch mit den Kammern und der Wirtschaft, um einen Rückgang von Ausbildungsplätzen vorausschauend zu verhindern und zukunftsfeste, tragfähige Lösungen zu finden. Wir betonen in der Berufs- und Studienorientierung die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung, werben in allen Schularten für die duale Ausbildung und die Wahlschulbildungsgänge der BBS und streben Kooperationen mit der Wirtschaft an.

**CDU:** RLP ist ein Flächenland und berufliche Bildung darf nicht nur in den Ballungszentren gewährleistet sein. Fachverwandte Klassen in einzelnen Fächern zusammenzulegen, um Klassenschließungen zu vermeiden, kann daher ein Weg sein, um Angebote in ländlichen Räumen zu halten.

**FDP:** Es ist im Hinblick auf die ländlichen Räume und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz wichtig, dass Schul- und Ausbildungsplätze im ganzen Land und

möglichst wohnortnah zur Verfügung stehen. Wir wollen die Kriterien für die Festlegung von Ausbildungsstandorten verändern, sodass im ländlichen Raum weiterhin eine flächendeckende und vielfältige Ausbildung an Berufsbildenden Schulen möglich ist. Wir Freien Demokraten wollen die Verzahnung zwischen Unternehmen, Hochschulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen und weiteren Institutionen weiter stärken, um Synergien und Mehrwerte für alle zu schaffen. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen sollen eingebunden werden, um die Abschlüsse von Ausbildungsverträgen zu erhöhen.

Die Freien Demokraten Rheinland-Pfalz setzen sich für eine qualitative Verbesserung des ÖPNV ein. Dazu gehört, dass Bus und Bahn besser miteinander

verknüpft sowie Fahrpläne aufeinander abgestimmt werden. Gleichzeitig wollen wir das ÖPNV-Netz ausbauen und damit dafür sorgen, dass der Bus dort öfter fährt, wo er gebraucht wird. Dies betrifft insbesondere den ländlichen Raum.

*Bündnis 90/Die Grünen haben es leider nicht rechtzeitig geschafft, uns ihre Antworten auf unsere Wahlprüfsteine zu liefern. Sollten diese noch kommen, werden wir sie auf unserer Internet-Seite [www.vlw-rlp.de](http://www.vlw-rlp.de) veröffentlichen.*

**Die Position des VLW:** BBSn zeichnen sich durch eine einzigartige Verknüpfung von Teilzeit- und Vollzeitangeboten aus, die gegenseitig voneinander profitieren. Zur Sicherung der BBSn sollten überflüssige Konkurrenzangebote beseitigt statt ausgebaut werden. Die Quantität des Angebots sagt nichts über dessen Qualität aus! Wo nicht (mehr) ausgebildet wird, fehlen zukünftig qualifizierte Arbeitskräfte, worunter die gesamte Wirtschaftsstruktur leidet.

### Wahlprüfstein 2: Digitalisierung

Mit den DigitalPakten hat der Bund große finanzielle Anstrengungen unternommen, um die technischen Voraussetzungen für einen zeitgemäßen Unterricht unter Einbeziehung der digitalen Medien zu ermöglichen. Was noch fehlt, sind pädagogische Konzepte, um diese Medien sachgerecht und effizient in den Unterricht zu integrieren sowie entsprechende Fortbildungen für die Lehrkräfte.

**Welche Maßnahmen planen Sie, um diese Entwicklung zu fördern und in die richtigen Bahnen zu lenken?**

**SPD:** Die Corona-Pandemie hat der digitalen Bildung enormen Aufschwung gegeben. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Mittel aus dem DigitalPakt vollständig den Schulen zugutekommen. Digitale Bildung bedeutet jedoch mehr als die Bereitstellung von Technik und muss auch als pädagogisches Konzept gedacht werden. Wir verfolgen dabei eine Gesamtstrategie von der Kita bis

zum Schulabschluss. Die Vermittlung von Medienkompetenz gehört dabei in unseren Schulen selbstverständlich dazu. Dafür wollen wir unser Programm „Medienkompetenz macht Schule“ zu einem Landesprogramm „Digitale Schule“ weiterentwickeln. Auch die Lehrkräfte wollen wir dabei mitdenken und Fort- und Weiterbildungen gezielt ausbauen. Wir schaffen die Voraussetzun-

gen dafür, dass die digitalen Möglichkeiten an die pädagogische Gestaltung des Unterrichts angepasst werden. Digitale Bildungsangebote sollen genutzt werden, um selbstbestimmtes Lernen zu ermöglichen und den Kindern die besten Voraussetzungen für ihren weiteren beruflichen Lebensweg mitzugeben.

**CDU:** Wir sehen höchste Priorität in der Herstellung einer guten Digitalinfrastruktur. Gerade unsere berufsbildenden Schulen müssen adäquat zu den Anforderungen ihrer Schüler ausgestattet werden. Damit einhergehend bedarf es auch entsprechender Fortbildungsangebote für Lehrkräfte. Nur wer auf dem neusten Stand der Technik lernt, ist fit für die Wirtschaft. Wir sehen auch in den digitalen Lernfabriken, wie sie bereits in Baden-Württemberg erfolgreich umgesetzt werden, eine große Chance für RLP.

**FDP:** Wir Freien Demokraten streben die Einrichtung eines Zentrums für digitale Berufsbildung an. Aufgabe dieses Zentrums ist die Beratung von Berufsschulen und ausbildenden Betrieben in der Konzeption und Umsetzung digitaler Ausbildungsangebote, vom zielgerichteten Einsatz digitaler Lernmittel, bis hin zur Konzeption neuer Ausbildungsmodule einer digitalisierten Arbeitswelt. Durch eine verstärkte Vernetzung zwischen den Unternehmen, den Kammern und den Schulen sollen die digitalen Ausbildungsangebote aktiv weiterentwickelt werden.

Eine Stärkung der Berufsbildenden Schulen ist weiterhin unerlässlich. Sei es durch eine bestmögliche Personalausstattung, passgenaue Technik und Raumangebote oder den Ausbau der Nutzung von webbasierten Unterrichtsformaten. Gerade für dünn besiedelte ländliche Regionen wollen wir Präsenzunterricht durch onlinegestützte Lerngruppen ergänzen.

**Die Position des VLW:** Wir fordern die Entwicklung schulübergreifender pädagogischer Konzepte zur Einbindung der Technik, die Integration entsprechender Lerninhalte in die Lehrpläne und ein mas-

siv ausgeweitetes Fortbildungsangebot für die BBS-Lehrkräfte. Die finanziellen Mittel dafür sind im wahrsten Sinne des Wortes Investitionen in die Zukunft!

### Wahlprüfstein 3: Besonderheiten der Berufsbildenden Schulen

Bei vielen bildungspolitischen Entscheidungen wird keine Rücksicht auf die Besonderheiten des BBS-Systems genommen. Das ist zuletzt bei vielen Maßnahmen anlässlich der Covid-19-Pandemie wieder deutlich geworden.

**Wie wollen Sie sicherstellen, dass die spezifischen Belange der BBS zukünftig angemessen berücksichtigt werden?**

**SPD:** Die Berufsbildenden Schulen sind eine unverzichtbare, tragende Säule des rheinland-pfälzischen Bildungssystems. Wohlwissend um den Wert und die Komplexität des BBS-Systems wollen wir deshalb auch mit Blick auf die Pandemiesituation weiterhin gerade den Berufsbildenden Schulen die größtmögliche Flexibilität hinsichtlich der Unterrichtsorganisation (Fernunterricht, Wechselunterricht) gewähren. Wir werden die Berufsbildenden Schulen weiterhin stärken und das eigenverantwortliche Arbeiten unterstützen, um vor Ort passgenau und flexibel agieren zu können, mit einem eigenen Budget und mit Unterstützung, z.B. durch das Pädagogische Landesinstitut, wo gewünscht. Außerdem werden wir ein besonderes Augenmerk auf die jeweils erforderliche digitale Ausstattung legen. Den besonderen digitalen Bedarf der berufsbildenden Schulen werden wir bei der digitalen Ausstattung berücksichtigen und flächendeckend digitalisieren. Digitale berufliche Lernzentren wollen wir dafür an den berufsbildenden Schulen ausbauen und digitale berufliche Kompetenzzentren als Multiplikatoren immer weiter in die Fläche bringen.

**CDU:** Wenn bisher keine Rücksicht auf die Besonderheiten des BBS-Systems genommen wurde, dann ist dies Ausdruck mangelnder Wertschätzung. Das wird die CDU ändern.

**FDP:** Berufsbildende Schulen bieten ein breites Spektrum an Wegen, je nach individuellem Interesse und persönlichen Zielen, in Vollzeitschulformen oder im Rahmen einer dualen Berufsausbildung die ersten Schritte in die Arbeitswelt zu gehen und die unterschiedlichsten anerkannten Abschlüsse zu erreichen. Mit ihren Stärken – der Vielfalt an Schulformen und Abschlüssen sowie der Kombination von Allgemeinbildung und berufsbezogener Expertise – ist die berufsbildende Schule ein exzellentes Angebot, dass es zu erhalten und zu fördern gilt. Eine Schlechterstellung der beruflichen Bildung und damit der Berufsschullehrerinnen und -lehrer lehnt die FDP Rheinland-Pfalz ab.

**Die Position des VLW:** Wir haben ein breit gefächertes Schulsystem, das unterschiedliche Angebote für unterschiedliche Bedarfe bereithält. Da bringt es nichts, alle Schularten unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung über einen Kamm zu scheren. Wir brauchen bildungspolitische Ansätze, die auf die jeweiligen Bedürfnisse der verschiedenen Schularten zugeschnitten sind. Ein erster Schritt wäre die Anerkennung der BBSn als Ganztagschulen – was sie de facto längst sind! – mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

### Wahlprüfstein 4: Nachwuchsgewinnung

Einer von der Bertelsmann-Stiftung 2018 veröffentlichten Studie des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm zufolge wird der Einstellungsbedarf an Lehrkräften an den Berufsbildenden Schulen bis 2035 um 84 % steigen (verglichen mit 2021). Mit den aktuellen Studentenzahlen für das Lehramt an BBS wird sich dieser Bedarf auf absehbare Zeit nicht decken lassen.

**Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dieser Entwicklung begegnen?**

**SPD:** Da Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebildet und eingestellt hat und dies auch weiter fortführen wird, sehen wir uns für die Zukunft grundsätzlich gut gerüstet. Allerdings gibt es auch bei uns, wie in anderen Bundesländern auch, einen Bedarf an BBS-Lehrkräften in den beruflichen Fächern. Unser Ziel ist es, Menschen langfristig für den Beruf des Lehrers an beruflichen Schulen zu gewinnen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Deshalb wollen wir auch weiter für die Ausbildung von Lehrkräften im Bereich der Mangelfächer werben und diese bekannter machen, um die vielfältigen Möglichkeiten in diesem Bereich darzustellen. Wir wollen an Quer- und Seiteneinsteigermöglichkeiten festhalten,

den Berufsbildenden Schulen Spielraum geben, um eigenverantwortlich Lehrpersonal rekrutieren zu können und mit innovativen Studienmodellen mehr BBS-Lehrkräfte ausbilden.

**CDU:** Wir setzen auf ein Anreizsystem im Bereich der Mangelfächer. Mit bspw. einem Stipendiensystem oder zeitlich befristete Zulagen oder aber auch der Anerkennung von Arbeits Erfahrung außerhalb des Schuldiensts können hier motivierte neue Lehrkräfte gewonnen werden. Zusätzlich muss bei den Abiturientinnen und Abiturienten für dieses Studium geworben werden.

**FDP:** Die FDP Rheinland-Pfalz fordert eine Stärkung der beruflichen Bildung

in Rheinland-Pfalz. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Laufbahnen und Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass sie jungen Menschen eine echte Perspektive bieten.

Wir Freien Demokraten wollen Quereinsteiger aus der beruflichen Praxis ins Lehramt an berufsbildenden Schulen holen. Dafür wollen wir Weiterbildungsmodulare flexibilisieren.

**Die Position des VLW:** Der einzige Weg führt unseres Erachtens über die Attraktivität des BBS-Lehramts. Das fängt mit der Bezahlung an, und führt über die Aufstiegsmöglichkeiten bis zu den Rahmenbedingungen (siehe Arbeitszeit der Lehrkräfte). Marketingmaßnahmen allein helfen da nicht weiter!

### Wahlprüfstein 5: Arbeitszeit der Lehrkräfte

Zur Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte kommen außerunterrichtliche Aufgaben, wie Unterrichtsvorbereitung, Korrekturen, Teambesprechungen mit Kollegen, Gespräche mit Ausbildern und Eltern, Beratungsgespräche, Konferenzen, Unterrichtsentwicklung, Qualitätssicherung etc., hinzu. Die Liste wird immer länger, sodass die zeitliche Belastung in den letzten Jahren enorm angewachsen ist.

**Welche Maßnahmen planen Sie, um einer Überlastung der Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen entgegenzuwirken?**

**SPD:** Wir haben schon jetzt in Rheinland-Pfalz mit die geringste Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte im bundesweiten Vergleich. Über weitere Schritte werden wir bei entsprechenden Spielräumen entscheiden. Auch unterstützen wir die Altersteilzeit, um Lehrkräften, die dies wünschen, diese Möglichkeit der Entlastung zu geben. Schulen mit besonderen Herausforderungen wollen wir darüber hinaus mit mehr Lehrkräften, festen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie zusätzlichen Leitungsstunden für Schulleiterinnen und Schulleiter unterstützen. Um die Schulen dauerhaft zu stärken, setzen wir auf multiprofes-

sionelle Teams und werden zusätzliche Planstellen schaffen.

**CDU:** Die Dokumentation und andere Aufgaben, die nicht zur Lehre gehören (z.B. IT-Betreuung), nehmen zu. Mit einer Reduzierung der Dokumentationspflicht sowie der Einstellung von EDV-Fachkräften durch die Schulträger schaffen wir den Lehrkräften mehr Raum, sich wieder auf die Kernaufgaben zu konzentrieren.

**FDP:** Durch mehr Personal wollen wir die Arbeitsbelastung für die Lehrerinnen und Lehrer begrenzen. Selbstverständlich muss auch die außerunterrichtliche

Arbeitszeit angemessen in der Gesamtarbeitszeit berücksichtigt werden und es ist Aufgabe der Tarifpartner, dafür zu sorgen, dass die außerunterrichtliche Arbeitszeit nicht zu einer Form der unentgeltlichen Arbeit wird.

**Die Position des VLW:** Wir sehen zwei Möglichkeiten: Entweder wird die Unterrichtsverpflichtung spürbar gesenkt (unsere Forderung: Absenkung auf 21 Wochenstunden), oder die außerunterrichtlichen Aufgaben werden entschlackt, indem Schaufensterprojekte, die wenig Ertrag bei hohem Aufwand bringen, eingestellt und Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.



## Wahlprüfstein 6: Belastungsausgleich

In Zeiten des Fern- bzw. Wechselunterrichts sind viele Kolleginnen und Kollegen bis an ihre Belastungsgrenze, einige auch darüber hinaus gegangen, um die Unterrichtsversorgung ihrer Schüler sicherzustellen und um zu verhindern, dass diese zu Verlierern der Covid-19-Pandemie werden.

**Wie wollen Sie für einen fairen und angemessenen Belastungsausgleich sorgen?**

**SPD:** Diese Pandemie verlangt sehr vielen Menschen in sehr vielen Bereichen das Äußerste ab und unsere Gesellschaft wird hier auf die Probe gestellt. Nicht nur wir, sondern unsere Kinder, Enkel, Urenkel und folgende Generationen werden die Kosten dieser Pandemie tragen müssen.

Lehrkräfte leisten in der Pandemie Herausragendes und sind zentral für die Gewährleistung des Rechts auf Bildung unserer Kinder. Es ist richtig, die pandemiebedingten Ausfälle auch finanziell zu fördern sind. Wir haben uns deshalb als regierungstragende Fraktion im Landtag dafür eingesetzt, dass mit dem Nachtragshaushalt 15 Millionen Euro und dem Sondervermögensgesetz weitere 25 Millionen Euro für den Abschluss befristeter Verträge an Schulen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Damit kann flexibel reagiert werden, wenn aufgrund von Corona zusätzlicher Vertretungsbedarf an den Schulen entsteht. Insgesamt stehen zusätzlich 48 Millionen Euro zur Kompensation pandemiebedingter Ausfälle zur Verfügung. Dies gilt unter anderem für den Ausfall von Lehrkräften in Risikogruppen oder erhöhten Planungs- und Organisationsaufwand.

Davon abgesehen wollen wir weiterhin Belastungen für Lehrkräfte minimieren, indem wir beispielsweise Unterstützungsangebote über das Institut für Lehrgesundheit und das Pädagogische Landesinstitut bereithalten.

**CDU:** Wir wertschätzen die außerordentlichen Leistungen der Lehrkräfte, die sie aufgrund von Corona zusätzlich leisten, sehr und wollen die Möglichkei-

ten von Anrechnungsstunden überprüfen. Für die Zukunft ist es unerlässlich, dass jede Lehrkraft über ein dienstliches Endgerät verfügt. In diesem Zusammenhang sind vermehrte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte unerlässlich, um sie für Homeschooling, Hybrid- und Fernunterricht fit zu machen. Zur Steigerung der Attraktivität gehört für uns auch eine Besoldungsstruktur, die im Ländervergleich wettbewerbsfähig ist.

**FDP:** Wir halten es für wichtig, dass die Politik die Rahmenbedingungen so setzt, dass es den Tarifparteien mög-

lich ist, die Laufbahnen so zu gestalten, dass sie auch eine attraktive Perspektive bieten. Gleichzeitig stehen wir zu dem Grundsatz der Tarifautonomie und vertrauen darauf, dass die Tarifparteien in den Tarifverhandlungen Ihrer Verantwortung für ihren Zuständigkeitsbereich gerecht werden. Gerade in Bezug auf die künftige Ausgestaltung der Laufbahnen und des Berufsbildes ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Tarifparteien unerlässlich.

**Die Position des VLW:** Analog zur Zwangsansparstunde sollten die Kolleginnen und Kollegen ein Arbeitszeitgut haben (unser Vorschlag: 8 Wochenstunden bei voller Stelle) erhalten, das sie individuell und entsprechend den Möglichkeiten der jeweiligen Einsatzschule über die nächsten Jahre verteilt abrufen können, auf Wunsch auch geblockt am Ende der Dienstzeit.

## Wahlprüfstein 7: Altersteilzeit

Die Altersteilzeit ermöglicht einen flexiblen Übergang vom aktiven Dienst in den Ruhestand und wird von vielen Lehrkräften genutzt. Zusätzlich kann sie helfen, Pensionierungen aufgrund von Dienstunfähigkeit zu vermeiden.

**Befürworten Sie eine Fortführung der Altersteilzeit für Lehrkräfte und wenn ja, zu welchen Bedingungen?**

**SPD:** Lehrerinnen und Lehrer leisten hervorragende, aber auch anstrengende Arbeit. Wir erkennen ihr großes Engagement und ihre Leistung an und wollen die Altersteilzeit für Lehrkräfte fortführen, da dies eine entscheidende Entlastung für Geleistetes darstellt.

**CDU:** Wir sind der Ansicht, dass sich das derzeitige System bewährt hat. Deshalb möchten wir im Falle einer Regierungsbeteiligung daran festhalten.

**FDP:** Wir wollen attraktive Laufbahnen für die Lehrkräfte an den rheinland-pfälzischen Berufsschulen, eine angemessene Altersversorgung gehört unbedingt dazu. Wir erwarten von den Tarifparteien, dass sie im Rahmen der Tarifver-

handlungen auch für diesen Bereich zu einem guten Kompromiss gelangen, welcher den Anliegen der Beschäftigten Rechnung trägt.

**Die Position des VLW:** Wir befürworten ganz klar eine Fortführung des Angebots zur Altersteilzeit für Lehrkräfte, und zwar zu den Bedingungen, die vor den Sparmaßnahmen der letzten Jahre gegolten haben!

**Die Berufsbildner wählen!**

**Wir kämpfen für eine starke BBS!**



### Wahlprüfstein 8: Unterrichtsversorgung

An den BBSn herrscht seit vielen Jahren ein Lehrermangel. Nach Berücksichtigung von real gehaltenen Vertretungsstunden ist an den BBSn nach wie vor der höchste Unterrichtsausfall aller Schularten zu beklagen. Viele in den Stundentafeln vorgesehene und pädagogisch oder organisatorisch notwendigen Teilungen können deshalb nicht verwirklicht werden.

**Welche Maßnahmen wollen Sie zur Sicherstellung einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung ergreifen?**

**SPD:** Wir haben uns stark gemacht für die beste Unterrichtsversorgung in der Geschichte des Landes und werden dies auch weiterhin tun. Rheinland-Pfalz hatte noch nie so eine gute Unterrichtsversorgung wie jetzt – das gilt gerade auch für die Berufsbildenden Schulen. Insgesamt wurden im Haushalt 2021 378 neue Stellen geschaffen, insgesamt mehr als 1.000 in dieser Wahlperiode. Allein für die Unterrichtsversorgung stehen knapp zweieinhalb Milliarden Euro im Haushaltsplan 2021. Diese Prioritätensetzung wollen wir beibehalten und haben die Berufsbildenden Schulen dabei fest im Blick. Eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent wird bei uns ab 2022 die Regel. Dazu werden wir auch den Vertretungspool immer weiter ausbauen und die Vermeidung von kurzfristigem Unterrichtsausfall weiterentwickeln.

Gerade bei der Vielzahl der berufsbezogenen Fächer bleibt es eine Herausforderung, die jeweiligen Fachlehrerinnen und -lehrer zu finden. Das ist ein bundesweites Phänomen. Wir werden daher die bereits ergriffenen Maßnahmen (z.B. die Verbesserung der Studierbarkeit benötigter Bedarfsfächer, die Ausweitung des Seiten- und Quereinsteigerprogramms, breite Werbung für den Beruf, mehr Selbstständigkeit für die BBS) intensivieren und weiterentwickeln, um mehr Lehrkräfte mit beruflichen Fächern (insbesondere in den beruflichen Fächern Elektrotechnik, Gesundheit, Informatik, Informationstechnik, Metalltechnik, Sozialpädagogik, Wirtschaft und Mathematik) zu akquirieren.

**CDU:** Wir wollen grundsätzlich mehr Lehrkräfte einstellen. Unser Ziel ist die 105 %-ige Lehrerversorgung.

**FDP:** Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass der bereits eingeschlagene Weg, an allen Schularten mindestens eine 100 prozentige Unterrichtsversorgung sicherzustellen, beibehalten wird. Um so viel Lernzeit wie nötig und so wenig Unterrichtsausfall wie möglich zu gewährleisten, werden wir durch

digitale Lehr- und Lernmethoden, individuelle und projektbasierte Lernformen, gute Lehrerversorgung und Teams eine Unterrichtsversorgung herstellen, die einer 105 prozentigen Versorgung entspricht. Auf den Lehrer und die Lehrerin kommt es an.

**Die Position des VLW:** Schönrechnerei bringt nichts. An einer massiven Erhöhung der Planstellen führt kein Weg vorbei. Ziel muss eine nominell 105 %-ige Versorgung sein, um den Ausfall von Lehrkräften durch Fortbildung, Krankheit etc. durch qualifizierten Vertretungsunterricht auffangen zu können. Dazu ist es dringend erforderlich, sich verstärkt um den Nachwuchs an BBS-Lehrkräften zu bemühen (vgl. Wahlprüfstein 4).

### Wahlprüfstein 9: Schulstrukturreform 2009

Als einziges Bundesland führt Rheinland-Pfalz die Fachoberschule im organisatorischen Verbund mit einer Realschule plus, obwohl es sich um eine Schulform der Berufsbildenden Schule handelt. Dies führt zu Verwerfungen, wie bspw. der Abordnung von BBS-Lehrkräften an RS plus, um dort die Unterrichtsversorgung mit für den Sek-II-Bereich qualifizierten Lehrkräften sicherzustellen.

**Welche Maßnahmen planen Sie, um diesen Missstand zu beheben?**

**SPD:** Die Fachoberschule im organisatorischen Verbund mit Realschulen plus ist eine wichtige Säule im rheinland-pfälzischen Bildungsangebot. Schülerinnen und Schüler sammeln Erfahrungen im schulischen Bereich, schließen nach Erwerb der Fachhochschulreife häufig eine duale Ausbildung an oder besuchen die auf die Fachhochschulreife aufbauenden Bildungsgänge der BBS. Die Versorgung mit Lehrkräften geschieht in enger Absprache der Beteiligten mit der Schulaufsicht. Die Fachoberschule eröffnet zusätzliche Einstellungschancen für BBS-Lehrkräfte.

**CDU:** Es wäre wichtig, das vielfältige Angebot der Berufsbildenden Schulen bekannter zu machen. Daher sollte es

frühzeitig auch schon Eltern von Grundschulkindern im Rahmen der Information über die schulischen Anschlusswege zur Kenntnis gebracht werden.

Die **FDP** hat diesen Wahlprüfstein im Zusammenhang mit Wahlprüfstein 3 (Besonderheiten der BBS) beantwortet.

**Die Position des VLW:** Die Fehlallokation der FOS an der RS plus muss beendet werden. Die FOS ist eine Schulform der BBS und muss auch hier angesiedelt werden. Hier gibt es auch die qualifizierten Sek. II-Lehrkräfte für einen qualitativ hochwertigen Unterricht in allen Fächern!

## Wahlprüfstein 10: Leistungsförderung

Seit Jahren wird sowohl von Ausbildungsbetrieben als auch von Hochschulen beklagt, dass Auszubildende und Studenten trotz guter Noten in den Abschlusszeugnissen nicht über die notwendigen Kenntnisse verfügen, um eine Ausbildung bzw. ein Studium erfolgreich zu absolvieren. Auch in den BBSn wird seit Jahren beklagt, dass zunehmend mehr Schüler die Eingangsvoraussetzungen tatsächlich nicht erfüllen, obwohl von den Zubringerschulen entsprechende Leistungen bescheinigt werden.

**Wie gedenken Sie, den Abwärtstrend in der rheinland-pfälzischen Bildung zu stoppen und sicherzustellen, dass künftige Absolventen rheinland-pfälzischer Schulen den Herausforderungen einer zunehmend komplexer werdenden Arbeitswelt gewachsen sind?**

**SPD:** Alle Schülerinnen und Schüler sollen die Kenntnisse und Kompetenzen haben, die ihnen bescheinigt werden – und die sie für ein erfolgreiches Leben nach der Schule brauchen. Wir setzen uns für ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot ein, das der Heterogenität der Schülerinnen und Schüler gerecht wird und es erlaubt, sie individuell bestmöglich zu fördern. Schülerinnen und Schülern, die hier besondere Unterstützung benötigen, wollen wir zusätzliche Bildungsangebote machen, um pandemiebedingte Lernrückstände aufholen zu können.

Eine der besonderen Herausforderungen an den berufsbildenden Schulen ist, dass innerhalb von Klassen oft besonders differenziert werden muss, um berufsspezifische Inhalte zu behandeln. Deshalb setzen wir uns für eine bestmögliche strukturelle Unterrichtsversorgung ein, die neben dem Raum für den Pflichtunterricht zusätzliche Förder- und Differenzierungsangebote erlaubt.

**CDU:** Hierzu bedarf es verschiedener Ansätze. Die Bildungsqualität und das sichere Beherrschen von Grundkenntnissen muss von Schulbeginn an wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Es bedarf häufig persönlicher Unterstützung auch durch verstärkte Schulsozialarbeit. Im Bereich der Berufsbildenden Schulen müssen zudem Ausstattung und Lernumgebung an die künftigen Herausforderungen der Berufswelt angepasst werden.

**FDP:** Für Freie Demokratinnen und Demokraten ist Bildung ein Bürgerrecht. Jede Schulform wird von uns gleichbehandelt. Wir wollen das Aufstiegsversprechen und Bildungsgerechtigkeit ins Zentrum stellen. Wir werden weiter konsequent daran arbeiten, für jedes Kind die beste Bildung anzubieten. Wir werden Konzepte in Schulen ermöglichen, durch die Schülerinnen und Schüler anhand ihrer individuellen Begabungen fachliche Schwerpunkte bilden können. Dafür brauchen wir solche Lehrkräfte, die für unsere Kinder bestmögliche kind- und jugendgerechte Lernumgebungen bereitstellen, in denen die freie Entfaltung der Talente im Vordergrund steht. Um die Schülerinnen und Schüler auf die komplexe (digitale) Arbeitswelt vorzubereiten, braucht es auch eine moder-

ne und digitale Ausstattung. Sämtliche Schulen sollen umgehend an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Zudem muss jede Lehrkraft in die Lage versetzt werden, die digitalen Angebote sinnvoll im eigenen fachlichen Kontext einzusetzen. Dazu wollen wir das Fortbildungsangebot qualitativ und quantitativ ausbauen.

**Die Position des VLW: Die Bildungsstandards in den Zubringerschulen (Gymnasien, RS plus, IGS) müssen gewährleistet werden, um die geforderte Ausbildungs- bzw. Studierfähigkeit sicherzustellen. Eine Möglichkeit dazu wären z. B. Abschlussprüfungen zur Erlangung eines Berufsreife- bzw. qualifizierten Sek. I-Abschlusses!**

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit den Wahlprüfsteinen haben wir Ihnen die nach unserer Auffassung zehn wichtigsten Themen präsentiert, die aktuell bzw. in den nächsten Jahren anstehen. Wir haben vier Landtagsparteien (von denen leider nur drei geantwortet haben) darum gebeten, zu diesen Themen Position zu beziehen. Die Zusammenstellung soll Ihnen eine Orientierungshilfe für die anstehende Landtagswahl am 14. März geben. Einer Kommentierung der Äußerungen haben wir uns bewusst enthalten, weil wir satzungsgemäß parteipolitisch neutral bleiben wollen. Gleichwohl haben wir auch jeweils unsere Position dargelegt, die wir verfasst haben, bevor uns Antworten der Parteien vorlagen. Wir würden sie heute allerdings immer noch genauso formulieren.

Da nach der Landtagswahl auch noch Personalratswahlen anstehen (3. bis 7. Mai), haben wir unsere Positionen zu einem Wahlprogramm zusammengefasst, welches wir Ihnen auf Seite 11 nochmals als Komplettübersicht präsentieren. Bitte unterstützen Sie uns bei den Wahlen zum Bezirks- und zum Hauptpersonalrat durch Ihre Stimme, und werben Sie auch in Ihrem Kollegium für die Listen des VLW, indem Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen über die Ziele des VLW sprechen - soweit das derzeit möglich ist. Vielen Dank!



## Rückblick auf ein Jahr Pandemie – Wie Lehrerbildung in Coronazeiten gelingt

Freitag der dreizehnte. Genauer gesagt war es Freitag, der 13. März 2020. Diesen Tag werde ich so schnell nicht vergessen. Ich war zu einem Unterrichtsbesuch in einem VWL-Grundkurs des beruflichen Gymnasiums an der BBS Wirtschaft in Koblenz geladen. Eine Lautsprecherdurchsage während des Unterrichts ließ verlauten, dass ab dem kommenden Montag die Präsenzpflcht ausgesetzt und Schulen geschlossen sein würden.

Diese völlig unvorhersehbare und bis dato undenkbare Situation erfasste auch die Lehrerbildung an unserem Studienseminar in Neuwied mit voller Wucht. Innerhalb kürzester Zeit musste die gesamte Prüfungsphase umgeplant werden, was zunächst zur Folge hatte, dass zweite Staatsprüfungen in mündliche und praktische Prüfungen gesplittet wurden. Um Prüfungen unter Infektionsschutzbedingungen durchführen zu können, mussten strenge Hygienepläne entwickelt und eingehalten werden. Als befremdlich empfinde ich nach wie vor das Prüfungsformat der Unterrichtsprüfung als Alternative zur Prüfungslehrprobe. Alleiniger Gegenstand dieses Prüfungsformats ist die Vorstellung eines geplanten Unterrichts mit anschließendem Prüfungsgespräch.

Über das Prüfungsgeschehen hinaus gab es noch eine Menge weiterer Herausforderungen. Unvermittelt musste die gesamte Lehrerbildung auf digitale Formate umgestellt werden. Wöchentlich finden im Studienseminar Neuwied mittwochs und donnerstags jeweils vormittags und nachmittags mehrere Ausbildungsveranstaltungen parallel statt. Folglich wurde eine große Anzahl an Veranstaltungen so konzipiert, dass diese vom heimischen Rechner aus durchgeführt werden konnten. Dank einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung,

der Lust am Ausprobieren, der Innovationsfreude und der Expertise vieler Kolleginnen und Kollegen sowie eines regelmäßigen Erfahrungsaustausches konnte ein Großteil der Veranstaltungen ohne nennenswerte Qualitätseinbußen online „geschaltet“ werden. Darüber hinaus stand die neue Ausbildungsgruppe in den Startlöchern, die am 01.05.2020 ihre Ausbildung in Neuwied beginnen wollte. Auch deren Einführungsphase wurde komplett auf digitale Formate umgestellt. Da sich erst Ende Mai eine vorläufige Normalisierung des Unterrichtsgeschehens andeutete und Präsenzunterricht unter Wahrung strenger Hygienevorschriften wieder stattfinden konnte, bedurfte es „kreativer Lösungen“, um die Lehrerbildung in Gang zu halten. Unterrichtsbesuche in Präsenz waren in Zeiten von geschlossenen Schulen ebenfalls ausgeschlossen. Die Chance wurde genutzt, um Pionierarbeit zu leisten. Erstmals fanden Unterrichtsbesuche in der Form statt, dass Fachleiterinnen und Fachleiter zu Online-Stunden via Videokonferenz zugeschaltet wurden. Mittlerweile finde ich auf meinem privaten (!) Rechner sieben verschiedener Videokonferenzsysteme. Als echten didaktischen Mehrwert habe ich in diesem Kontext empfunden, dass sich auf unkomplizierte Art und Weise Vertreterinnen und Vertreter aus der beruflichen Praxis in den Unterricht bspw. als Fachleute zuschalten lassen.

Seit Dezember 2020 ist die Präsenzpflcht an rheinland-pfälzischen Schulen bis auf einige Abschlussklassen erneut aus- und Fernunterricht angesetzt. Ich konnte vielfach in deutschen Leitmedien lesen, dass in der Zwischenzeit an Schulen oder in der Lehrerbildung wenig geschehen sei. Diesem Eindruck möchte ich widersprechen. Mittlerweile gelingt die Umstellung auf digitale Veranstaltungsformate zügig. Viele Ausbil-



StD Thomas Becker, Fachleiter am Studienseminar BBS Neuwied

dungsveranstaltungen, die sich mit den veränderten Bedingungen von Unterricht, insbesondere der Digitalisierung, befassen, sind neu konzipiert worden. Ich erlebe sehr digitalkompetent agierende Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, die sich schwierigen Herausforderungen stellen müssen. So sind bei der Unterrichtsplanung unterschiedliche Szenarien (Präsenzunterricht, Wechselunterricht, Fernunterricht) zu berücksichtigen. Der Unterricht wird zum größten Teil unter sehr heterogenen technischen Voraussetzungen seitens der Lernenden in Form von Videokonferenzen durchgeführt. Erschwerend kommt bei den Anwärterinnen und Anwärtern der Ausbildungsgruppe, die ihren Vorbereitungsdienst im November 2020 begannen, hinzu, dass sie ihre Klassen des ersten eigenverantwortlichen Unterrichts noch gar nicht persönlich kennenlernen konnten.

Rückblickend kann ich sagen, dass wir Kolleginnen und Kollegen des Studienseminars Neuwied die Situation bislang erfolgreich gemeistert haben. Ich bin tief davon beeindruckt, mit welcher positiver Energie den Herausforderungen größtenteils begegnet wird und wie innovativ die Anwärterinnen und Anwärterinnen ihren Fernunterricht gestalten. Was bleibt, ist die Sehnsucht nach persönlicher Begegnung auf allen Ebenen, denn Bildung braucht Bindung und diese lässt sich online nur schwerlich aufbauen und aufrechterhalten.

## Personalratswahl 2021

### Dafür steht der VLW Rheinland-Pfalz

Der VLW sieht sich als Interessenvertretung aller Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Daraus ergibt sich für uns als Verband und unsere Vertreterinnen und Vertreter in den Personalräten die Aufgabe, in der bildungspolitischen Diskussion im Land dafür zu sorgen, dass die Belange der Berufsbildenden Schulen mehr als bisher Gehör finden, und gleichzeitig darauf zu achten, dass die Belange der Lehrkräfte hierbei nicht zu kurz kommen. Dies sind unsere Kernforderungen für die nächsten Jahre:

#### Sicherung der BBS

BBSn zeichnen sich durch eine einzigartige Verknüpfung von Teilzeit- und Vollzeitangeboten aus, die gegenseitig voneinander profitieren. Zur Sicherung der BBSn sollten überflüssige Konkurrenzangebote beseitigt statt ausgebaut werden. Die Quantität des Angebots sagt nichts über dessen Qualität aus! Wo nicht (mehr) ausgebildet wird, fehlen zukünftig qualifizierte Arbeitskräfte, worunter die gesamte Wirtschaftsstruktur leidet.

#### Digitalisierung

Wir fordern die Entwicklung schulübergreifender pädagogischer Konzepte zur Einbindung der Technik, die Integration entsprechender Lerninhalte in die Lehrpläne und ein massiv ausgeweitetes Fortbildungsangebot für die BBS-Lehrkräfte. Die finanziellen Mittel dafür sind im wahrsten Sinne des Wortes Investitionen in die Zukunft!

#### Besonderheiten der BBS

Wir haben ein breit gefächertes Schulsystem, das unterschiedliche Angebote für unterschiedliche Bedarfe bereithält. Da bringt es nichts, alle Schularten unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung über einen Kamm zu scheren. Wir brauchen bildungspolitische Ansätze, die auf die jeweiligen Bedürfnisse der verschiedenen Schularten zugeschnitten sind. Ein erster Schritt wäre die Anerkennung der BBSn als Ganztagschulen – was sie da facto längst sind! – mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

#### Nachwuchsgewinnung

Der einzige Weg führt unseres Erachtens über die Attraktivität des BBS-Lehramts. Das fängt mit der Bezahlung an, und führt über die Aufstiegsmöglichkeiten bis zu den Rahmenbedingungen (siehe Arbeitszeit der Lehrkräfte). Marketingmaßnahmen allein helfen da nicht weiter!

#### Arbeitszeit der Lehrkräfte

Wir sehen zwei Möglichkeiten: Entweder wird die Unterrichtsverpflichtung spürbar gesenkt (unsere Forderung: Absenkung auf 21 Wochenstunden), oder die außerunterrichtlichen Aufgaben werden entschlackt, indem Schaufensterprojekte, die wenig Ertrag bei hohem Aufwand bringen, eingestellt und Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

#### Belastungsausgleich

Analog zur Zwangsansparstunde sollten die Kolleginnen und Kollegen ein Arbeitszeitguthaben (unser Vorschlag: 8 Wochenstunden bei voller Stelle) erhalten, das sie individuell und entsprechend den Möglichkeiten der jeweiligen Einsatzschule über die nächsten Jahre verteilt abrufen können, auf Wunsch auch geblockt am Ende der Dienstzeit.

#### Altersteilzeit

Wir befürworten ganz klar eine Fortführung des Angebots zur Altersteilzeit für Lehrkräfte, und zwar zu den Bedingungen, die vor den Sparmaßnahmen der letzten Jahre gegolten haben!

#### Unterrichtsversorgung

Schönrechnerei bringt nichts. An einer massiven Erhöhung der Planstellen führt kein Weg vorbei. Ziel muss eine nominell 105 %-ige Versorgung sein, um den Ausfall von Lehrkräften durch Fortbildung, Krankheit etc. durch qualifizierten Vertretungsunterricht auffangen zu können. Dazu ist es dringend erforderlich, sich verstärkt um den Nachwuchs an BBS-Lehrkräften zu bemühen.

#### Fachoberschule

Die Fehlallokation der FOS an der RS plus muss beendet werden. Die FOS ist eine Schulform der BBS und muss auch hier angesiedelt werden. Hier gibt es auch die qualifizierten Sek. II-Lehrkräfte für einen qualitativ hochwertigen Unterricht in allen Fächern!

#### Leistungsförderung

Die Bildungsstandards in den Zubringerschulen (Gymnasien, RS plus, IGS) müssen gewährleistet werden, um die geforderte Ausbildungs- bzw. Studierfähigkeit sicherzustellen. Eine Möglichkeit dazu wären z. B. Abschlussprüfungen zur Erlangung eines Berufsreife- bzw. qualifizierten Sek. I-Abschlusses!

## Die Kandidatinnen und Kandidaten des VLW Rheinland-Pfalz

### Unsere Liste für die Wahl zum Bezirkspersonalrat



Kurt Flöck (BBS Wissen)



Andreas Seehaus (BBS Landau)



Stefanie Tischer (Ludwig-Erhard-Schule)

1. Kurt Flöck (BBS Wissen)
2. Andreas Seehaus (BBS Landau)
3. Stefanie Tischer (Ludwig-Erhard-Schule Neuwied)
4. Jörg Schütz (BBS Bernkastel-Kues)
5. Emöke Anderlik (BBS Wirtschaft Worms)
6. Bianca Kolm (BBS Landau)
7. Michael Steuer (BBS Bernkastel-Kues)
8. Oliver Friderichs (BBS Cochem)
9. Peter Kempf (BBS Bingen)
10. Christian Flory (BBS Südliche Weinstraße)

11. Silke Hill (BBS Bernkastel-Kues)
12. Jens Spornitz (BBS Wirtschaft Koblenz)
13. Fabian Peifer (BBS Rodalben)
14. Ulrike Wiesenberg (BBS Bernkastel-Kues)
15. Petra Studt (BBS Montabaur)
16. Martin Lützenkirchen (BBS Bingen)
17. Ute Edelmann (BBS Wirtschaft 1 Ludwigshafen)
18. Axel Wieß (BBS Simmern)
19. Michael Sühling (BBS III Mainz)
20. Anke Rinner (BBS Landau)

### Unsere Liste für die Wahl zum Hauptpersonalrat



Dirk Mettler (Ludwig-Erhard-Schule)



Karl-Heinz Fuß (BBS Alzey)



Miriam Schmidle (BBS W Worms)

1. Dirk Mettler (Ludwig-Erhard-Schule Neuwied)
2. Karl-Heinz Fuß (BBS Alzey)
3. Miriam Schmidle (BBS Wirtschaft Worms)
4. Pascal Schlimmer (BBS Pirmasens)
5. Christian Kasper (BBS Bernkastel-Kues)
6. Mario Passannante (Harald-Fissler-Schule Idar-Oberstein)
7. Jutta Macher (BBS III Mainz)
8. Annika Petilliot (BBS Pirmasens)
9. Sarah Trierweiler (BBS Wirtschaft Trier)
10. Kerstin Proksch (BBS Wirtschaft Bad Kreuznach)

11. Jürgen Schwindt (BBS Wirtschaft Kaiserslautern)
12. Thorsten Weber (BBS Wirtschaft Worms)
13. Patrick Grewis (BBS Bernkastel-Kues)
14. Dagmar König-Kries (BBS Wirtschaft Kaiserslautern)
15. Björn Hornburg (BBS Wissen)
16. Meike Stohrer (BBS Landau)
17. Joachim Huth (BBS Mayen)
18. Kathrin Stoll (BBS Rodalben)
19. Mirko Herrmann (BBS Wirtschaft Trier)
20. Ralf Ettlting (BBS Wirtschaft 1 Ludwigshafen)

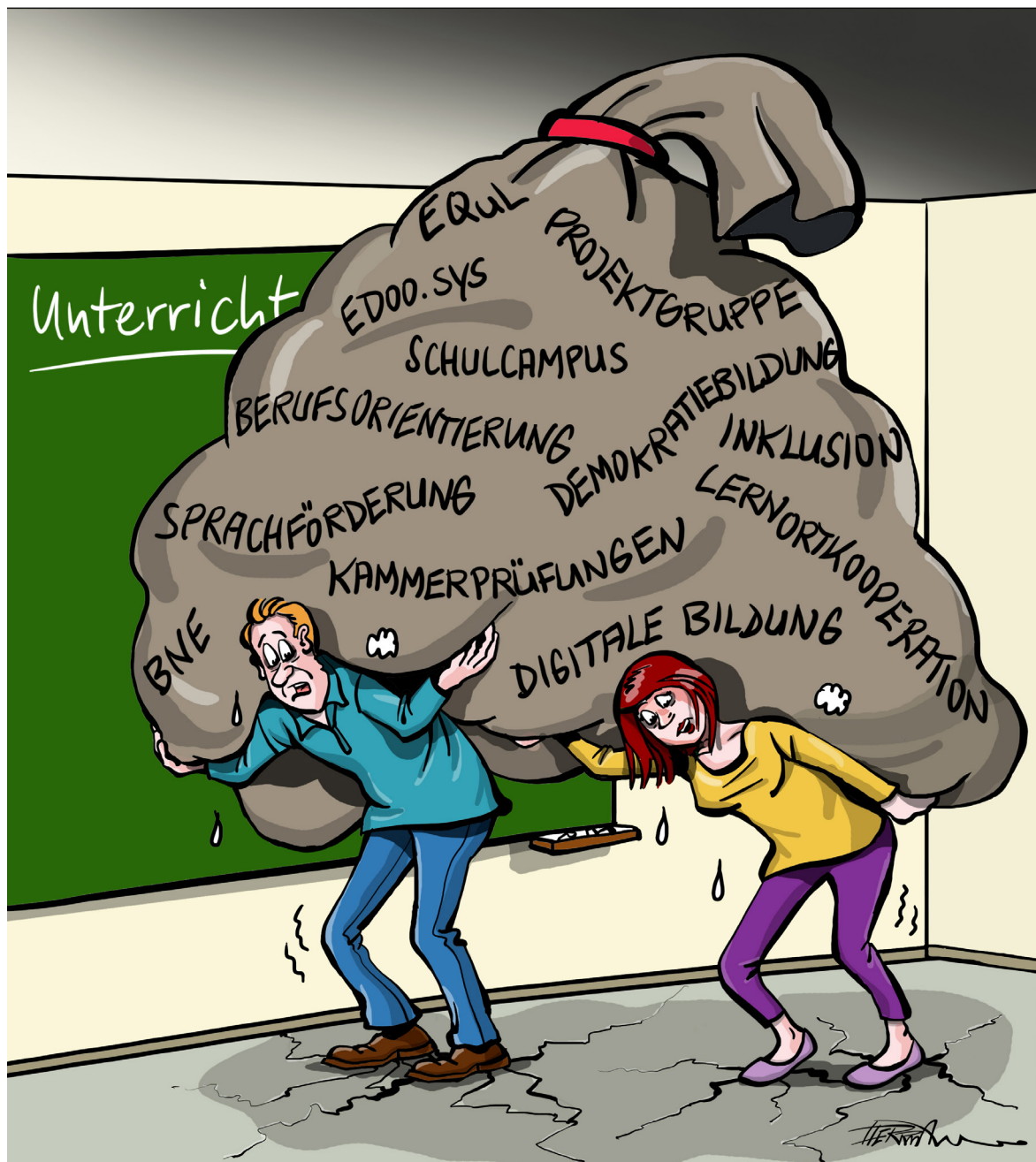


# VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer  
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 2/2021

August 2021



**Nach der Landtagswahl:  
Was sagt der Koalitionsvertrag zu den  
Fragen und Forderungen des VLW?**

## INHALTSVERZEICHNIS

### Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden  
Karl-Heinz Fuß 3

Abgleich der VLW-Forderungen mit den  
Aussagen des Koalitionsvertrages 4

Resolution des VLW-Landesvorstands 6

Abschlussbericht der Enquete-Kommission  
zur „Zukunft der beruflichen Bildung in der  
digitalen Arbeitswelt“ 7

### Aus dem Verbandsleben

Ergebnisse der Personalratswahlen 7

Landesdelegiertenversammlung 2021 8

### IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und  
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband  
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb  
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,  
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler  
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16  
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der letzten Ausgabe des VLW kompakt haben wir Ihnen im Vorfeld der Landtagswahl unsere Wahlprüfsteine und die Antworten von drei Landtagsparteien präsentiert. Inzwischen wurde gewählt, die „Ampel-Koalition“ wurde mit leicht verschobenen Stimmanteilen in der Regierung bestätigt und hat einen Koalitionsvertrag vorgelegt. Diesen haben wir auf Aussagen zur Bildungspolitik - insbesondere zu Aussagen über die BBS - untersucht. Das Ergebnis präsentieren wir Ihnen in dieser Ausgabe. Um es gleich vorweg zu sagen: Es ist schon ernüchternd, dass sich zu gleich fünf Fragen, die wir den Parteien haben zukommen lassen, keine Aussage im Koalitionsvertrag findet. Man kann leicht den Eindruck gewinnen, als wollten die Regierenden die dahinter stehenden Probleme, auf die wir ja aufmerksam gemacht haben, nicht wahrnehmen. Es wartet also noch viel Arbeit auf unseren Verband.

Wir werden die Regierungsfraktionen natürlich nicht aus der Verantwortung entlassen. Damit der Landesvorstand diese Aufgabe gestärkt wahrnehmen kann, ist eine starke Beteiligung der Basis an der im Oktober geplanten Landesdelegiertenversammlung wünschenswert, auf der Anträge diskutiert und ein neuer Landesvorstand gewählt werden sollen. Die Versammlung hätte eigentlich bereits im vergangenen Jahr stattfinden sollen, fiel aber der „zweiten Welle“ zum Opfer. Der aktuelle Landesvorstand ist optimistisch, dass die Veranstaltung in diesem Jahr in Präsenz stattfinden kann, schließlich sollten bis dahin alle Kolleginnen und Kollegen, die dies wollen, geimpft sein. Auch dafür haben wir uns als Verband ja vehement eingesetzt.

Ob das ausreicht, um endlich mal wieder ein „normales“ Schuljahr erleben zu dürfen, bleibt abzuwarten. Wir wünschen es uns und Ihnen!

**Dirk Mettler**  
**Referent für Öffentlichkeitsarbeit**



### Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,  
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.

Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung:  
ruth.jakob@vlw-rlp.de oder über unsere Website unter dem Menüpunkt Mitgliedschaft/Änderungsmeldung

## Mit Aufbruchstimmung ins neue Schuljahr

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Nach einer hoffentlich erholsamen Ruhepause während der Sommerferien liegt das neue Schuljahr vor uns. Ein Schuljahr, das hoffentlich besser, vor allem geordneter verlaufen wird als die beiden zuvor. Dabei ist jedem klar, dass die Auswirkungen der Pandemie sichtbar bleiben werden. Für die vom Hochwasser betroffenen Gebiete in der Eifel kommen noch viele weitere, einschneidende Veränderungen hinzu, bis hin zu dem vorübergehend nicht mehr nutzbaren Schulgebäude in Bad Neuenahr. Für das ganze Land gilt, dass die Heterogenität in der Schülerschaft noch stärker ausgeprägt sein wird als zuvor. Die psychosozialen Folgen der Schulschließungen und des Fernunterrichts sind bislang noch nicht absehbar. Es ist deshalb zu hoffen, dass der Unterricht im geplanten Präsenzbetrieb ohne weitere Unterbrechungen stattfinden kann. Um dies zu gewährleisten, sollten sich nach der Lehrerschaft jetzt auch möglichst viele unserer überwiegend volljährigen Schülerinnen und Schüler impfen lassen. Schüler- und Studierendenverbände fordern dies bereits auch für Minderjährige. Entsprechende Angebote sollten dringend gemacht werden.

Die Errungenschaften bei der Digitalisierung müssen dringend weiter ausgebaut

werden, jedoch nicht mit dem Ziel, den Präsenzunterricht zu reduzieren, sondern um als Medium für einen differenzierten Unterricht zu dienen, der unsere Schülerinnen und Schüler kompetenzorientiert auf die Arbeitswelt vorbereitet. Selbstverständlich benötigen die Schülerinnen und Schüler, genauso wie die Lehrkräfte, die passenden Endgeräte, die sie auch mit nach Hause nehmen können. Diese Geräte müssen mit der Software ausgestattet sein, die den Anwendungen in der Berufswelt entsprechen. Selbstgestrickte Lösungen des Landes mit nur eingeschränkten Möglichkeiten sehe ich da eher skeptisch, da sie ebenfalls teuer sind und den Wettlauf mit den am Markt verfügbaren kommerziellen Programmen niemals gewinnen können.

Dass sich vieles verändern wird, gar verändern muss, wurde auch im Bildungsministerium erkannt, wo man zum Dialog zum Thema „Lernen nach der Pandemie“ eingeladen hat. An der Online-Auftaktveranstaltung, zu der meines Erachtens viel zu kurzfristig eingeladen wurde, haben immerhin 271 Interessierte aus allen Schularten, einschließlich Eltern- und Schülervertretungen, Personalrats- und Verbändevertretern teilgenommen. Mit Blick auf die Kurz-



Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

fristigkeit konnte die organisatorische und technische Umsetzung als gelungen angesehen werden. Für die Organisation war das PL zuständig, bei der Technik wurde auf Cisco WebEx gesetzt, obwohl BigBlueButton angeblich inzwischen doch so wunderbar funktioniert. Wie auch immer, der Dialog soll laut unserer Ministerin fortgesetzt werden. Bleibt zu hoffen, dass die Arbeit der Workshops, in denen viele gute Ideen zusammengetragen wurden, auch Früchte trägt. Klar wurde jedenfalls allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, dass in Bildung künftig mehr investiert werden muss. Mit Blick auf den Fachkräftemangel gilt das für die berufliche Bildung insbesondere.

Mit großer Bestürzung haben wir die Nachricht aufgenommen, dass zwei unserer Mitglieder in Bad Neuenahr auf tragische Weise in ihren Häusern ums Leben kamen. Wir haben einen Kollegen verloren, der erst vor zwei Jahren pensioniert wurde und eine Kollegin, die mitten aus dem Leben gerissen wurde. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den betroffenen Familien.

**Hans-Jürgen Stratmann**

1953 - 2021

BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler



**Anja Weischedel**

1977 - 2021

BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler



## Abgleich der VLW-Forderungen mit den Aussagen des Koalitionsvertrags von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

**Durch welche Maßnahmen wollen Sie den Erhalt der Berufsbildenden Schulen insbesondere in den ländlichen Gebieten sicherstellen?**

**Die Position des VLW:** BBSn zeichnen sich durch eine einzigartige Verknüpfung von Teilzeit- und Vollzeitangeboten aus, die gegenseitig voneinander profitieren. Zur Sicherung der BBSn sollten überflüssige Konkurrenzangebote beseitigt statt ausgebaut werden. Die Quantität des Angebots sagt nichts über dessen Qualität aus! Wo nicht (mehr) ausgebildet wird, fehlen zukünftig qualifizierte Arbeitskräfte, worunter die gesamte Wirtschaftsstruktur leidet.

**Koalitionsvertrag:** Die berufsbildenden Schulen sind zentraler Partner in der dualen Ausbildung und bei der Fachkräftesicherung. Sie stehen wie keine andere Schulform für die Durchlässigkeit unseres Schulsystems. Für viele Jugendliche und Erwachsene sind sie eine

sehr gute Alternative, um höherwertige Abschlüsse bis zur allgemeinen Hochschulreife zu erwerben. Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist für uns von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus werden wir weiter für das Berufsschullehramt werben und verstärkt die Möglichkeiten zum Quer- und Seiteneinstieg nutzen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, die berufsbildenden Schulen demografiefest und digital aufzustellen, in der Fläche zu sichern und zu stärken. Unsere berufsbildenden Schulen sind schon jetzt am Puls der Zeit. Wir werden sie zu „digitalen berufsbildenden Lernzentren“ ausbauen, damit die duale Ausbildung überall im Land attraktiv bleibt und unsere jungen Leute fit für das Arbeitsleben sind. (Zeilen 774-785)

**Welche Maßnahmen planen Sie, um die Entwicklung des Unterrichts im digitalen Zeitalter zu fördern und in die richtigen Bahnen zu lenken?**

**Die Position des VLW:** Wir fordern die Entwicklung schulübergreifender pädagogischer Konzepte zur Einbindung der Technik, die Integration entsprechender Lerninhalte in die Lehrpläne und ein massiv ausgeweitetes Fortbildungsangebot für die BBS-Lehrkräfte. Die finanziellen Mittel dafür sind im wahrsten Sinne des Wortes Investitionen in die Zukunft!

**Koalitionsvertrag:** Wir wollen sicherstellen, dass die technische Ausstattung unserer Schulen dauerhaft den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht und der Fokus auf der Weiterentwicklung der digitalen Bildung und Pädagogik liegt. Wir unterstützen die Schulträger dabei, den Schulen bis zum Ende des nächsten Schuljahres flä-

chendeckend WLAN zur Verfügung zu stellen und die Ausstattung mit belastungsfähiger Bandbreite, ausreichenden Serverkapazitäten, digitalen Endgeräten sowie beim Einsatz von Software und Lehr- und Lernmedien voranzutreiben. (Zeilen 599-605)

Dazu gehört auch die entsprechende Anwendungsbetreuung der technischen Infrastruktur. Wir werden die Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden umsetzen, auf deren Grundlage die Schulen ausreichend digitalen Support erhalten. (Zeilen 607-610)

Unsere Lehrkräfte erhalten digitale Endgeräte. (Zeilen 616-617)

**Wie wollen Sie sicherstellen, dass die spezifischen Belange der BBS zukünftig angemessen berücksichtigt werden?**

**Die Position des VLW:** Wir haben ein breit gefächertes Schulsystem, das unterschiedliche Angebote für unterschiedliche Bedarfe bereithält. Da bringt es nichts, alle Schularten unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung über einen Kamm zu scheren. Wir brauchen bildungspolitische Ansätze, die auf die jeweiligen Bedürfnisse der verschiedenen Schularten zugeschnitten sind. Ein erster Schritt wäre die Anerkennung der BBSn als Ganztagschulen – was sie de facto längst sind! – mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

**Koalitionsvertrag:** Wir nehmen alle Schularten in den Blick. Dort, wo Bedarfe sind, richten wir weitere schulische Ganztagsangebote ein. (Zeilen 686-687)

**Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Versorgung der BBSn mit Lehrkräften sicherstellen?**

**Die Position des VLW:** Der einzige Weg führt unseres Erachtens über die Attraktivität des BBS-Lehramts. Das fängt mit der Bezahlung an, und führt über die Aufstiegsmöglichkeiten bis zu den Rahmenbedingungen (siehe Arbeitszeit der Lehrkräfte). Marketingmaßnahmen allein helfen da nicht weiter!

**Koalitionsvertrag:** Unser Anspruch ist es, Planstellen weiterhin mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen. Damit dies gelingt, werben wir intensiv für den Lehrer:innenberuf [sic!] und halten für alle Schularten ausreichend Studien- und Ausbildungsplätze vor. (Zeilen 637-639)

**Welche Maßnahmen planen Sie, um einer Überlastung der Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen entgegenzuwirken?**

**Die Position des VLW:** Wir sehen zwei Möglichkeiten: Entweder wird die Unterrichtsverpflichtung spürbar gesenkt (unsere Forderung: Absenkung auf 21 Wochenstunden), oder die außerunterrichtlichen Aufgaben werden entschlackt, indem Schaufensterprojekte, die wenig Ertrag bei hohem Aufwand bringen, eingestellt und Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

**Koalitionsvertrag:** Fehlanzeige!

**Wie wollen Sie für einen fairen und angemessenen Ausgleich der Mehrbelastungen während der Sars-CoV-2-Pandemie sorgen?**

**Die Position des VLW:** Analog zur Zwangsansparstunde sollten die Kolleginnen und Kollegen ein Arbeitszeitgut haben (unser Vorschlag: 8 Wochenstunden bei voller Stelle) erhalten, das sie individuell und entsprechend den Möglichkeiten der jeweiligen Einsatzschule über die nächsten Jahre verteilt abrufen können, auf Wunsch auch geblockt am Ende der Dienstzeit.

**Koalitionsvertrag:** Fehlanzeige!

**Befürworten Sie eine Fortführung der Altersteilzeit für Lehrkräfte und wenn ja, zu welchen Bedingungen?**

**Die Position des VLW:** Wir befürworten ganz klar eine Fortführung des Angebots zur Altersteilzeit für Lehrkräfte, und zwar zu den Bedingungen, die vor den Sparmaßnahmen der letzten Jahre galten!

**Koalitionsvertrag:** Fehlanzeige!

**Welche Maßnahmen wollen Sie zur Sicherstellung einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung ergreifen?**

**Die Position des VLW:** Schönrechnerei bringt nichts. An einer massiven Erhöhung der Planstellen führt kein Weg vorbei. Ziel muss eine nominell 105 %-ige Versorgung sein, um den Ausfall von Lehrkräften durch Fortbildung, Krankheit etc. durch qualifizierten Vertretungsunterricht auffangen zu können. Dazu ist es dringend erforderlich, sich verstärkt um den Nachwuchs an BBS-Lehrkräften zu bemühen (vgl. Wahlprüfstein 4).

**Koalitionsvertrag:** Guter Unterricht braucht gute Rahmenbedingungen, vor allem durch die Unterrichtsversorgung, die wir weiter verbessern werden. Schulen brauchen genügend Stunden zur verlässlichen Abdeckung des Pflichtunterrichts sowie für zusätzliche Differenzierungs- und Fördermaßnahmen. (Zeilen 629-632)

Wir werden die Lehrkräfteaus-, weiter-, und -fortbildung, sowie die Qualifizierung von Schulleitungen den aktuellen Anforderungen entsprechend im Schulalltag weiterentwickeln. (Zeilen 633-636)

**Welche Maßnahmen planen Sie, um den Missstand der FOS an den Realschulen plus zu beheben?**

**Die Position des VLW:** Die Fehlallokation der FOS an der RS plus muss beendet werden. Die FOS ist eine Schulform der BBS und muss auch hier angesiedelt werden. Hier gibt es auch die qualifizierten Sek. II-Lehrkräfte für einen qualitativ hochwertigen Unterricht in allen Fächern!

**Koalitionsvertrag:** Fehlanzeige!

**Wie gedenken Sie, den Abwärtstrend in der rheinland-pfälzischen Bildung zu stoppen und sicherzustellen, dass künftige Absolventen rheinland-pfälzischer Schulen den Herausforderungen einer zunehmend komplexer werdenden Arbeitswelt gewachsen sind?**

**Die Position des VLW:** Die Bildungsstandards in den Zubringerschulen (Gymnasien, RS plus, IGS) müssen gewährleistet werden, um die geforderte Ausbildungs- bzw. Studierfähigkeit sicherzustellen. Eine Möglichkeit dazu wären z. B. Abschlussprüfungen zur Erlangung eines Berufsreife- bzw. qualifizierten Sek. I-Abschlusses!

**Koalitionsvertrag:** Fehlanzeige!

**Wonach wir nicht gefragt hatten:**

Wir wollen Schulen mehr Selbstständigkeit ermöglichen und hierbei insbesondere die Ausweitung der Möglichkeiten zur Personalgewinnung, eigener Budgets und Schwerpunktsetzung in den Blick nehmen. Wir wollen Räume schaffen für flexiblere Unterrichts- und Lernzeiten, wo Lehrkräfte zu Lernbegleiter:innen [sic!] werden [...] (Zeilen 541-545)

Dazu gehört auch die Erprobung demokratischer Beteiligungsinstrumente wie Schulparlamente. Die Schulen werden bestärkt darin, außerschulische Lernorte und Erfahrungsfelder in die Gestaltung des Unterrichts einzubeziehen oder neue zu erschließen. (Zeilen 549-552)

Schulartübergreifend wollen wir neue Formen des gemeinsamen Lehrens und Lernens entwickeln und erproben [...] (Zeilen 556-557)

## Resolution des VLW-Landesvorstands vom 26. Juni 2021

### Auf seiner Klausurtagung hat der VLW-Landesvorstand die folgende Resolution beschlossen:

#### **Gesundheitsschutz muss an erster Stelle stehen - Digitalisierung weiter stärken - Entlastung jetzt gewährleisten**

Mit den anstehenden Sommerferien steht uns nach diesem turbulenten Schuljahr eine wohlverdiente Ruhepause bevor. Wir alle wünschen uns eine Zeit der Ruhe, nach Möglichkeit weit weg vom heimischen Schreibtisch. Doch bekanntlich machen Viren leider keinen Urlaub. Die hochinfektiöse Delta-Variante breitet sich weiter aus und lässt eine erneute Corona-Welle nach den Sommerferien oder spätestens im Herbst befürchten. Bleibt zu hoffen, dass die Impfbereitschaft in der Bevölkerung weiterhin auf hohem Niveau bleibt und eine kommende Welle damit flach gehalten werden kann. Wir begrüßen ausdrücklich Impfkampagnen für Studierende sowie Schülerinnen und Schüler. Auch wenn junge Menschen vermutlich eher nur einen milden Krankheitsverlauf zu befürchten haben, so sind sie doch potenzielle Überträger der Viren und können andere anstecken.

Für unsere Schulen darf es keine Zweifel daran geben, dass der Gesundheitsschutz weiterhin an erster Stelle stehen muss. Der VLW unterstützt deshalb die Testpflicht nach den Sommerferien und empfiehlt die penible Einhaltung der AHA-Regeln, um die Ausbreitung von Viren, die aus Urlaubsgebieten eingeschleppt werden, zu verhindern. Da es inzwischen gängige Meinung der Experten ist, dass Corona-Viren so wie Grippe-Viren eine ständige Bedrohung darstellen werden, fordert der VLW die adäquate bauliche Ausstattung unserer Schulen mit fest installierten Lüftungsanlagen, die, wie bei einem Passivhaus, für einen ständigen Luftaustausch im

Klassensaal sorgen. Mobile Luftreiniger, die lediglich die Luft im Klassensaal umwälzen und Aerosole herausfiltern, sind langfristig nicht geeignet, da sie den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft nicht verringern. Für die Finanzierung ist die Unterstützung durch Bundesmittel erforderlich. So wie beim Digitalpakt muss entsprechend Geld bereitgestellt werden. Da die Belüftungsanlagen viele Jahre genutzt werden können, bevor sie erneuert werden müssen, relativieren sich die Ausgaben im Vergleich zu den vielen Millionen Euro, die derzeit für Corona-Tests und Schutzmasken ausgegeben werden. Zudem bringen die Anlagen über den Corona-Schutz hinaus weitere positive Effekte für die Luftqualität im Klassensaal und sind energieeffizienter, als wenn im Winter alle 20 Minuten die Fenster geöffnet werden.

Auch wenn wir nach den Ferien hoffentlich vollumfänglich im Präsenzunterricht bleiben können, so fordern wir weiterhin den schnellen Ausbau der Infrastruktur für den Einsatz digitaler Medien an unseren Schulen. Es müssen endlich die zugesagten Endgeräte zur Verfügung gestellt und der Support durch die Schulträger bei der System- und Anwendungsbetreuung lückenlos gewährleistet werden. Des Weiteren fordern wir die generelle Beibehaltung des zweiten Studientages sowie ein den schwierigen Aufgaben entsprechendes umfangreiches Fortbildungsangebot, damit die Transformation hin zur Bildung für das digitale Leben nachhaltig gelingen kann.

Das zurückliegende Schuljahr hat gezeigt, mit wie viel Anstrengung die Umstellung hin zu einer neuen Lehr- und Lernkultur, die auf digitalen Medien basiert, verbunden ist. Der VLW fordert

dringend eine Entlastung für unsere Kolleginnen und Kollegen und unsere Schulleitungen, auch als Zeichen der Wertschätzung für die geleistete Arbeit unter schwierigen Bedingungen. Es ist wenig hilfreich, wenn unsere Ministerin darauf verweist, dass es die Mitarbeiter anderer Branchen ebenfalls schwer oder gar noch schwerer haben. Wir benötigen jetzt dringend eine Unterstützung, die in vielerlei Form denkbar ist. Die Stärkung der Schulsozialarbeit und die Entlastung von administrativen Aufgaben sind Beispiele dafür. Mittelfristig halten wir die Senkung des Lehrerwochenstunden-deputats für alternativlos, um unsere Lehrtätigkeit auszuüben, denn Kommunikation und Feedback mittels digitaler Medien erfordern einen erheblichen zusätzlichen Zeitaufwand. Die Berechnung der Lehrkräftearbeitszeit bedarf deshalb dringend einer Reform.

Als Anerkennung der erbrachten Leistungen im auslaufenden Schuljahr schlägt der VLW ein Stundenguthaben vor, über das jede Kollegin, jeder Kollege frei verfügen kann. Ähnlich der Rückgabe der im Jahr 2010 eingeführten Zwangssparstunde, könnten diese Stunden für eine unmittelbare Entlastung genutzt werden oder aber angespart werden, um in späteren Berufs Jahren eine Erleichterung zu erfahren. Gleichzeitig könnten durch eine solche Maßnahme mehr junge Lehrkräfte, die ja bekanntlich bereits der Generation der *digital natives* angehören, eingestellt werden, was zu einer gesunden Durchmischung der Lehrerkollegien führen würde. Am Ende stünde eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten, die nur ein wenig Weitsicht, Mut und Entschlossenheit durch die Landesregierung erfordert.



## Enquete-Kommission zur „Zukunft der beruflichen Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ legt Abschlussbericht vor - Bundeskompetenz muss von Ländern umgesetzt werden

Auf 543 Seiten hat die 2018 beauftragte Enquete-Kommission ihren Abschlussbericht vorgelegt. Den Auftrag der Kommission benannte der damalige Vorsitzende, Dr. Stefan Kaufmann MDB (CDU), folgendermaßen: „Die Enquete-Kommission ‚Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt‘ untersucht, wie die berufliche Aus- und Weiterbildung in Deutschland so modernisiert werden kann, dass sie den Anforderungen einer digitalisierten Arbeitswelt entspricht und für junge Menschen wieder attraktiver wird. Gemeinsam wollen wir mit Handlungsempfehlungen an die Politik Wege aufzeigen, wie kontinuierliches und zeitgemäßes lebensbegleitendes Lernen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung so gestaltet werden kann, dass der Fachkräftebedarf auch in Zukunft gesichert ist und ein humanes Arbeiten im ständigen Wandel der Berufsfelder ermöglicht wird.“

Weitere Untersuchungsaufträge lauten u.a.:

- Wie können Berufsschulen und überbetriebliche Bildungsstätten

für die Anforderungen der Digitalisierung fachlich gut und zeitgemäß ausgestattet und ausreichend gefördert werden?

- Wie muss die Aus- und Weiterbildung von Berufsschullehrern, Ausbildern und Prüfern modernisiert werden, um den veränderten Anforderungen gerecht zu werden?
- Welche Maßnahmen und innovativen Ansätze zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung können ergriffen werden, um die sich verändernden Berufsbilder zu berücksichtigen und mehr junge Menschen für berufliche Bildung zu begeistern?
- Wie verändert sich das Verhältnis von Erstausbildung und beruflicher Weiterbildung und wie müssen die Gestaltung und Förderung von beruflicher Weiterbildung daran angepasst werden?

Detaillierte Handlungsempfehlungen zur Attraktivität der beruflichen Bildung, zur Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung, zur Verbindung von beruflicher und akademischer Ausbildung

(Doppelqualifikationen), zur Durchlässigkeit beruflicher und akademischer Bildung, zum DQR, zur Anschlussfähigkeit (Anerkennung erworbener Qualifikationen) und zur wissenschaftlichen Weiterbildung eröffnen die politische Diskussion um die Konsequenzen aus der Arbeit der Enquete-Kommission.

Spätestens hier sind nicht mehr nur der Bundesgesetzgeber als Zuständiger für die Berufliche Bildung gefragt, sondern auch die Bildungsministerien der Länder. Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung heißt nicht zuletzt auch, die oft stiefmütterlich behandelten Beruflichen Schulen (Ausstattung, Lehrkräfteversorgung, Anerkennung als Ganztagschulen) endlich auch gleichwertig zu behandeln. Die ersten Schritte zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sind getan, weitere müssen folgen.

Der Abschlussbericht kann unter folgendem Link abgerufen werden:

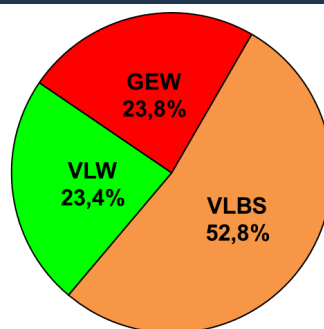
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/309/1930950.pdf>

## Personalratswahlen 2021

Unter noch unglücklicheren Rahmenbedingungen hätten die diesjährigen Personalratswahlen wohl kaum stattfinden können. Die „dritte Welle“ der Sars-CoV-2-Pandemie sorgte gerade rechtzeitig zu den Wahlen dafür, dass in einigen Regionen unseres Bundeslandes die Schulen abermals für den Regelbetrieb geschlossen werden mussten. Da nicht an allen Schulen die generelle Briefwahl beschlossen worden war, gab es gravierende Unterschiede bei der Wahlbeteiligung an den Schulen.

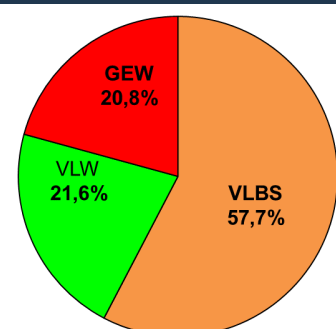
Im Ergebnis kam es zu leichten Verschiebungen der Stimmanteile - in der Regel zu Gunsten des vlbs - die aber nicht zu

Landesergebnis BPR



Verschiebungen in den Gremien geführt haben. Nach wie vor ist der vlbs die stärkste Gruppierung sowohl im BPR als auch im HPR mit jeweils fünf Sitzen. Auf VLW und GEW entfallen in beiden

Landesergebnis HPR



Gremien jeweils zwei Sitze. Aufgrund der Kooperation mit dem vlbs stellt der VLW mit Kurt Flöck (BPR) und Dirk Mettler (HPR) jeweils den ersten Stellvertreter.

## Landesdelegiertenversammlung

**Verband der Lehrerinnen und  
Lehrer an Wirtschaftsschulen**  
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



An alle VLW-Ortsverbände in Rheinland-Pfalz

Kirchheimbolanden, 16. Juli 2021

Einladung zur ordentlichen

# **VLW-Landesdelegiertenversammlung**

**4. Oktober 2021, 9:30 Uhr bis 16:00 Uhr**

**Rheintal-Kongress-Zentrum, Rheinkai 21, 55411 Bingen am Rhein**

### **Vorläufige Tagesordnung:**

1. Begrüßung
2. Grußwort von Ministerin Dr. Hubig (angefragt)
3. Wahl eines Versammlungsleiters/einer Versammlungsleiterin, der Mandatsprüfungskommission und zweier Zählkommissionen
4. Berichte Landesvorsitzender, Landesschatzmeister und Kassenprüfer
5. Aussprache und Entlastung des Vorstands
6. Verabschiedung und Ehrung von Mitgliedern des Landesvorstands
7. Beschlussfassung zu Satzungsänderungen
8. Neuwahl des Landesvorstands und von zwei Kassenprüfern
9. Beschlussfassung zur Resolution und zu den Anträgen
10. Verschiedenes
11. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Die endgültige Tagesordnung geht den Delegierten spätestens zwei Wochen vor der Versammlung zu. Delegierte erhalten nach § 25 UrVVO Dienstbefreiung, sofern dienstliche Gründe dem nicht entgegenstehen. Selbstverständlich sind auch alle anderen VLW-Mitglieder als Gäste freundlich eingeladen. Bitte schicken Sie Ihre Anträge (auch Satzungsänderungsanträge) bis spätestens 30. August 2021 an die Landesgeschäftsstelle. Später eingehende Anträge werden nur dann behandelt, wenn die Landesdelegiertenversammlung sie als dringlich anerkennt.

# VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer  
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 3/2021

Dezember 2021



**Landesdelegiertenversammlung 2021 in Bingen :**

**Der VLW wählt einen neuen Landesvorstand  
Interview mit dem neuen Landesvorsitzenden**

**Der neue Landesvorstand stellt sich vor  
Beschlüsse der Landesdelegiertenversammlung**

**Der Landesvorstand zu Gast im Bezirk Trier**



## INHALTSVERZEICHNIS

### Aus dem Verbandsleben I

Solidarität ist überwältigend - Besuch an der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler 3

### Landesdelegiertenversammlung 2021

Interview mit dem neuen Landesvorsitzenden Dirk Mettler 4

Der neue Landesvorstand stellt sich vor 6

Informationen des Landesschatzmeisters zur Finanz- und Beitragsordnung 7

Warme Worte reichen nicht - Resolution der Landesdelegiertenversammlung 9

Die Zukunft im Blick - beschlossene Anträge der LDV 10

Was sonst noch so geschah 18

### Aus dem Verbandsleben II

Der Landesvorstand zu Gast im Bezirk Trier 20

### IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb  
Vorsitzender: Dirk Mettler

Geschäftsstelle: Rutschbach 10,  
56736 Kottenheim

Redaktion und Layout: Dirk Mettler  
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16  
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Fotos: privat

### Liebe Kollegin, lieber Kollege,

knapp vor Weihnachten kamen die bereits für das letzte Jahr zugesagten Endgeräte für unsere Lehrkräfte endlich an den Schulen an. Und das ein ganzes Jahr später als ursprünglich in Aussicht gestellt! Bei dieser Gelegenheit erinnere ich gerne an unsere Karikatur vom letzten Jahr, welche bereits die Problematik der „One-fits-all“-Geräte für alle Schularten in etwas überzeichneter Form abbildet. Im Frühjahr hat man im Ministerium noch betont, dass es zwei verschiedene Geräte zur Auswahl geben wird. Leider haben viele Landkreise und Städte jedoch eine andere Entscheidung getroffen. Aus Gründen des Supports blieb dort den Kolleginnen und Kollegen nur noch die Wahl, zu dem vorausgewählten Gerät ja oder nein zu sagen. Grundsätzlich ist es durchaus wünschenswert, wenn die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen mit einheitlicher Technik arbeitet. Denn so können Schulungen und Teamarbeit effizient funktionieren. Die Voraussetzung ist allerdings, dass die Systeme mit der technischen Entwicklung und den Ansprüchen der ausbildenden Wirtschaft Schritt halten können.



Hinzu kam noch die Verunsicherung hinsichtlich der steuerlichen Absetzbarkeit von privat für dienstliche Zwecke angeschafften digitalen Geräten. Erst spät kam die Zusage des Finanzministeriums, dass diese auch dann weiterhin absetzbar sein können, wenn man das dienstliche Gerät in Anspruch nimmt.

Skepsis breitet sich aus, wenn man die aktuellen Probleme mit edoo.sys betrachtet. Da bleibt nur zu hoffen, dass der SchulCampus besser funktionieren wird. Wenig hilfreich für unsere berufsbildenden Schulen sind die Bedenken des Landesdatenschutzbeauftragten bezüglich der Nutzung kommerzieller Software-Produkte. Denn hier stoßen wir auf ein Dilemma, da die Mehrheit der ausbildenden Betriebe mit den in Frage stehenden kommerziellen Programmen arbeitet.

Aus den Anträgen der zurückliegenden VLW-Landesversammlung lassen sich die Probleme herauslesen, die im Zusammenhang mit der Digitalisierung an unseren Schulen auf uns zukommen. Dabei gehe ich davon aus, dass sich der Großteil unserer Kolleginnen und Kollegen gerne weiter auf den digitalen Weg begeben möchte, aber die erforderlichen Rahmenbedingungen schlichtweg nicht vorfindet. Die engagierten Pioniere müssen mit viel Mühe und oftmals privatem Geld technische Hürden überwinden und sind auch bei den Konzepten für das digitale Lernen häufig auf sich allein gestellt. Dabei gibt es viele Erfahrungen aus anderen Bundesländern oder aus der freien Wirtschaft, die unseren

Kolleginnen und Kollegen lediglich systematisch zugänglich gemacht werden müssten.

Aber selbst wenn die größten Probleme beseitigt sind, bleibt weiterhin der wichtige Faktor Zeit, der benötigt wird, um die Transformation hin zum digitalen Lernen zu bewältigen. Diese Zeit muss uns der Dienstherr zur Verfügung stellen, da wir ansonsten nur viel zu langsam vorankommen werden. Umso mehr als dass wir uns bei der Arbeitszeit aufgrund der Corona-Krise längst schon in einer Erschöpfungssituation befinden. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben bereits während der Corona-Krise weit mehr geleistet als dies die Dienstordnung vorsieht. Die VLW-Landesdelegierten haben eine Resolution verabschiedet, in der sie eine deutliche Entlastung fordern, und zwar jetzt und nicht in ferner Zukunft.

Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, scheint zwischenzeitlich im Bildungsministerium angekommen zu sein, denn von dort kam Mitte November aufgrund des Drucks der Landeseltern und der Lehrerverbände die Einladung zum Kongress „Schule der Zukunft“. Immerhin hat die Landesregierung für die kommenden Jahre mehrere Millionen Euro in Aussicht gestellt, um Pilotschulen neue Wege des Lernens beschreiten zu lassen. Gelingen kann

dies aber nur, wenn zusätzliches Personal eingestellt wird, und dafür sind die zugesagten Gelder allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ebenfalls wenig hilfreich ist die Tatsache, dass die Bundesländer beim Personal lieber sparen möchten, wie sich der aktuelle Tarifabschluss interpretieren lässt. Eine Erhöhung der Bezüge um 2,8 % zum 1. Dezember 2022 (!) stellt ein äußerst mageres und enttäuschendes Ergebnis dar.

All die Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, dass wir uns organisieren, um unsere Forderungen mit gebündelter Stimme bei unserem Dienstherrn vorzutragen. Deshalb freut es mich, dass der VLW bei seiner Landesversammlung in Bingen durch die Neuwahl des Landesvorstands ein deutliches Signal in Richtung Zukunft gesetzt hat. Lesen Sie mehr dazu in dieser Ausgabe des VLW kompakt.

Der Landesvorstand wünscht Ihnen ein glückliches neues Jahr.

**Ihr Karl-Heinz Fuß**  
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

## Solidarität ist überwältigend

Bei einem Besuch an der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler konnten sich der VLW-Landesvorsitzende Dirk Mettler und der Bezirksvorsitzende Kurt Flöck einen lebhaften Eindruck vom Ausmaß der Zerstörungen machen, die durch die Flutkatastrophe Mitte Juli verursacht wurden. Schulleiterin Gundi Kontakis, ihr Stellvertreter Dr. Klaus Müller sowie der Vorsitzende des Fördervereins Daniel Schlich führten die beiden VLW-Vertreter durch die aktuellen Baustellenbereiche der BBS.

Dabei berichteten Sie immer wieder von der überwältigenden Solidarität, die sie seit der Katastrophennacht von allen Seiten erfahren. Insbesondere die unbürokratische Aufnahme der Schülerinnen und Schüler an insgesamt sechs Schulen im nördlichen Rheinland-Pfalz wurde lobend erwähnt. Inzwischen konnten die Klassen, die an der Alice-Salomon-Schule in Linz sowie am Megina-Gym-



Vor den zerstörten Werkstätten (v. r. n. l.): Schulleiterin Gundi Kontakis, VLW-Landesvorsitzender Dirk Mettler, Fördervereinsvorsitzender Daniel Schlich und VLW-Bezirksvorsitzender Kurt Flöck bei der Übergabe der Spende

nasium in Mayen untergebracht waren, in die nicht zerstörten Teile des Schulgebäudes zurückkehren. Für die übrigen Klassen werden gerade provisorische Klassenräume auf dem Schülerparkplatz errichtet.

Die beiden VLW-Vertreter waren sehr beeindruckt von der Zuversicht und von der unermüdlichen Energie, mit der die

Schulgemeinschaft der BBS Bad-Neuenahr-Ahrweiler die riesige Herausforderung meistert. Am Ende des Besuchs überreichte Dirk Mettler die von der VLW-Landesdelegiertenversammlung am 4. Oktober beschlossene Spende in Höhe von 1.500 Euro an den Vorsitzenden des Fördervereins, um auch der Solidarität des VLW mit der Schule an der Ahr Ausdruck zu verleihen.

## Der neue Landesvorstand stellt sich vor

### Interview mit dem neuen Landesvorsitzenden Dirk Mettler

**VLW kompakt:** Dirk, herzlichen Glückwunsch zur Wahl zum neuen Landesvorsitzenden. Wie fühlt sich das neue Amt an nach den ersten Wochen?

**Dirk Mettler:** Vielen Dank, die Glückwünsche kann ich gut gebrauchen. Das neue Amt fühlt sich noch ungewohnt an, viele Abläufe müssen sich neu einspielen, erst recht, da wir auch eine neue Situation mit der Geschäftsstelle haben, die sich ja jetzt nicht mehr im Haushalt des Landesvorsitzenden befindet. Aber ich bin anpassungsfähig, der Landesvorsitz ist ja schließlich bereits die vierte Funktion, die ich im Landesvorstand übernommen habe.

**VLW kompakt:** Du warst Ansprechpartner für die Jungen Wirtschaftspädagogen, Schatzmeister und zuletzt Referent für Öffentlichkeitsarbeit. Liegt es dir nicht, eine Aufgabe langfristig wahrzunehmen?

**Dirk Mettler:** Man kann das auch so interpretieren, dass ich immer die Aufgabe übernommen habe, für die ich gerade gebraucht wurde. Dass das alle paar Jahre eine völlig neue Funktion bedeutet, lag eigentlich nie in meiner Absicht. Vielleicht liegt es mir aber auch einfach im Blut, immer wieder neue Herausforderungen zu suchen und auch anzunehmen.

**VLW kompakt:** Und wie lange möchtest du jetzt Landesvorsitzender bleiben?

**Dirk Mettler:** Satzungsgemäß bin ich zunächst für vier Jahre gewählt. Danach sehen wir weiter. Es bleibt halt auch abzuwarten, wie sich der Verband

entwickelt und ob das mit meinen Vorstellungen zusammenpasst.

**VLW kompakt:** Welche Entwicklung wünschst du dir denn für den VLW?

**Dirk Mettler:** Für mich sind zwei Punkte wichtig. Zum einen möchte ich dem Verband einen modernen Anstrich verleihen und ihn zukunftsgerichtet aufstellen. Das heißt konkret, dass perspektivisch die jungen Kolleginnen und Kollegen den Verband prägen. Es geht ja schließlich auch darum, die Zukunft des berufsbildenden Schulwesens zu gestalten. Wenn aus dem Verband die zukunftsweisenden Impulse kommen sollen, geht das nach meiner Überzeugung nicht, ohne dass die junge Generation in diesen Prozess eingebunden ist - und zwar an entscheidender Stelle.

**VLW kompakt:** Gibt es denn genügend junge Talente im VLW?

**Dirk Mettler:** Davon bin ich überzeugt. Man muss sie nur finden und dann natürlich zur Mitarbeit motivieren. Dafür werden wir aber sicher auch neue Möglichkeiten der Partizipation finden müssen. Die junge Generation lässt sich für die uns vertrauten Strukturen nur noch selten begeistern.

**VLW kompakt:** Und wo willst du die jungen Talente finden?

**Dirk Mettler:** Hier appelliere ich an die Ortsvorsitzenden und an die Bezirksvorstände, aktiv auf die jungen Kolleginnen und Kollegen zuzugehen. Ohne das wird es nicht funktionieren.



Zur Person: Dirk Mettler ist 52 Jahre alt, verheiratet, hat drei Kinder und lebt in Koblenz. An der Ludwig-Erhard-Schule in Neuwied unterrichtet er BWL/RW und katholische Religion.

**VLW kompakt:** Welches ist der zweite Punkt, der dir am Herzen liegt?

**Dirk Mettler:** Der zweite Punkt ist die engere Zusammenarbeit mit dem vlbs mit dem ganz klaren Ziel, in absehbarer Zeit einen gemeinsamen Verband zu bilden.

**VLW kompakt:** Im VLW gibt es aber auch viele Mitglieder, die sich einen eigenständigen Verband speziell für die kaufmännische Bildung wünschen.

**Dirk Mettler:** Das ist richtig und das ist auch verständlich. Allerdings muss man auch sehen, dass sich das berufsbildende Schulwesen nicht sauber in eine kaufmännische und eine gewerblich-technische Richtung unterteilen lässt. Die meisten rheinland-pfälzischen BBSn sind Bündelschulen und der an Bedeutung gewinnende Gesundheitsbereich ist mal an kaufmännischen, mal an gewerblichen Schulen angedockt. Und in den großen Städten gibt es sogar eigene BBSn mit sozialem Schwerpunkt.



**VLW kompakt:** Ist die Verschmelzung der beiden Verbände für dich also eine *conditio sine qua non*?

**Dirk Mettler:** Das natürlich nicht. Ich will keine Verschmelzung um jeden Preis, aber ich will sie. Deshalb bin ich auch sehr froh, dass ein entsprechender Antrag auf der letzten Landesdelegiertenversammlung eine breite Unterstützung erfahren hat.

**VLW kompakt:** Was motiviert dich eigentlich, dich für den VLW zu engagieren?

**Dirk Mettler:** Da kommen mehrere Gründe zusammen. Zunächst mal ist es mein Werdegang im VLW und dann bin ich - wie ich es gerne ausdrücke - selbst ja auch ein Kind der BBS.

**VLW kompakt:** Das musst du uns genauer erklären. Wieso motiviert dich dein Werdegang im VLW?

**Dirk Mettler:** Mein Eintritt in den VLW stand unter dem Solidaritätsgedanken. Weiter habe ich das damals gar nicht reflektiert. Wie wichtig eine verbandliche Vertretung wirklich ist, wurde mir erst klar, als die Landesregierung die unsägliche Fehlentscheidung getroffen hat, die FOS an den Realschulen plus anzudocken. Ich hatte damals den Eindruck, die BBS müsste als Steinbruch erhalten, um Lieblingsprojekte des Bildungsministeriums zu unterfüttern.

**VLW kompakt:** Wie ging es dann weiter?

**Dirk Mettler:** Daraufhin habe ich meinem damaligen Bezirksvorsitzenden, Herrn Gernot Kormann, meine Mitarbeit im Verband angeboten. Bei nächster Gelegenheit wurde ich dann in den Bezirksvorstand gewählt und kurze Zeit später vom Landesvorstand kooptiert,

um mich um die Jungen Wirtschaftspädagogen zu kümmern. Dabei habe ich immer mehr Lust auf die Verbandsarbeit bekommen und dann ja auch verschiedene Aufgaben übernommen.

**VLW kompakt:** Was meinst du damit, wenn du sagst, du seiest ein Kind der BBS?

**Dirk Mettler:** Das hat auch mit meinem Werdegang zu tun. Dieses Mal aber mit meinem beruflichen. Eigentlich hatte ich gar nicht vor zu studieren. Nach der mittleren Reife an einem Gymnasium habe ich eine Bankausbildung absolviert. In dieser Zeit habe ich natürlich auch eine Berufsschule besucht. Gegen Ende meiner Ausbildung habe ich mich dann gefragt, ob ich mir wirklich den richtigen Beruf ausgesucht habe. Dabei fiel mein Blick auf meine damaligen Berufsschullehrer und deren Job gefiel mir irgendwie besser als mein eigener.

**VLW kompakt:** Wie ging es dann weiter? Du hattest ja noch nicht mal Abitur.

**Dirk Mettler:** Das stimmt. Aber im berufsbildenden Schulsystem gibt es ja für jeden eine passende Anschlusslösung. Heute würde mein Weg sicher über die Berufsoberschule führen, die gab es damals aber leider noch nicht. Deshalb bin ich auf ein Wirtschaftsgymnasium gegangen. Mit meiner Bankausbildung im Rücken hatte ich da einen ziemlich leichten Einstieg.

**VLW kompakt:** Das heißt, die Berufsschule hat dir das Lehramt schmackhaft gemacht und das Wirtschaftsgymnasium hat dir den Weg ins Studium ebnet.

**Dirk Mettler:** Und damit meinen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Noch heftiger fiel dieser Aufstieg bei meinem Bruder aus. Er hat die allgemeinbildende

Schule mit dem Hauptschulabschluss verlassen. Parallel zu Ausbildung und Berufsschule hat er damals die Berufsaufbauschule besucht und die mittlere Reife erworben, anschließend die Fachoberschule, die damals noch dort angesiedelt war, wo sie hingehört. Heute arbeitet er als Maschinenbauingenieur in der Automobilzulieferindustrie.

**VLW kompakt:** Das sind zwei schöne Beispiele für die Aufstiegsmöglichkeiten, die die BBS bietet.

**Dirk Mettler:** Genau. Und deshalb liegt mir die BBS so am Herzen. In bildungspolitischen Diskussionen wird immer wieder behauptet, unser Schulsystem sei nur nach unten durchlässig, fördere also den Bildungsabstieg. Das Gegenteil ist richtig. Die BBS bietet, wie ich vorhin schon mal angemerkt habe, für jeden, der von einer weiterführenden Schule kommt, ein passendes Anschlussangebot. Jahr für Jahr verlassen Tausende junger Menschen die BBSn, die allermeisten davon sind echte Bildungsaufsteiger.

Die BBSn fungieren also wie ein Fahrstuhl nach oben. Das ist für jeden einzelnen der jungen Menschen, die zu uns kommen, und auch für die Gesellschaft als Ganzes von unermesslichem Wert. Deshalb lohnt sich der Einsatz für die BBS. Dafür braucht es starke Verbände wie den VLW, die nicht müde werden, die Bedeutung der BBS immer wieder herauszustellen und im Dialog mit der Politik immer wieder zu betonen. Dafür brauchen wir Mitglieder, die bereit sind, sich im VLW für die BBS zu engagieren.

**VLW kompakt:** Das ist ein schönes Schlusswort. Dirk, Danke für das Gespräch und viel Erfolg bei deinem Einsatz für den VLW und für die BBS!

**Dirk Mettler:** Vielen Dank.

## Der neue Landesvorstand stellt sich vor



**Andreas Seehaus**  
Stellvertretender Landesvorsitzender

Als Mitglied im BPR bei der ADD und Bezirksvorsitzender in der Pfalz berate und unterstütze ich unsere Kolleginnen und Kollegen bei Fragen und Problemen aus dem schulischen Alltag.

Kontakt:  
andreas.seehaus@vlw-rlp.de  
Schule: BBS Landau



**Emöke Anderlik**  
Stellvertretende Landesvorsitzende

Ich engagiere mich im VLW, weil wir nur gemeinsam gute Arbeitsbedingungen durchsetzen und schaffen können. Denn gute Arbeit verdient Anerkennung und Wertschätzung.

Kontakt:  
emoeke.anderlik@vlw-rlp.de  
Schule: BBS Wirtschaft Worms



**Jürgen Hatzfeld**  
Schatzmeister

Ich engagiere mich im VLW, weil er eine notwendige und kompetente Vertretung der Interessen der kaufmännischen berufsbildenden Schulen, ihrer Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler ist.

Kontakt:  
juergen.hatzfeld@vlw-rlp.de  
Schule: ehemals BBS Wirtschaft Worms



**Michael Lutz**  
Schriftführer

Als Schriftführer im Landesvorstand möchte ich dazu beitragen, den Verband zu stärken und unseren Mitgliedern, den Kolleginnen und Kollegen an unseren Berufsbildenden Schulen, ihre Arbeit zu ermöglichen und zu erleichtern.

Kontakt:  
michael.lutz@vlw-rlp.de  
Schule: ehemals BBS Bingen



**Karl-Heinz Fuß**  
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Ich engagiere mich im VLW, weil es ohne organisierte Verbandsarbeit keine effektive Personalratsarbeit geben kann. Meine Aufgabengebiete sind das VLW kompakt, unserer Website und unser Newsletter.

Kontakt:  
karl-heinz.fuss@vlw-rlp.de  
Schule: BBS Alzey



**Stefanie Tischer**  
Bildungs- und Schulpolitik

Die berufliche Bildung in Rheinland-Pfalz verdient einen höheren Stellenwert. Darum engagiere ich mich im VLW und bin im Landesvorstand für den Bereich Bildungs- und Schulpolitik zuständig.

Kontakt:  
stefanie.tischer@vlw-rlp.de  
Schule: Ludwig-Erhard-Schule Neuwied



**Miriam Schmidle**  
Junge Wirtschaftspädagogen

Gerade für junge Kolleginnen und Kollegen ist es wichtig, eine leistungsstarke Interessensvertretung zu haben. Im VLW engagiere ich mich besonders bei der Gestaltung der digitalen Zukunft an den Berufsbildenden Schulen.

**Kontakt:**  
miriam.schmidle@vlw-rlp.de  
Schule: BBS Wirtschaft Worms



**Kurt Flöck**  
Recht und Besoldung

Die Tätigkeit von Verbänden und Gewerkschaft ist Ausdruck gelebter Demokratie in unserem Land. Als Ansprechpartner im Geschäftsbereich „Recht und Besoldung“ bin ich gerne bereit, mich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

**Kontakt:**  
kurt.floeck@vlw-rlp.de  
Schule: BBS Wissen



**Petra Studt**  
Lehrkräfte für Fachpraxis

Gerne bringe ich weiterhin meine Erfahrungen in die Vorstandsarbeit ein, um Interessen und Bedürfnisse von Kolleginnen und Kollegen zu vertreten, mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Fachpraxis im Bereich Bürowirtschaft.

**Kontakt:**  
petra.studt@vlw-rlp.de  
Schule: BBS Montabaur

## Informationen des Landesschatzmeisters

**Beitragseinzug erfolgt jetzt zentral durch den Landesverband**

In diesem Jahr haben wir eine wesentliche organisatorische Veränderung vorgenommen – Ihr Beitrag wird nicht mehr durch die Bezirke, sondern durch den Landesverband eingezogen. Gleichzeitig wurde eine zentrale Mitgliederdatei eingerichtet und die Daten der Bezirke wurden dort zusammengeführt.

In diesem Zusammenhang haben wir Ihnen allen ein Formular mit Ihren – in der zentralen Mitgliederdatei hinterlegten – Daten mit der Bitte um Prüfung zugesandt. Viele von Ihnen haben uns Veränderungen bereits mitgeteilt – alle anderen bitten wir, dies noch zu tun. Nur mit korrekten Daten können wir mit Ihnen kommunizieren bzw. Ihren Beitrag in der richtigen Höhe abbuchen.

Allen, die uns bei der Umstellung unterstützt haben, den Bezirksvorsitzenden und -schatzmeistern, den Ortsvorsitzenden und insbesondere unserem Ehrenmitglied Heinz Werner Seyler, gilt unser besonderer Dank.

**Geringfügige Anpassung der Finanz- und Beitragsordnung – der VLW bleibt konkurrenzlos günstig**

Im Zusammenhang mit der zentralen Mitgliederverwaltung hat die Landesdelegiertenversammlung am 4. Oktober 2021 Veränderungen in der Finanz- und Beitragsordnung ab 2022 beschlossen. Bis auf einige geringe Anpassungen für Mitglieder im gehobenen Dienst bleiben die Mitgliedsbeiträge stabil. Die letzte Beitragserhöhung liegt damit 11 Jahre zurück.

Diese Beitragskonstanz ist vor allem auf das hohe ehrenamtliche Engagement sowohl in den Orts- und Bezirksverbänden als auch im Landesverband zurückzuführen und war nur durch sparsame Haushaltsführung und den Verzicht auf Aufwandsentschädigungen, Honorare, Sitzungsgelder u. ä. möglich.

Zum Vergleich: Im Zeitraum von Januar 2011 bis September 2021 ist der Preisindex für die Lebenshaltung um 17,6 % (von 93,9 auf 110,4 Indexpunkte) gestiegen. Ebenso mussten wir erhöhte Beiträge an die Dachverbände abführen. Der VLW bleibt damit konkurrenzlos günstig.

Eine Studienrätin/ein Studienrat zahlt (Stand November 2021) beim VLW auf voller Stelle 10 Euro im Monat (beim VLBS 17,40 Euro, bei der GEW 34,80 Euro).



Dies gelingt nicht zuletzt durch den Verzicht auf eine Diensthaftpflicht- und Schlüsselversicherung. Diese können Sie - wenn Sie es wünschen - letztlich günstiger für einen geringen Zuschlag im Rahmen Ihrer privaten Haftpflichtversicherung mitversichern, was wir dringend empfehlen.

Bitte informieren Sie unsere Mitarbeiterin Frau Jakob zeitnah über Änderungen von Adresse, Dienstort, Bankverbindung und Stundenumfang (siehe gelben Kasten unten). Dies ist auch über unsere Homepage gesichert möglich.

Danke für Ihre Unterstützung!

Jürgen Hatzfeld  
Landesschatzmeister

**Wichtig: Ihre aktuellen Daten**

Liebe Mitglieder,

bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.

Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung: Ruth Jakob, Holzhauserstr. 27, 55411 Bingen, ruth.jakob@vlw-rlp.de oder über unsere Website (<https://vlw-rlp.de/pages/mitgliedschaft/aenderungsmeldung.php>).

Vielen Dank!

**Auszug aus der Finanz- und Beitragsordnung  
(gültig ab 1. Januar 2022)**

- Der VLW Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. erhebt zur Finanzierung seiner Aufgaben Mitgliedsbeiträge. Diese erhält der Landesverband. Sie werden auf Vorschlag des Landesvorstandes von der Delegiertenversammlung festgesetzt. Ab 1. Januar 2022 werden folgende Monatsbeiträge erhoben:

**Höherer Dienst**

Mitglieder im Höheren Dienst auf voller Stelle: ..... 10,00 Euro/Monat  
Mitglieder im Höheren Dienst bis 3/4-Stelle: ..... 8,00 Euro/Monat  
Mitglieder im Höheren Dienst bis 1/2-Stelle: ..... 6,00 Euro/Monat  
Mitglieder in Altersteilzeit: ..... 8,00 Euro/Monat

**Gehobener Dienst**

Mitglieder im Gehobenen Dienst auf voller Stelle: ..... 9,00 Euro/Monat  
Mitglieder im Gehobenen Dienst bis 3/4-Stelle: ..... 7,00 Euro/Monat  
Mitglieder im Gehobenen Dienst bis 1/2-Stelle: ..... 5,00 Euro/Monat  
Mitglieder in Altersteilzeit: ..... 7,00 Euro/Monat

**Pensionäre und Pensionärinnen**

Pensionärinnen und Pensionäre mit Doppel-Mitgliedschaft  
im Bund der Ruhestandsbeamten (BRH): ..... 7,00 Euro/Monat  
Pensionärinnen und Pensionäre ohne Doppel-Mitgliedschaft  
im Bund der Ruhestandsbeamten (BRH) : ..... 6,00 Euro/Monat

**Sonstige**

Ehegatten (2. Beitrag): ..... 6,00 Euro/Monat  
Referendarinnen und Referendare: ..... 2,00 Euro/Monat  
Studierende und Mitglieder ohne Anstellung: ..... 2,00 Euro/Monat  
Mitglieder in Elternzeit (ohne Bezüge und über mindestens  
6 Monate Dauer): ..... 2,00 Euro/Monat  
(Für Mitglieder in Elternzeit, die in Teilzeit arbeiten, gilt der normale Beitrag gemäß dem Stundenumfang.)

- Die Beiträge werden vom Landesverband vierteljährlich im Lastschriftverfahren eingezogen. (Hinweis: Die Abbuchung erfolgt jeweils zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November bzw. dem nächsten folgenden Bankarbeitstag.)
- Die Mitglieder sind verpflichtet, sämtliche Veränderungen gemäß § 7 Abs. 5 der Satzung des VLW Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (Änderungen des Beschäftigungsumfangs, Versetzungen, Adressänderungen, Änderungen der Bankverbindung usw.), unverzüglich der Landesgeschäftsstelle zu melden. Unabhängig vom Zeitpunkt der Meldung wird der korrekte Beitrag im Falle einer Erhöhung ab dem Zeitpunkt der Veränderung erhoben. Ergibt sich aus der Meldung der Veränderung eine Verminderung des Beitrags, wird die Differenz auf Antrag für maximal zwei zurückliegende Quartale erstattet. Über Abweichungen von der Beitragsordnung entscheidet der Landesvorstand mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder.

## Landesdelegiertenversammlung

### Warme Worte reichen nicht - VLW fordert Kompensation der Mehrbelastungen durch Pandemie und Digitalisierung

Seit nunmehr anderthalb Jahren befinden sich die Schulen in unserem Land im Ausnahmestadium. Während der ersten Phase der Schulschließungen waren im individuellen Fernunterricht über E-Mails, Messengerdienste, Moodle & Co. das Improvisationstalent und ein außergewöhnliches Engagement der Kolleginnen und Kollegen gefragt. Schon damals sind viele Kolleginnen und Kollegen ihren Schülerinnen und Schülern zuliebe bis an ihre Belastungsgrenze, manche auch darüber hinaus, gegangen. Es folgte eine Phase des Wechselunterrichts, in der die Schülerinnen und Schüler wechselweise in Präsenz beschult oder zuhause mit entsprechenden Lernaufträgen und Aufgaben versorgt wurden. Zwischenzeitlich hatte die Landesregierung eine Landeslizenz für ein funktionierendes Videokonferenz-System erworben, das von einer mit reichlich Kinderkrankheiten gesegneten Landeslösung Marke Eigenbau abgelöst wurde. In der Zeit der Pandemie wurden die Lehrkräfte zu Lüftungsexperten und Testbeauftragten, die sich in diverse Videokonferenzsysteme und Lernplattformen eingearbeitet haben. **Dass unter diesen Umständen ein einigermaßen vernünftiges Unterrichten gelingen konnte, ist dem unermüdlichen und selbstlosen Einsatz vieler engagierter Lehrkräfte zu verdanken.**

Wir anerkennen ausdrücklich die Bemühungen und Leistungen der Landesregierung, einen sicheren und verlässlichen Unterricht zu garantieren. Auch wir möchten am liebsten einfach nur unserem gewählten Beruf nachgehen und junge Menschen fit für die Zukunft machen. Die Zeit, in der wir gerade leben, lässt es aber nicht zu, „einfach nur so“ Lehrerin oder Lehrer zu sein.

Die Maßnahmen, die zur Sicherung des Unterrichts ergriffen wurden, gehen mit Mehrbelastungen für die Lehrkräfte einher. Dies wurde seitens unserer Bildungsministerin auch immer wieder anerkannt und lobend erwähnt. **Was allerdings immer noch aussteht, ist eine Kompensation für die geleistete Mehrarbeit.**

Der VLW fordert als Ausgleich für die während der Pandemie – die ja leider immer noch nicht vorbei ist – geleistete Mehrarbeit eine Gutschrift von acht Lehrerwochenstunden für jede Vollzeitkraft, Teilzeitkräfte sollen anteilig bedacht werden. Dieses Guthaben sollen die Kolleginnen und Kollegen, so wie es bei der so genannten „Zwangsanspartunde“ auch geregelt war, individuell und unter Berücksichtigung schulischer Belange abrufen können. Auf Wunsch soll dieses Guthaben auch geblockt am Ende der Dienstzeit abgerufen werden können, etwa um in den letzten Dienstjahren eine zusätzliche Entlastung zu erhalten. Um die Lerndefizite aufzufangen, unter denen viele Schülerinnen und Schüler aufgrund der Einschränkungen durch die Pandemie leiden, bedürfen diese einer stärker individualisierten Förderung. **Dazu sind dringend kleinere Klassen und eine bessere personelle Ausstattung unserer Schulen nötig.** Es gibt, wenn auch nicht für jedes einzelne Fach, mehr als genug junge Lehrkräfte auf dem Markt, die sich gerne dieser wichtigen Aufgabe widmen würden!

Durch die Pandemie hat die Digitalisierung auch an den Schulen einen erheblichen Schub erhalten. Wir begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich, warnen jedoch vor dem Irrglauben, dadurch würde

jetzt alles einfacher und ginge schneller. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass der administrative Aufwand sowohl in den Schulen als auch bei den einzelnen Lehrkräften zunächst erheblich größer ausfällt. Dies gilt erst recht, wenn die zur Verfügung stehenden digitalen Tools unausgereift sind und deren Defizite durch persönlichen Einsatz ausgeglichen werden müssen. **Die Transformation der Schulen ins digitale Zeitalter ist nicht umsonst zu haben!** Die Zukunft der jungen Generation ist mehr als ein Almosen wert. Deshalb fordert der VLW die sofortige Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel, um einen Support zu gewährleisten, der eine verlässliche Unterrichtsplanung und -gestaltung ermöglicht. Die Verantwortung dafür auf die Schulträger zu schieben, mag dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen, zementiert aber leider die ohnehin schon erheblichen regionalen Unterschiede zwischen leistungsfähigen und überschuldeten Kommunen.

Darüber hinaus muss das Land Lizenzen für praxisnahe Programme erwerben, mit denen eine Ausbildung ermöglicht wird, die sich an den Erfordernissen einer digitalisierten Arbeitswelt orientiert, sodass die jungen Menschen, die die berufsbildenden Schulen verlassen, auch wirklich fit für die Zukunft sind. Die Beschränkung auf Open-Source-Programme führt dazu, dass die betriebliche Praxis nicht realitätsnah abgebildet werden kann, wodurch die berufliche Bildung massiv abgewertet würde. Die junge Generation hat einen Anspruch auf eine zukunftsorientierte Ausbildung, die auf die digitale Arbeitswelt vorbereitet. **Wer hier spart, setzt die Zukunft einer ganzen Generation wie auch unseres Landes aufs Spiel!**

Schließlich müssen auch die Lehrkräfte auf diesem Weg mitgenommen werden. Dafür braucht es umfangreiche Schulungen und Fortbildungen. Die durch die Digitalisierung möglichen neuen Arbeitsformen bei Fortbildungen (sog. Online-Seminare) können als Ergänzung des bestehenden und auszubauenden Angebots angesehen werden. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass Fortbildungen mehr und mehr zu einem Frei-

zeitvergnügen werden, die außerhalb der gebundenen Arbeitszeit stattfinden. Auch der Besuch einer Fortbildung stellt Arbeit dar, die auch als solche anerkannt werden muss!

**Dem solidarischen Handeln und dem unermüdlichen Einsatz tausender Kolleginnen und Kollegen ist es zu verdanken, dass unsere Schulen während der Pandemie nicht kol-**

**labiert sind. Auch der Einstieg ins digitale Zeitalter, wenn er gelingen soll, wird auf diese Ressourcen zugreifen müssen. Deshalb geben wir uns nicht mehr mit warmen Worten zufrieden, sondern fordern ein entschlossenes Handeln unserer Landesregierung, das den Worten Taten folgen lässt!**

## Die Zukunft im Blick - beschlossene Anträge der LDV 2021

Antragsteller: Landesvorstand  
Betreff: Änderung der Finanzordnung

Neufassung der Finanzordnung entsprechend der Vorlage

Begründung: Künftig sollen die Mitgliedsbeiträge nicht mehr auf Bezirksebene, sondern zentral durch den Landesverband eingezogen werden. Des Weiteren erfolgt eine Reihe von Präzisierungen, z. B. zur Beitragspflicht von Mitgliedern in Elternzeit. Für Mitglieder im gehobenen Dienst wird künftig durchgehend ein um 1 Euro/Monat günstigerer Beitrag erhoben.

**Bei 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.**

Antragsteller: Landesvorstand  
Betreff: Einführung einer Geschäftsordnung

Einführung einer Geschäftsführung entsprechend der Vorlage (Anlage)

Begründung: Die Neufassung der Satzung sieht eine Geschäftsordnung für die Landesdelegiertenversammlung vor, in der Verfahrensfragen geregelt werden.

**Bei 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.**

Antragsteller: Ortsverband Bingen  
Betreff: Aufbruch zu einem „Rheinland-Pfälzischen Institut für berufliche Bildung“

Der Landesvorstand wird aufgefordert, eine einheitliche Steuerung, Beratung, Unterstützung, Trägerschaft und Aufsicht aller berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz nach dem Hamburger Vorbild in die politische Diskussion zur Zukunft der beruflichen Bildung in RLP einzubringen und die Entwicklung entsprechender Strukturen progressiv-kritisch zu begleiten.

Begründung: Die aktuellen Probleme insbesondere im Bereich der Digitalisierung und der Transformation der Berufsbildungsstrukturen in Bezug auf die sich rasant ändernden Anforderungen des Arbeitsmarktes lassen erkennen, dass die althergebrachten Strukturen der Steuerung, Trägerschaft und Kontrolle der berufsbildenden Schulen nicht mehr zeitgemäß sind und Weiterentwicklungen auf Schulebene mehr behindern als ermöglichen.

Insbesondere die Aufteilung der Sachkostenträgerschaft und der Personalhoheit zwischen Kommunen und Land haben sich überholt, lassen sich kaum steuern und führen darüber hinaus zu einer extrem ungleichen Ver-

teilung von Bildungschancen. Der Abruf der Digitalisierungsmittel ist in diesem Bereich ein sehr trauriges Beispiel für das Systemversagen (vgl. Artikel im Stern vom 20.08.2020).

Auch die ständigen Reibungsverluste aufgrund von Zuständigkeitsunklarheiten zwischen Bildungsministerium, drei oft uneinheitlich agierenden ADD-Bezirken, Pädagogischem Landesinstitut, Studienseminaren und Schulen vor Ort müssen behoben werden.

Das bereits im Jahr 2007 gegründete HIBB ist ein leuchtendes Gegenbeispiel für einen innovativen Ansatz, der auch mit geringfügigen Anpassungen auf ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz übertragen werden kann.

**Bei 5 Enthaltungen einstimmig angenommen.**



**Breite Zustimmung: Die meisten Anträge stießen auf große Unterstützung der Delegierten.**



**Antragsteller: Ortsverband Worms**  
**Betreff: Einführung von digitalen**  
**Fachkräften an rheinland-pfälzischen**  
**Schulen**

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass an den Schulen Stellen für digitale Fachkräfte geschaffen werden.

**Begründung:** Im Zuge der Digitalisierung werden auch die Bildungsangebote und die im Unterricht verwendeten medialen Angebote moderner und digitaler. Dies ist nicht zuletzt durch die Novellierung des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes für alle Lehrkräfte verbindlich festgelegt worden. Die Realität an den Schulen zeigt jedoch, dass Netzwerke und schuleigene Endgeräte oftmals nicht in der dafür notwendigen Weise zuverlässig funktionieren und es einen effektiven und kurzfristigen First-Level-Support braucht, um Störungen kleinerer Art vor Ort möglichst noch während der jeweiligen Unterrichtsstunde beheben zu können.

Eine Lösung über die Schulträger ist wegen der langen Reaktionswege kein adäquates Hilfsangebot.

Ebenso kann es nicht sein, dass an einer Schule der reibungslose Einsatz digitaler Bildungsangebote davon abhängt, dass sich Lehrkräfte über ihre unterrichtliche Lehrbefähigung hinaus Kompetenzen im Bereich der Netzwerktechnik und Hardware erwerben müssen und ihre Fähigkeiten dann zum Wohle ihrer Schule einsetzen.

Es braucht daher nicht-unterrichtende Fachkräfte, die während der Unterrichtszeiten in der Lage sind, die digitale Infrastruktur der Schule aufrecht zu erhalten bzw. diese binnen kurzer Zeit wiederherzustellen.

**Einstimmig angenommen.**

**Antragsteller: Ortsverband Trier**  
**Betreff: Systembetreuung durch**  
**Fachpersonal vom Land**

Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass für die Systembetreuung Fachpersonal vom Land eingestellt wird.

**Begründung:** Die zunehmende Digitalisierung der Schulen (auch unterstützt durch den Digitalpakt), sowie die Forderung nach mehr digitalem Unterricht und BYOD-Szenarien erfordert einen durch ihre Komplexität und ihre Wartungsansprüche deutlich erhöhten Betreuungsaufwand an den Schulen. Bisher werden häufig EDV-Lehrer mit dieser Aufgabe betraut (sofern an den Schulen überhaupt ein EDV-Lehrer unterrichtet). Hierfür werden Stundenentlastungen gewährt, die aber derzeit schon lange nicht mehr ausreichen. Gibt es keinen EDV-Lehrer, wird ein EDV-Lehrer von einer anderen Schule genommen, der mitunter für 3 Schulen zuständig ist. Uns ist auch bewusst, dass die Einführung von Systembetreuern bereits beschlossen ist. Diese sollen aber vom Schulträger bestellt und bezahlt werden. Die knappen werdenden kommunalen Ressourcen halten aber viele Schulträger von der Einstellung eines Systembetreuers für eine einzelne Schule ab. So gibt es dann einen kommunalen Systembetreuer, der dann für alle Schulen (und das Rathaus) zuständig ist. Darum fordern wir die Finanzierung solcher Stellen auf Landesebene mit direkter Zuordnung an eine Schule.

**Einstimmig angenommen.**

**Antragsteller: Ortsverband Worms**  
**Betreff: Fortbildungskonzept zu**  
**Medientechnik am PL**

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass am Pädagogischen Landesinstitut ein Fortbildungskonzept etabliert wird, das

die Lehrkräfte zum methodisch und didaktisch zielführenden Einsatz digitaler Medien befähigt.

**Begründung:** Mit der Digitalisierung geht eine elementare Veränderung der Unterrichtsgestaltung und der Unterrichtsmedien einher. Diese Veränderung bedeutet für viele Lehrkräfte eine grundlegende Neuvorbereitung ihres Unterrichts, die durch fundierte Fortbildung begleitet werden muss.

Statt des Angebots singulärer Veranstaltungen zu ausgewählten Medien ist eine fortlaufende Fortbildungsreihe notwendig, welche die Kolleginnen und Kollegen aufeinander aufbauend zu digitalem Unterricht qualifiziert. Diese modularisierte Fortbildungsreihe durch Fachexperten soll sich am Kompetenzrahmen des European Framework for the Digital Competence of Educators orientieren und insbesondere die Verbindung digitaler Medien mit der Fachdidaktik der jeweiligen Unterrichtsfächer beinhalten.

Jede Lehrkraft soll sich so mit einem passenden Fortbildungsreihenangebot des PL individuell weiterentwickeln können, um die Kompetenz in der digitalen Welt aufzubauen. Dabei sollen der jeweilige digitale Kenntnisstand und die technische Schulausstattung berücksichtigt werden.

Bei den Fortbildungen ist darauf zu achten, dass die Veranstaltungen während der Kernarbeitszeit von Lehrkräften (8:00 - 16:00 Uhr) stattfinden.

**Bei 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.**



**Antragsteller: Bezirksverband KO**  
**Betreff: Ausstattung der Lehrkräfte mit mobilen Endgeräten (Notebooks, Laptops, Tablets) durch den Dienstherrn oder wahlweise Zahlung eines Zuschusses zu einem von der Lehrkraft beschafften Endgerät**

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich nachhaltig dafür ein, dass die Lehrkräfte im Bereich der berufsbildenden Schule im Rahmen der Umsetzung des Digitalpakts Schule durch den Dienstherrn zeitnah mit mobilen Endgeräten (Notebooks, Laptops, Tablets) ausgestattet werden oder dass vom Dienstherrn wahlweise ein Zuschuss zu einem von der Lehrkraft beschafften Endgerät gezahlt wird. Für diejenigen Lehrkräfte, die ein vom Dienstherrn zur Verfügung gestelltes Endgerät nutzen, wird seitens des Dienstherrn die Bereitstellung der erforderlichen Software, die Erneuerung der Endgeräte nach Ablauf einer festzulegenden Nutzungsdauer sowie die Wartung der Endgeräte sichergestellt. Diejenigen, die ein privates Endgerät nutzen, müssen hierfür selbst Sorge tragen, erhalten aber für die Softwarebereitstellung und notwendige Wartungsarbeiten am Endgerät einen Pauschalbetrag.

**Begründung:** Der Digital-Pakt Schule trat mit Unterzeichnung der Bund-Länder-Vereinbarung am 17. Mai 2019 in Rheinland-Pfalz in Kraft. Die Landesregierung erklärt die Digitale Bildung mit der Agenda „Digitale Bildung entscheidet“ zu einem ihrer politischen Schwerpunkte. Um die digitale Entwicklung im

Bildungsbereich zu forcieren, müssen den Lehrkräften zeitnah die hierfür benötigten Arbeitsmittel an die Hand gegeben werden. Die Pflicht zur Bereitstellung der benötigten Arbeitsmittel leitet sich insbesondere aus dem Schulgesetz des Landes Rheinland-Pfalz ab.

**Dieser Antrag wurde zusammen mit dem folgenden Antrag behandelt.**

**Antragsteller: Ortsverband Worms**  
**Betreff: Zügige und unbürokratische Zurverfügungstellung digitaler Endgeräte für Lehrkräfte**

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass die von der Bundesregierung zugesagten digitalen Endgeräte tatsächlich zeitnah bei den Lehrkräften ankommen.

**Begründung:** Am Beispiel des Digitalpaktes ist zu erkennen, dass die Zurverfügungstellung von Mitteln mit hohen bürokratischen Hürden einhergeht und ein Großteil der vom Bund zur Verfügung gestellten 5 Milliarden Euro den Schulen noch nicht zugeflossen ist. Insbesondere der im Falle des Digitalpakts vorgegebene lange Weg von der Einreichung des didaktischen Konzepts beim Schulträger über das Pädagogische Landesinstitut bis zur tatsächlichen Auszahlung durch die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz lässt befürchten, dass viele Monate ins Land gehen werden, bis die Dienst-Laptops den Lehrkräften tatsächlich zur Verfügung stehen.

Moderner Unterricht, der unsere Schülerinnen und Schüler zu den notwen-

digen Kompetenzen für lebenslanges Lernen in einer digitalen Welt befähigt, kann nur stattfinden, wenn die Lehrkräfte mit einem modernen digitalen Endgerät ausgestattet sind, das sich in die vorhandene Infrastruktur der Schule nahtlos einbinden lässt. Allein auf die Eigeninitiative der Lehrkräfte oder die vorhandene Ausstattung zu setzen, bedeutet, dass in vielen Fällen digitaler Unterricht eher die Ausnahme als die Regel ist. Die derzeit im BBS-System befindlichen Schülerinnen und Schülern haben hingegen bereits jetzt einen Anspruch darauf, im Unterricht optimal auf die digitale Arbeitswelt vorbereitet zu werden.

**Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen**

**Antragsteller: Ortsverband Worms**  
**Betreff: Landesweite Softwarelizenzen für Schulen**

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass den Schulen aktuelle Schullizenzversionen durch das Land Rheinland-Pfalz bereitgestellt werden.

**Begründung:** Zunächst brauchen Schulen eine Grundausstattung an Softwareprogrammen, die als „digitale Schultasche“ des Landes allen Lehrkräften für den digitalen Unterricht zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus werden an den Schulen Softwarelizenzen für den jeweiligen Unterricht (z. B. MS Office, SAP4School oder ggf. Open Source- Programme etc.) oder auch für Kammerprüfungen (z. B. Navison) benötigt, die sowohl den Lehrkräften als auch den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen müssen.

Es erscheint ineffizient, dass die Schulen einzeln mit den Softwareanbietern verhandeln; vielmehr sollte hier eine landesweite Lösung (vgl. Moodle, Webex und BigBlueButton) angestrebt werden.



**Gern gesehene Gäste: Die Ehrenmitglieder Nortrud Hummel und Hans Lemke**

Darüber hinaus können Schulen spezielle Softwareprogramme wie bisher eigenständig anschaffen und verwalten.

### Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Antragsteller: OV Bernkastel-Kues  
Betreff: Nicht abgerufene Budgets für digitale Ressourcen und Ausstattung nutzen

Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass für alle Lehrkräfte an BBS digitale Ressourcen und Ausstattung aus Mitteln nicht abgerufener Budgets zur Verfügung gestellt werden!

Begründung: Verschiedene relativ hohe Budgets (z.B. EQUIL-B bzw. -C) werden von den Schulen nicht abgerufen. Diese freiwerdenden Mittel könnten dazu genutzt werden, digitalen Content, Fortbildungsreihen am PL, freien Zugang zu kostenpflichtigen fobizz-Webinaren, kostenpflichtige tutorielle/interaktive Systeme der Schulbuchverlage, Software-Lizenzen etc. den Lehrkräften kostenlos zur Verfügung zu stellen, damit sie mehr Ressourcen für digitalen Unterricht haben.

### Angenommen bei 1 Ablehnung und 6 Enthaltungen

Antragsteller: Ortsverband Bingen  
Betreff: Ausstattung der Schulen mit ausreichenden Ressourcen

Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich für eine aufgabengerechte Ausstattung der Schulen mit Anrechnungsstunden für die Kollegien und die Schulleitungen einzusetzen, die der permanent steigenden Aufgabenfülle gerecht wird.

Begründung: Die Aufgabenvielfalt in den berufsbildenden Schulen nimmt seit Jahren unablässig zu. Ständig werden neue Aufgaben im Bereich der Statistik, neue Aufgaben (Schaffung verschiedener „Beauftragten“), mehr eigenverant-

Während der Versammlung wurde eifrig diskutiert. Dabei wurden selbstverständlich auch gegensätzliche Meinungen respektiert.



wortliche Aufgabenwahrnehmung, Personalhoheit, Administrationsaufgaben etc. auf Kolleginnen und Kollegen sowie Schulleitungen übertragen.

Die Ausstattung mit Stunden für das Kollegium (Anrechnungsstunden, 3/6-Pauschale) wächst jedoch kaum bzw. überhaupt nicht mit. Die ungebundene Arbeitszeit der Lehrkräfte wird damit immer weiter erhöht.

Auch die Stunden für die Wahrnehmung von Schulleitungsaufgaben werden nicht erhöht, sondern im Gegenteil wird keine Gelegenheit ausgelassen, Anrechnungsstunden zu reduzieren oder gar Funktionsstellen einzusparen.

Viele Kolleginnen und Kollegen sowie Schulleitungsmitglieder arbeiten daher weit über ihrer Kapazitätsgrenze mit entsprechenden langfristigen Schäden. Auf dem Prinzip Selbstaussbeutung darf dieses System nicht länger beruhen!

### Einstimmig angenommen

Antragsteller: Bezirksverband KO  
Betreff: Fachhochschulreife in der Höheren Berufsfachschule

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass zusätzlicher Unterricht in den allgemeinbildenden Fächern des Fachhochschul-

reifeunterrichts der HBF erteilt werden kann.

Begründung: In der reformierten HBF wurde der Unterricht in Deutsch um 40 Unterrichtsstunden, in Mathematik und 1. Fremdsprache um je 80 Unterrichtsstunden reduziert. Die Lehrpläne und die Prüfungsanforderungen wurden in Englisch nicht angepasst.

Durch die Einsparung von Unterrichtsstunden in den allgemeinbildenden Fächern des Fachhochschulreifeunterrichts haben die HBF-Schüler(innen) einen deutlichen Nachteil gegenüber Schüler(innen) der Fachoberschule (FOS), die 280 Unterrichtsstunden mehr in diesen prüfungsrelevanten Fächern der FH-Reife erhalten und an die gleiche Prüfungsanforderungen gestellt werden. Die Schüler(innen) der HBF müssen damit höhere Hürden für den schulischen Teil der Fachhochschulreife überwinden.

Die Schüler(innen), die Erziehungsberechtigten und die Lehrer(innen) der HBF-Oberstufen-Klassen sind zunehmend frustriert, da die Prüfungsanforderungen für die Fachhochschulreife-Prüfungen kaum erreichbar sind.

### Bei 4 Enthaltungen einstimmig angenommen



**Antragsteller: Ortsverband Bingen**  
**Betreff: Schonungslose Evaluation**  
**der HBF-Reform**

Der Landesvorstand wird aufgefordert, auf politischer Ebene die ehrliche und schonungslose Evaluation der jüngsten HBF-Reform zu bewirken. Sollte die politische Bereitschaft dazu fehlen, soll der Landesvorstand diese Evaluation selbst durchführen und die Politik anschließend mit den Ergebnissen und entsprechenden Nachbesserungsvorschlägen konfrontieren.

**Begründung:** Die Umsetzung der HBF-Reform hat in allen betroffenen Schulen zu erheblichen Problemen und unnötigen Verschlechterungen sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrkräfte geführt.

Das erklärte Ziel der Fachabteilung des BM, mit der „Reform“ in erster Linie Lehrkräfte zu sparen und das ungeliebte Kind HBF bewusst unattraktiver zu machen, wird mit sinkenden Zukunftschancen der jungen Menschen erkauf.

Die verschiedenen Einschnitte, wie z. B. unnötige Erschwerung der Praktikumsuche durch verkomplizierte Vorgaben, gekürzte Unterrichtsstunden in BBU und Fachhochschulreifeunterricht teilweise weit unter dem Niveau der FOS, Zusam-

menstreichung von Teilungsstunden etc. haben zu den befürchteten Komplikationen geführt. Hier muss dringend nachgesteuert werden. Die HBF ist gerade jetzt bei einem zusammenbrechenden Ausbildungsmarkt weiter von großer Bedeutung und oft die einzige reale Chance, um Lebens- und Berufschancen von Realschulabgängern zu verbessern.

Die Handreichung ist dringend erforderlich, gerade auch im Hinblick auf die bald erstmals anstehenden Abschlussprüfungen, um eine einigermaßen einheitliche Rechtsanwendung zu gewährleisten und die Schulen von unnötiger Verwaltungstechnischer Mehrfacharbeit zu entlasten und wieder Raum für pädagogisches Arbeiten zu gewinnen.

**Bei 3 Enthaltungen einstimmig angenommen**

**Antragsteller: Ortsverband Neuwied**  
**Betreff: Ausreichende Belüftung von Unterrichtsräumen**

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich nachhaltig für die Sicherstellung einer ausreichenden Lüftung für alle Unterrichtsräume in Rheinland-Pfalz ein. Das bedeutet, dass der Einbau von Lüftungstechnischen Systemen mit Wärme- und Feuchterückgewinnung sowie Zusatzlüftungsmöglichkeit über Fenster (hybride Lüftung)

gefordert wird. Zudem muss sichergestellt werden, dass die technischen Anlagen regelmäßig überprüft und gereinigt werden.

**Begründung:**

Einigen Kommunen in Rheinland-Pfalz ist der Gesundheitsschutz ihrer Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer wichtig. Deshalb werden bei Neubauten und Sanierungen neueste Erkenntnisse und Standards hinsichtlich der Innenraumlufthygiene, Emissionsverhalten der Baustoffe, Brandschutz, Schallschutz u.a. berücksichtigt. Leider ist dies nicht selbstverständlich. Es wird nach wie vor von Kommunen auch ohne ausreichende Lüftungsmöglichkeit geplant und saniert. Hier nun die Argumente für eine ausreichende Lüftung aller Unterrichtsräume in Rheinland-Pfalz:

1. Gute Innenraumluftqualität ist für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Nutzer unerlässlich. „In Bildungseinrichtungen erfordert die Lüftungssituation besondere Aufmerksamkeit. Die vergleichsweise große Zahl an Personen auf oft engem Raum macht schon allein aufgrund des vom Menschen ausgeatmeten Kohlendioxids ein regelmäßiges Lüften unerlässlich, um die gesundheitlich-hygienischen Vorgaben der Innenraumluftgüte zu erreichen. Bloßes Lüften – ab und an – über die Fenster reicht dann nicht mehr aus.“ (s. S. 8, Anforderungen an Lüftungskonzeptionen in Gebäuden Empfehlungen des Arbeitskreis Lüftung (AK Lüftung) am Umweltbundesamt, [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/uba\\_empfehlungspapier\\_lueftung\\_unterrichtsgebäude\\_final\\_bf.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/uba_empfehlungspapier_lueftung_unterrichtsgebäude_final_bf.pdf), abgerufen am 27-09-2020)
2. Lernen erfordert Konzentration. Durch die CO<sup>2</sup>-Anreicherung während der Nutzung wird diese deut-



Ehrenmitglied Christian Paulus mit Ehefrau

lich herabgesetzt, Lernen findet nicht mehr statt.

3. Insbesondere die Corona-Pandemie zeigt die Notwendigkeit von ausreichenden Lüftungssystemen, um die Gesundheit der Nutzer zu gewährleisten.
4. Lüftungstechnische Systeme erlauben die Wärmerückgewinnung. Dies vermindert den Energieverbrauch von Gebäuden und dient somit dem Klimaschutz und der Wirtschaftlichkeit.
5. Lüftungstechnische Systeme ermöglichen eine Feuchteregulierung. Eine relative geringe Raumluftfeuchte führt zu Reizerscheinungen, eine zu hohe relative Raumluftfeuchte zu Schimmel.
6. „Lüftungsanlagen ermöglichen es, Fenster geschlossen zu halten [...] und so einen guten Schutz gegenüber Außenlärm zu erzielen.“ (s. S. 11, s.o.) Voraussetzung ist, dass die Lüftungsanlagen selbst keinen Lärm erzeugen.
7. Lüftungsanlagen sollten einfach zu reinigen sein und regelmäßig auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft werden, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

### Bei 6 Enthaltungen einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Alzey  
Betreff: Spezielles Hygienekonzept für berufsbildende Schulen

Der Landesvorstand fordert ein spezielles Hygienekonzept mit weitreichenden eigenen Handlungsmöglichkeiten für berufsbildende Schulen.

Begründung: Die Regelungen der bisherigen Hygienekonzepte waren oftmals für berufsbildende Schulen nicht passend. Für berufsbildende Schulen mit ihren vielfältigen Besonderheiten soll deshalb ein eigenes Konzept erstellt werden, das ihnen weitreichende Handlungsspielräume innerhalb der eigenen

Der neue Landesvorsitzende lauscht gespannt, welche Arbeitsaufträge ihm die Delegierten für die erste Hälfte seiner Amtszeit mit auf den Weg geben.



Schule überlässt. So soll eine berufsbildende Schule auch Maßnahmen zum Gesundheitsschutz ergreifen können, die über die Regelungen des Landes hinausgehen, z.B. zur Maskenpflicht während des Unterrichts.

### Bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen wurde der Antrag mehrheitlich an den Landesvorstand zur weiteren Befassung überwiesen.

Antragsteller: Ortsverband Bingen  
Betreff: Flexiblere Handhabung der PauSE-Regeln unter Corona-Bedingungen

Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich für eine flexiblere Handhabung der PauSE-Regeln zur Klassenbildung einzusetzen, um eine Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln zu gewährleisten und den Unterricht im Klassenverband auch bei einer möglichen zweiten Coronawelle zu ermöglichen.

Begründung: Die aktuellen PauSE-Regeln geben mit ihren unterschiedlichen Faktoren, je nach Bildungsgang, Mindestgrößen bei der Klassenbildung vor. In der Berufsschule kommt es durch Kündigungen, zweistufige Bildungsgänge und vorgezogene Prüfungen vor, dass Klassen im zweiten und dritten Jahr schrumpfen und nach den PauSE-Vorgaben zusammengelegt werden müssen. Dabei können sehr große Klassen entstehen, in denen die Einhaltung der

Abstands- und Hygieneregeln sehr problematisch bis unmöglich ist.

Bei einer Einschränkung des Präsenzunterrichts müssen diese Klassen geteilt in Präsenz- und Onlinephasen unterrichtet werden. Dabei besteht die Gefahr, dass der Unterrichtsstoff nicht in dem Ausmaß vermittelt werden kann, wie es für einen erfolgreichen Abschluss der IHK-Prüfung notwendig ist. Außerdem hat der erste Lockdown gezeigt, dass einzelne Ausbildungsbetriebe den Auszubildenden nicht ausreichend Zeit einräumen um das Homeschooling während der Arbeitszeit vollständig absolvieren zu können. Zudem erhöht sich das Ansteckungsrisiko in großen Klassen enorm, was zur Quarantäne und hohem Unterrichtsauffall führen kann.

Bei einer flexibleren Auslegung der PauSE-Regeln aufgrund der Corona-Pandemie, könnten kleinere Klassen erhalten bleiben und der Unterricht könnte auch bei einer zweiten Coronawelle im Klassenverband und überwiegend im Präsenzunterricht fortgeführt werden. Kleinere Gruppen lassen sich auch in Online-Phasen leichter betreuen und das Infektionsrisiko für Auszubildende und Lehrkräfte ist deutlich niedriger.

### Bei 2 Enthaltungen wurde der Antrag mehrheitlich an den Landesvorstand zur weiteren Befassung überwiesen.

**Antragsteller: OV Bernkastel-Kues**  
**Betreff: Entlastung von Lehrkräften, die im rollierenden System Präsenz- und Fernunterricht leisten mussten**

Der Landesverband möge sich für die Entlastung der Lehrkräfte einsetzen, die anlässlich des rollierenden Systems im Rahmen der coronabedingten Hygienevorschriften unter teilweise erheblichen Doppelbelastungen zu leiden hatten.

**Begründung:** Viele Lehrkräfte mit vollem Deputat hatten im letzten Schuljahr große Klassen, die sie sowohl in Präsenzunterricht, als auch digital unterrichten mussten. Dies erforderte einen enormen Mehraufwand, für den der VLW Kompensation fordert.

Lehrkräften mit vielen großen Klassen sollte im darauffolgenden Schuljahr das Deputat gesenkt werden. Dem stünde aber eine „Unterversorgung“ gegenüber. Zur Deckung haben wir folgenden Vorschlag: Es könnte das Modell der „Ansparstunde“ der vergangenen Jahre Pate stehen: Es könnten auch 2 oder 4 der 24 Stunden in diesem Jahr als Ansparstunden gerechnet werden (also Senkung des Deputats um 2 oder 4 Stunden auf dem Papier), die in späteren Schuljahren mit geringerer Schülerzahl „abgefeiert“ werden könnten.

**Einstimmig angenommen**

**Antragsteller: Ortsverband Trier**  
**Betreff: Erhalt der Unterrichtsfächer BWL und VWL**

Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Unterrichtsfächer BWL und VWL an Berufsbildenden Schulen – besonders im Wirtschaftsgymnasium - erhalten bleiben.

**Begründung:** Der Antrag spricht für sich selbst!

**Einstimmig angenommen**

**Antragsteller: Ortsverband Trier (Studienseminar)**  
**Betreff: Quereinstieg im Fach Wirtschaft mit den Fächern BWL und VWL ermöglichen**

Der Landesvorstand wird gebeten zu prüfen, ob ein Quereinstieg im Fach Wirtschaft mit Anerkennung von zwei Fächern (BWL u. VWL) angesichts des Mangels an Kandidaten möglich gemacht werden kann.

**Begründung:** An den Studienseminaren für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ist die Zahl der Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen für den Wirtschaftsbereich regional rückläufig. Die Zahl der Wirtschaftspädagogen und -pädagoginnen mit Doppelwahlfächern kann den Bedarf an den Schulen nicht alleine decken. Daher gab es schon immer Quereinsteiger - ehemalige Kaufleute, die über den Quereinstieg an die Studienseminare kamen. Diese konnten häufig mit dem Zweitfach VWL oder EDV ihr Referendariat beginnen. Aufgrund der Einführung des Faches Wirtschaft fällt ein Quereinstieg für die Fächer BWL und VWL leider weg. Wir fordern daher, die Einstellungsbedingungen zu ändern, damit auch Bewerberinnen und Bewerber mit der Kombination BWL und VWL ihren Vorbereitungsdienst beginnen können.

**Bei 9 Enthaltungen einstimmig angenommen**

**Antragsteller: Ortsverband Trier (Studienseminar)**  
**Betreff: Gleichwertige Anerkennung der Abschlüsse „Master of Education“ und „Master of Science“**

Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Masterabschlüsse „Master of Education“ und „Master of Science“ im Studiengang Wirtschaftspädagogik gleichwertig anerkannt werden.

**Begründung:** Ein Abschluss im Studiengang Wirtschaftspädagogik mit dem „Master of Science“, der in angrenzenden Bundesländern erworben wird, erlaubt häufig nur eine Zulassung in den Quereinstieg und nicht in den VD18. Ist der Quereinstieg nicht offen, können Absolventen mit dem „Master of Science“ häufig nicht in den Vorbereitungsdienst zugelassen werden.

**Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen**

**Antragsteller: Bezirksverband KO**  
**Betreff: Verlängerung der Altersteilzeit für Lehrkräfte**

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich nachhaltig dafür ein, dass die Möglichkeit der Altersteilzeit für Lehrkräfte über das Jahr 2021 hinaus verlängert wird. Hierfür sollen mindestens die derzeitigen Konditionen fortgeschrieben werden.



Konzentriert bei der Arbeit: Jürgen Hatzfeld (l.) und Michael Lutz während der Antragsberatungen





Delegierte im Gespräch: Auch am Rande der Versammlung wurde eifrig diskutiert.

**Antragsteller: Ortsverband Bingen**  
**Betreff: Fusion von VLW und vlbs in**  
**Rheinland-Pfalz**

Der Landesvorstand wird aufgefordert, die Fusion von VLW und vlbs zu einem neuen „Verband der Lehrkräfte für berufliche Bildung Rheinland-Pfalz“ voranzutreiben.

Begründung: Die Konfliktlinien verlaufen im Bereich der beruflichen Bildung schon seit langer Zeit nicht mehr primär zwischen den Interessen der kaufmännischen und der gewerblichen Schulen. Stattdessen sieht sich die berufliche Bildung zunehmend in einer Zwickmühle zwischen expandierenden allgemeinbildenden Schulen auf der einen Seite und dem Trend der Verlagerung beruflicher Bildung in den Hochschulsektor. Darüber hinaus muss im Bereich des ehrenamtlichen Engagements im VLW mit den Kräften der engagierten Mitglieder und mit den Ressourcen verantwortungsvoll umgegangen werden, da beides begrenzt ist.

Dieser Entwicklung kann nur mit einem gemeinsamen und kraftvollen Auftritt der Lehrkräfte der Berufsbildung entgegengetreten werden, um der beruflichen Bildung wieder mehr Gehör zu verschaffen. Die Interessen aller Bereiche der beruflichen Bildung, also auch des kaufmännischen Bereichs, können so besser durchgesetzt werden.

Diese Erkenntnis hat dazu geführt, dass die Fusion der Bundesverbände und der Mehrzahl der Landesverbände bereits erfolgreich stattgefunden hat. Daher erscheint ein Fusionsprozess in einem Zeitrahmen von mehr als zweieinhalb Jahren gut durchführbar, um sich dann gemeinsam auf die anstehenden Herausforderungen zu konzentrieren.

**Bei 3 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich angenommen**

Begründung: Mit der Altersteilzeit haben ältere Lehrkräfte die Möglichkeit, auf eigenen Wunsch früher aus dem Berufsleben auszusteigen und die individuellen Belastungen reduzieren zu können. Die Altersteilzeit ermöglicht älteren Kolleginnen und Kollegen einen gleitenden Übergang in den Ruhestand. Deshalb sollte für Kolleginnen und Kollegen ab dem Jahr 2022 weiterhin die Möglichkeit bestehen, das Modell der Altersteilzeit zu nutzen.

### **Einstimmig angenommen**

**Antragsteller: Ortsverband Worms**  
**Betreff: Rheinland-Pfalz-Ticket für**  
**Lehrkräfte**

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass die Lehrkräfte ein Rheinland-Pfalz-Ticket erhalten.

Begründung: Viele Städte in Rheinland-Pfalz stöhnen über Verkehrslärm, Staus, gesundheitsschädlichen Feinstaub und Abgase. Bus und Bahn leisten daher einen wichtigen Beitrag zur umweltfreundlichen Mobilität im Alltag der Menschen.

Zusätzlich kann ab 01.01.2019 ein Arbeitgeber das Jobticket bzw. jede andere Fahrkarte für den öffentlichen Nahverkehr steuerfrei bezuschussen, ohne sich um die 44-Euro-Grenze kümmern zu müssen.

Weiterhin würde eine solche Vereinbarung die Arbeitsstellen in Rheinland-Pfalz noch attraktiver gestalten. Das angrenzende Bundesland Hessen bietet allen Landesbeschäftigten kostenfreie Fahrt im öffentlichen Personennahverkehr – nicht nur für den Arbeitsweg. Im bundesweiten Wettbewerb um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre ein kostenfreies Rheinland-Pfalz-Ticket ein weiterer Beleg dafür, dass unser Land ein moderner und familienfreundlicher Arbeitgeber ist.

Im Sinne einer nachhaltigen Mobilität und des Umweltschutzes und um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Bundeslandes weiter zu fördern, fordern wir für unsere Kolleginnen und Kollegen ein Rheinland-Pfalz-Ticket, das auch die Möglichkeit einer Fahrradmitnahme einschließt.

**Mit 19 Ja-Stimmen bei 16 Nein-Stimmen und zahlreichen Enthaltungen angenommen**

**Antragsteller: Ortsverband Kusel**  
**Betreff: Kostenlose Grippe-Impfung**  
**für Lehrerinnen und Lehrer**

Das Land Niedersachsen hat bereits angekündigt, die Kosten für eine Grippe-Impfung zu übernehmen (<https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Influenza-Land-will-kuenftig-Grippe-schutzimpfung-fuer-Beamte-bezahlen>). Andere Bundesländer wollen diesem Beispiel folgen, auch das Land Rheinland-Pfalz sollte dem sich anschließen. In der aktuellen Pandemie-Situation stellt dies eine mögliche Entlastung des Gesundheitssystems dar. Gegen die aktuell rasant steigenden Fallzahlen muss aktiv angekämpft werden. Lehrerinnen und Lehrer, die in diesem Kalenderjahr noch keinen Beihilfeantrag gestellt haben, bleiben wegen des Eigenanteils so auf den Kosten sitzen. Dies sollte, auch aus Respekt gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern, schnellstmöglich geändert werden.

**Mit 29 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen angenommen**

**Antragsteller: Ortsverband Kusel**  
**Betreff: Kostenlose Corona-Tests**  
**für Lehrerinnen und Lehrer**

Das Land RLP hatte den Lehrerinnen und Lehrer bis zum 14.09.20 die Möglichkeit eines kostenlosen Corona-Tests gegeben, allerdings nur, wenn keine Symptome vorlagen. Wenn ein Verdachtsfall vorlag, musste dieser Test selbst bezahlt werden, dies ist besonders wegen des Eigenanteils nicht hinnehmbar. Das Land sollte dem Beispiel Baden-Württembergs folgen und den Lehrerinnen und Lehrern wenigstens zwei weitere Tests – und zwar unabhängig davon, ob Symptome vorliegen oder nicht – bezahlen.

**Bei 6 Enthaltungen Überweisung zur weiteren Befassung an den Landesvorstand**

**Antragsteller: Ortsverband Mainz III**  
**Betreff: Kein Ersatz von Planstellen durch EQuL- oder PES-Stellen**

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass Nachwuchslehrkräfte nach dem Referendariat Planstellen erhalten und nicht auf PES- oder EQuL-Verträge ausweichen müssen.

**Begründung:** Zum 1. Mai 2021 hat das Land mehreren Absolventinnen und Absolventen mit beruflichen Fächern im Gegensatz zu den Vorjahren selbst bei guten Examensleistungen keine Planstellen angeboten, sondern deren Ausbildungsschulen in Aussicht gestellt, PES- oder EQuL-Verträge abzuschließen. Die neue Praxis, hochqualifizierten Lehrkräften keine verlässliche schulische Perspektive zu bieten und EQuL als Sparmodell und nicht als Modell der Eigenverantwortlichkeit einzusetzen, ist diesen Lehrkräften gegenüber unverantwortlich und wird zu Abwanderungen in andere Bundesländer oder in die freie Wirtschaft führen. Gleichzeitig wird die mittel- und langfristige Versorgung mit

Lehrkräften dadurch in Frage gestellt, was gerade in Zeiten, in denen pandemiebedingte Defizite behoben werden sollen („Aufholen nach Corona“), eine gefährliche Entwicklung ist.

**Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen**

**Antragsteller: Landesvorstand**  
**Betreff: Spende für den Förderverein der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler**

Der VLW Rheinland-Pfalz spendet dem Förderverein der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler 1.500,00 Euro zur satzungsgemäßen Verwendung.

**Begründung:** Aufgrund der Hochwasserflut sind an der BBS in Bad Neuenahr außer den Räumen viele Lehr- und Lernmittel zerstört worden. Die Wiederbeschaffung wird sich über viele Jahre hinziehen. Als ein Zeichen der Solidarität soll der betroffenen Schule mit der Geldspende geholfen werden.

**Einstimmig angenommen**

## Was sonst noch so geschah - ein kleiner Rückblick auf die LDV 2021



Sie wirkt fast nur im Hintergrund. Jetzt wurde Sie den Delgierten des VLW einmal vorgestellt: Ruth Jakob verwaltet seit März 2019 die zentrale Mitgliederdatei des Landesverbandes.



Am Montag, 4. Oktober 2021 trafen sich in den Räumen des NH-Hotels Bingen ca. 70 Delegierte aus den VLW-Bezirken Koblenz, Pfalz, Rheinhessen und Trier zu ihrer – schon im vergangenen Jahr vorgesehenen – Landesversammlung. Zu Beginn gedachten die Anwesenden in einer Schweigeminute den beiden bei der Hochwasserkatastrophe in Bad Neuenahr ums Leben gekommenen Mitgliedern sowie dem verstorbenen Ehrenmitglied Elisabeth Pollak.



Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig bei ihrem Grußwort an die Landesdelegiertenversammlung

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig sprach ein Grußwort, in dem sie einen Ausblick auf die bildungspolitischen Perspektiven der „Nach-Corona-Zeit“ in Rheinland-Pfalz bot. Sie antwortete damit auf die Aspekte, die der scheidende Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß in seiner Begrüßung angesprochen hatte, etwa die Aussichten auf eine (eher bescheidene) Besoldungserhöhung oder die (wahrscheinlicher gewordene) Wiederauflage der ausgelaufenen Altersteilzeitregelung.

Abschied aus dem Landesvorstand: Emöke Anderlik und Karl-Heinz Fuß bedanken sich bei Eva Pertgen (l.) für ihr langjähriges Wirken als Expertin für Bildungspolitik.



Ein neuer Landesvorstand sollte gewählt werden, und es gehört zur Tradition, dass die nun ausscheidenden Mitglieder des Landesvorstandes geehrt und verabschiedet wurden. Eva Pertgen (BBS Bingen) hat für lange Zeit den Geschäftsbereich „Bildungspolitik“ verantwortet und den Verband bei etlichen Bundestagungen vertreten. Bernd Zinssius (BBS Rodalben) hat im Landesvorstand als Schatzmeister gewirkt sowie den Geschäftsbereich „Lehrerbildung“ langjährig ausgefüllt. Beide haben jetzt ihren Ruhestand erreicht bzw. die „Passivphase“ der Altersteilzeit. Der Landesvorstand und die anwesenden Delegierten bedankten sich für die geleistete Arbeit und wünschen einen ausgefüllten Ruhestand! Mit großer Zustimmung wurde Bernd Zinssius die Ehrenmitgliedschaft im VLW Rheinland-Pfalz verliehen.

Dann war es so weit: Nach 18 Jahren war auf Wunsch von Karl-Heinz Fuß ein Wechsel im Landesvorsitz fällig: Zum neuen Landesvorsitzenden wurde Dirk Mettler (Ludwig-Erhard-Schule Neuwied) gewählt, der dem Landesvorstand bisher als Schatzmeister und zuletzt als Referent für Öffentlichkeitsarbeit angehört hat. Er wurde mit großer Mehrheit gewählt, ein Zeichen des großen Vertrauens. Dirk Mettler bedankte sich anschließend im Namen des Landesvorstands bei Karl-Heinz Fuß für seine langjährige Tätigkeit als Landesvorsitzender. In den 18 Jahren hat er den Verband repräsentiert und ihn wesentlich geprägt. Er wird dem Landesvorstand erhalten bleiben und zukünftig den Geschäftsbereich „Öffentlichkeitsarbeit“ betreuen.

Für sein langjähriges Wirken im Landesvorstand wurde Bernd Zinssius (l.) mit der Ehrenmitgliedschaft des VLW geehrt. Emöke Anderlik und Karl-Heinz Fuß gratulieren im Namen des neugewählten Landesvorstands.





## Landesvorstand tagt, wo andere Urlaub machen

### Bezirksverband Trier will Gas geben, um weiter im Rennen zu bleiben

Zwölf VLWler flanieren am 7. September im Urlaubsort Bernkastel-Kues durch eine Einkaufspassage der 50er Jahre und plaudern über die Autos aus ihrer Kindheit, live und in voller Größe zwischen ihnen stehend, im Augenwinkel eine Original ARAL-Tankstelle aus jener Zeit.

Ein Museumsbesuch der besonderen Art bildete den Auftakt der Besucherrunde des Vorstands in den Bezirken. Zwei Filmrequisiten - der schwarze Käfer Cabrio von Falco (zu sehen im Video zu „Jenny“) und der Original BMW aus einem James-Bond-Film wurden ebenso bestaunt wie der „Schrottplatz“ mit einem Flut-Auto aus dem Ahrtal. Den Anfang besagter Besucherrunde machte der Bezirk Trier, derzeit vertreten durch Patrick Grewis (Schatzwart) und Jörg Schütz (Schriftführer), die zu diesem wichtigen Abend eingeladen hatten.

In der anschließenden Bezirksversammlung – sogar das Urgestein dieses Bezirksverbands, Gisela Wüsten, war der Einladung gefolgt – gab es nur einen einzigen Tagungsordnungspunkt: „Austausch über die Möglichkeiten, den VLW im Bezirk Trier weiterzuentwickeln.“



Der Landesvorstand im Gespräch mit Mitgliedern aus dem Bezirksverband Trier

Nach einer kurzen Einleitung des Landesvorsitzenden, Karl-Heinz Fuß, und des Landesschatzmeisters, Jürgen Hatzfeld, wurde die Runde eröffnet.

Der Bezirksverband gab dem Landesvorstand die Aufgabe mit, die Abschaffung der Lehrer-Taschenkalender zu kompensieren, weil dort viele wichtige Informationen und Termine enthalten waren, die über die Inhalte der Homepage hinausgingen.

Demgegenüber war auch der Auftrag an den Bezirksverband deutlich: Neben der Suche nach einem oder einer neuen Vorsitzenden müssen die Ortsverbände aktiver werden, sich als verlässliche Berater der Kolleginnen und Kollegen zu

etablieren. Dazu sollten im Rahmen des Bezirkshaushalts auch rechtliche, fachliche, politische und schulrelevante Informationsveranstaltungen angeboten werden, die im Anschluss an den Unterricht stattfinden sollten.

Sehr interessiert aufgenommen wurden die Vorschläge des OV Cochem, potenzielle Mitglieder über YOUTUBE-Tutorials oder INSTAGRAM-Popups mit Link zur Homepage zu erreichen. Dafür müssten gegebenenfalls nicht einmal Experten „eingekauft“ werden, wenn man einmal eine Online-Fortbildung für junge Wirtschaftspädagogen anbietet mit dem Thema „Wie kann ich über INSTAGRAM Werbung für den VLW machen?“ Das hier erworbene Wissen wäre dann auch in der Unterrichtspraxis (Marketing) anwendbar!

Nun ist es am Bezirksverband Trier, die Weichen für die Zukunft zu stellen – auch wenn dieser Schlusssatz anlässlich einer Konferenz in einem AUTOMUSEUM etwas unpassend sein mag. Aber nicht ganz so sehr, denn die Getränke zum Abendessen auf der spätsommerlich warmen Terrasse des Restaurants „Zylinderhaus“ wurden immerhin mit einer Tisch-Eisenbahn serviert...



Nach getaner Arbeit: Die Teilnehmer des Treffens in Bernkastel-Kues lassen den Abend gemütlich ausklingen.

Jörg Schütz, Bezirksverband Trier